H 8040 F
Nummer 44
Jan./Febr. '97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Frankfurter Allgemeine
Pfui! - Antifa...

die tageszeitung
...unterstützt...

Bild
...Ausländer!

NEUE EINIGKEIT: MEDIEN STRICKEN IM LÜBECKER BRANDPROZESS AM „ANTILINKEN KONSENS"

Türkei:
Gladio-Netzwerk weiter aktiv

Gauck-Behörde:
Kalte Krieger klittern Geschichte

Frankreich:
Front National und „soziale Frage"

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Pünktlich zum Beginn des neuen Jahres melden sich die Vertreter der Regierungsparteien zu Wort, um einen härteren Gang in Bezug auf den Abbau sozialer Standards anzukündigen. In seiner Neujahrsansprache fordert der Bundeskanzler eine größere Sparbereitschaft seines Wahlvolkes ein. Die CSU assistiert und präsentiert in einer Klausurtagung (wieder einmal) die Sündenböcke für das desaströse Politikkonzept der Bundesregierung. Mit ihrer Initiative gegen die „Verschärfung der Arbeitsmarktsituation“ durch die Zuwanderung von Ausländern liefern die Unions-Biedermänner faschistischen Brandstiftern erneut den politischen Hintergrund, den sie für ihre menschenfeindlichen Aktivitäten benötigen.
Doch damit nicht genug: Langfristig wird an dem Konzept der Schuldumkehrung auch im medialen Bereich gestrickt. Im Fall des Lübecker Brandprozesses wird exemplarisch deutlich, wie Opfer zu Tätern oder doch zumindest zu potentiell Verdächtigen stilisiert werden. Gleichzeitig machen sich die bundesdeutschen Protagonisten des Kalten Krieges daran, mit Hilfe der Gauck-Behörde die Geschichte des Kalten Krieges „aufzuarbeiten“. Heraus kommt dabei - ganz zeitgeistmäßig: Geschichtsrevisionismus light.

Angesichts des anhaltenden Rechtstrends in unserer Gesellschaft wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Jahr im Kampf gegen Faschismus und Rassismus.

Das Heft 45 des Rechten Randes erscheint Anfang März. Redaktionsschluß ist am 12. 2. 1997.

DER RECHTE RAND - Register

Das Register umfaßt alle Namen von Personen, Gruppen, Vereinen und Organisationen, die in unserer Zeitschrift von Nr. 1 bis Nr. 43 genannt werden. Es ist als Diskette oder als Papierausdruck ab sofort unter der Postanschrift DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover zu bestellen. Für die verspätete Fertigstellung entschuldigen wir uns bei den frühzeitigen BestellerInnen. Preis: 10,- DM. Überweisungen auf unser Konto beim Postgiroamt Hannover (Kto.-Nr. 445 586-301, BLZ 250 100 30) oder Bezahlung in Briefmarken.

Termine

Demonstration gegen das NPD/JN Schulungszentrum in Eningen (Baden-Württemberg).
1. Februar 1997, Beginn: 14.30 Uhr Treffpunkt ist der Parkplatz der Firma „Wandel und Goltermann“ am Ortseingang von Eningen.
Genauere Infos, Aufrufe und Plakate können ebenso wie eine Dokumentation (DM 5,-) unter Antifaschistische Vorbereitungsgruppe, Postfach 1952, 72709 Reutlingen bestellt werden.

Celle: Demonstration gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen
1. März 1997, Beginn: 13.00 Uhr (Parkgelände an der Trift). Gegen 201 TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration gegen das Nazizentrum Hetendorf Nr.13 wurden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Informationen über: Bündnis gegen Rechts, c/o Initiative gegen Hetendorf Nr.13, Kornstraße 28/30, 30167 Hannover

Landesweite Antifaschistische Sozialkonferenz (Baden-Württemberg) in Stuttgart
15. Februar 1997, Beginn 10.00 Uhr (Jugendhaus Mitte, Hohestr. 9). Themenschwerpunkt: Sozialabbau und Umverteilung - Rechtsextremismus und Nationalismus. Veranstalter: DGB, VVN-BdA, Antifa A^2. Anmeldung: DGB Landesbezirk, Manfred Hoff, Willy-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart

Rainer Butenschön

„Erhebliche Veränderung“

Der Lübecker Brandprozeß und die Medien

„Wir sind nach den bisherigen Zeugenaussagen nicht viel weitergekommen.“ So resümierte der Vorsitzende Richter Rolf Wilcken nach drei Monaten Verhandlung den bisherigen Verlauf des Lübecker Brandprozesses. Das heißt, auch der Richter sieht, daß sich der Tatverdacht gegen den angeklagten Libanesen Safwan Eid bisher nicht hat erhärten lassen. Zutreffend kommentierte denn auch Jan Feddersen in der „tageszeitung“ (taz), im Strafverfahren gegen Eid gebe es „bislang nichts, worauf sich ein Schuldspruch gründen könnte.“ Das hindert aber weder Feddersen noch andere Journalisten, Zweifel an Eids Unschuld zu streuen und vor allem seine Verteidigerinnen auf die Anklagebank zu setzen.

„In Lübeck hat sich der Wind gedreht.“ So überschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) am 23. November einen Artikel, in dem Volker Zastrow freudig erregt mitteilt, in der bundesdeutschen Berichterstattung über den Lübecker Brandprozeß sei eine „erhebliche Veränderung“ eingetreten. Vor Prozeßbeginn sei es „unter Journalisten gang und gäbe“ gewesen, behauptet Zastrow, „der Staatsanwaltschaft in Lübeck wenn nicht rassistisch begründete Einäugigkeit, so zumindest schludriges Verhalten nachzusagen.“ Selbst in „seriösen Zeitungen und Zeitschriften“ sei die (von der FAZ immer bekämpfte) Vorstellung verbreitet worden, „die Sicherheitsbehörden hätten die wahren Täter - Jugendliche aus Grevesmühlen, die als es schon brannte, am Tatort erschienen waren - laufen lassen und statt dessen eines ihrer ausländischen Opfer auf die Anklagebank gebracht.“ Doch nun finde die Verteidigung von Safwan Eid mit ihrer Version der Tat „bei den meisten Journalisten keinen Ruckhalt mehr“, meldet Zastrow befriedigt - hatte der FAZ-Berichterstatter doch schon immer die Behauptungen der Staatsanwaltschaft als wahr unterstellt, auch wenn er sie durch ein verschämtes „wohl“ oder „offenbar“ wahr relativierte.

„Einstürzende Kulissen“ - wenn eine (unvollständige) Pressedurchsicht nicht täuscht, dann war es Cornelia Bolesch, die unter dieser bildmächtigen Überschrift in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 21. November die von der FAZ beobachtete Wende in den liberalen deutschen Blättern als erste intoniert hat. Ihr Artikel zielt frontal gegen die Arbeit der Verteidigerinnen Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter, denen sie unausgesprochen Redlichkeit abspricht und vorwirft, an „Verschwörungskulissen“ zu bauen mit dem Ziel, Safwan Eid vor dem Verdacht abzuschirmen, der Brandstifter von Lübeck zu sein.

Vorwürfe, die Staatsanwaltschaft habe gegen die jungen Männer aus Grevesmühlen, die nach Meinung der Verteidigung eigentlich auf die Anklagebank gehörten, nicht konsequent ermittelt, nennt Bolesch schlicht „Phantasien“. Genauso disqualifiziert sie den Verdacht, daß es möglicherweise Absprachen bis zur politischen Ebene gegeben habe, „um Deutschlands Image nicht zu beschädigen“. Bolesch schreibt: „Die Magnetnadeln im Gerichtssaal wollen sich nicht in Richtung der großen Verschwörung drehen, die der Kompaß der Verteidigung anzeigt. Stattdessen wird Safwan Eid durch einzelne Aussagen belastet.“

Was sie als belastende Aussagen vorstellt, reduziert sich im Kern auf eine einzige Aussage, auf der auch die ganze Anklage der Staatsanwaltschaft fußt: „Wir waren's.“ Diesen Satz will der Rettungssanitäter Jens L. von Safwan Eid in der Brandnacht gehört haben.

Nicht der Erwähnung wert findet es Bolesch, daß der Zeuge auf die Frage der Verteidigung, ob er sich an den Wortlaut des angeblichen „Geständnisses“ des Angeklagten erinnere, antwortete: „Den Wortlaut würde ich heute so nicht mehr zusammen bekommen.“

Bolesch enthält ihren Lesern auch vor, daß der Zeuge L. neben Erinnerungslosigkeit gleich ein ganzes Bündel von Möglichkeiten genannt hat, was Safwan Eid ihm über sein angebliches Motiv und den Tathergang erzählt habe: Es habe Streit mit einem Hausbewohner oder Familienvater gegeben, man habe sich rächen wollen oder habe Rache nehmen wollen. Man habe Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einem Gefäß, einer Flasche oder einem Becher angezündet, das dann die Treppe runtergelaufen sei.

Trotz solcher Widersprüche, in die sich der Zeuge L. während des Verfahrens verwickelt hat, schreibt Bolesch: „Auch im Trommelfeuer der mißtrauischen Fragen der Anwältinnen hat sich kein konkreter Verdacht herausschälen können, daß L... das Geständnis des Libanesen erfunden haben könnte, um einen Ausländer reinzulegen.“ „Im Gegenteil“, bekräftigt Bolesch den Verdacht gegen Eid, „andere Zeugen stützen seine Darstellung.“

Wer ob dieser „anderen Zeugen“ überrascht weiter liest, wird enttäuscht. Es handelt sich nicht um Zeugen, die von Safwan Eid persönlich ein „Geständnis“ gehört haben wollen, sondern um Zeugen vom Hörensagen: Um den Lagerleiter des Großmarktes, in dem L. arbeitet, und um den Zugführer des Roten Kreuzes. Diesen beiden habe L. wenige Stunden nach dem Feuer glaubwürdig „von einem Geständnis“ erzählt.

Auf der Basis ungefähr der selben Fakten hatte die SZ nach der Freilassung von Safwan Eid aus der Untersuchungshaft noch ganz anders geurteilt: „Die Staatsanwaltschaft in Lübeck ist blamiert“, schrieben am 4. Juli in einem SZ-Gemeinschaftsartikel Beate Ramm, Evelyn Roll und Heribert Prantl. Die Staatsanwaltschaft habe sich „wohl verrannt und vermutlich vorschnell auf eine Hypothese festgelegt und alle anderen Varianten ausgeblendet.“ Während Bolesch alle Verdachtsmomente, die für einen rechtsradikalen Anschlag sprechen, als „Phantasien“ und „Verschwörungskulissen“ abtut, meinten ihre SZ-Kollegen: „Deutschland hat möglicherweise ein Alibi verloren.“ Denn „am Ende ist es vielleicht doch Adolf Hitler gewesen, und wenn es Klein Adolf aus Grevesmühlen war.“

Damit erinnerten sie an jene vier Männer, „die in der Mordnacht in unmittelbarer Nähe der Hafenstraße 52 kontrolliert und trotz ih-



Das zu befürchtende Ergebnis des Lübecker Prozesses: Verfahren eingestellt, Täter nicht zu ermitteln, Brandursache nicht zu ermitteln ...

rer angesengten Wimpern und Augenbrauen, trotz abstruser und widersprüchlicher Aussagen am nächsten Morgen freigelassen“ worden waren. Darunter war auch Maik W., der sich von seinen Kumpels mit „Klein Adolf“ hat anreden lassen, und „der ein paar Wochen vor dem Anschlag einem Freund erzählt hatte, daß er 'in Lübeck etwas anstecken' wolle.“

Doch daß die Verteidigerinnen immer wieder die Blicke auf die vier Männer aus Grevesmühlen lenken, nimmt ihnen die tonangebende Presse inzwischen übel. Bei Bolesch

werden daraus „Verschwörungskulissen", die den Blick auf die Wahrheit verstellen sollen. Die Wochenzeitung „Die Zeit" sieht darin „eine Kampagne". Mehr als eine halbe Seite hat das Blatt am 13. Dezember für Berichterstattung über den Lübecker Prozeß freigeräumt. Doch Autor Andreas Finck nutzt den Raum nicht etwa für ein nüchternes Resümee der bisherigen Beweisaufnahme. Darüber erfährt der Leser so gut wie nichts.: „Wochenlang hörte das Gericht Polizisten, Sanitäter, Anwohner und Feuerwehrleute. Deren Aussagen zum Brandausbruchsort waren teils stimmig, teils unterschiedlich. Manche wollten die Flammen zuerst im ersten Stock gesehen haben, was für einen Anschlag innerhalb des Heimes spräche. Andere sahen das Feuer im hölzernen Vorbau, was eine Brandstiftung von außen nahelegte. Auch der Zeitpunkt des Brandausbruches ist unklar ..." So wird der Leser ratlos zurückgelassen. Dafür wird er aber um so intensiver über den „Eifer einer Advokatin" aufgeklärt oder besser gesagt: dagegen aufgehetzt. Gemeint ist Safwan Eids Anwältin Gabriele Heinecke. Und deren „Eifer" findet „Die Zeit" nicht etwa löblich. Vielmehr ist der gesamte Artikel darauf angelegt, es bedenklich zu finden, daß Frau Heinecke - wie es sich für eine gute Strafverteidigerin doch wohl gehört - „hartnäckig" Vernehmungsprotokolle „hinterfragt", „aus ihrem Mißtrauen" „kein Hehl" macht, Zeugen „schonungslos befragt" und „das Geschehen im Gerichtssaal dominiert".

„Wiederholt unterstellt sie der Staatsanwaltschaft, sie habe Zeugen auf ihre Aussage vorbereitet", schreibt Finck - und es liest sich, als greife Heinecke dies einfach aus der Luft. Daß es jedoch ein Treffen des Belastungszeugen L. mit den Zeugen vom Hörensagen gegeben hat, daß aller Aufmerksamkeit der Verteidigung wert ist, unterschlägt Finck. Dieses Treffen war, schreibt Otto Köhler in der November-Ausgabe der „konkret", „gleich nach der Freilassung Safwan Eids aus der Untersuchungshaft am 8. Juli an einem besonderen Ort, nämlich in den Räumen der kaum zuständigen Wasserschutzpolizei. Wer dieses Treffen einberief, ist bis jetzt unbekannt. Mit dabei aber waren auch - und das ist aus rechtlichen Gesichtspunkten eigentlich unmöglich - der Leiter des für die Ermittlungen zuständigen Kommissariats 1, Kriminalhauptmeister Giesenberg, und der ermittelnde Staatsanwalt und heutige Ankläger Böckenhauer. Der ebenfalls anwesende Kriminalhauptkommissar Stebner soll nach Ermittlungen der Verteidigung den Kronzeugen L. mit den Worten 'Das ist nicht so schlimm, das schaffst du' zum 'Durchhalten' ermuntert haben."

Finck aber sieht in der „Zeit" nur „grobe Anwürfe" der Verteidigung, die die Staatsanwälte „geradezu hilflos" und den Richter „gelegentlich machtlos" wirken ließen - beide sozusagen Opfer einer Verteidigung, die, so urteilt Finck, dem Prozeß eine politische „Protestschablone" „übergestülpt" habe.

Das findet auch Jens Feddersen in der „tageszeitung" (taz) vom 10. Dezember. Zwar schreibt er: „Es gibt im Strafverfahren gegen Safwan Eid, der angeklagt ist, für die Brandkatastrophe im Lübecker Asylbewerberheim verantwortlich zu sein, bislang nichts, worauf sich ein Schuldspruch gründen könnte." Feddersen ergänzt dieses Resümee mit Hinweisen auf die „durchaus fragmentarischen Ermittlungen der Polizei", mit „Ungereimtheiten" und mit zahlreichen Fragen, die auch nach drei Prozeßmonaten der Aufklärung harren. „Beweise" - Feddersen schreibt „harte" Beweise, als ob es da Abstufungen geben könne - „für die These der Staatsanwaltschaft existieren nicht."

Doch nicht etwa die Ankläger hält Feddersen für die Blamierten. Sondern: „Im Lübekker Prozeß haben sich bisher vor allem die linksradikalen Unterstützer von Safwan Eid blamiert."

Eine verblüffende Logik. Doch ungerührt des von ihm selbst prophezeiten Freispruchs für Safwan Eid, stellt Feddersen namentlich dessen Verteidigerinnen, das Lübecker Bündnis gegen Rassismus und die Internationale Untersuchungskommission kommentatorisch unter Anklage. Sprechen diese doch von einem rassistischen Verfahren, von einem nationalen Konsens zu Lasten des Angeklagten, vom Versuch der Deutschen, sich mit diesem Prozeß ein reines Gewissen zu schaffen. Solche Rede bringt Feddersen in Rage.

Leichtfüßig entsorgt er den Vorwurf des Rassismus: Schließlich mühe sich das Richterkollegium vom ersten Prozeßtag an, gerade diesen Eindruck zu vermeiden. Zudem frage Staatsanwalt Michael Böckenhauer „wie ein Softie" und interveniere nur „moderat" gegen die „gelegentlich harsche, fast inquisitorische Frageweise von Safwans Eids Anwältinnen". Zudem habe der Staatsanwalt „vorsorglich schon unmittelbar nach Prozeßbeginn angekündigt, auf Freispruch zu plädieren, sofern sich seine Anklage nicht mehr tragen ließe".

Wem das antirassistischer Beweis genug nicht ist, darf sich an folgender Aussage des taz-Kommentators laben: zwar fehlten alle („harten") Beweise gegen Safwan Eid, doch sei damit noch „längst nicht gesagt", daß der Libanese „nicht dennoch für den Brand verantwortlich sein könnte".

Dieser Satz ist eine Infamie, der Feddersen mühsam eine Scheinberechtigung einzuhauchen versucht. Erstens: „Das Verfahren dauert an." Zweitens: „So gelassen - wie (nach Feddersens Auffassung) eigentlich geboten - gehen Verteidigung und ihre Unterstützer nicht mit dem Verfahren um."

Mit dem Vorwurf mangelnder Gelassenheit, der bestenfalls den keep-cool-baby-Zeitgeist auf seiner Seite hat, zielt Feddersen gegen die Bemühungen der Verteidigung, die mehrfach nachgewiesene krasse Einseitigkeit der polizeilichen Ermittlungen in ein politisches Koordinatensystem einzuordnen, das ohne historische Dimension unverständlich bliebe. Wenn etwa Gabriele Heinecke daran erinnert, daß Deutsche schon in der Vergangenheit andere Menschen verbrannt haben, spottet Feddersen, das „linksradikale Gemüt" jubele, denn es liebe „die Idee, sich gegen Komplotte wehren zu müssen."

Doch damit nicht genug. Er diagnostiziert „Gesinnungsschutz" für Ausländer, die stets zu Verfolgten stilisiert würden. Tatsächlich aber, hat Feddersen erkannt, „spiegelt sich in solchen Äußerungen ein Rassismus gegen das imaginär Deutsche". „Diesen als wahnhaft zu bezeichnen, wäre zu gering", warnt er vor falscher Nachsicht mit Safwan Eids Unterstützern und Verteidigerinnen, denen er damit eine Art Geisteskrankheit unterstellt. Wer aber müßte Wahnsinnige ernst nehmen?

Positiv anzumerken ist, daß diese Art von Berichterstattung nicht unwidersprochen geblieben ist. Oliver Tolmein schreibt am 20. Dezember im „Freitag": „Die Antwort auf die Frage, ob dieser Brand eine rechtsextreme Straftat war, oder ob tatsächlich einer, der im Haus gelebt hat, für den Tod von zehn Menschen verantwortlich ist, hat erhebliche Folgen für das Selbstverständnis der Deutschen und ihrer Medien." Nichts mache das mehr deutlich, „als das enorme und ziemlich einheitliche Bemühen der Berichterstatter, all jene, die diesen Aspekt benennen, als eine Art 'antideutscher Rassisten' erscheinen zu lassen."

Und Marco Carini und Elke Spanner sehen in der Berichterstattung über den Lübecker Prozeß einen „antilinke(n) Konsens", für den sie ausdrücklich auch taz-Feddersen kritisieren: „Mit dieser Berichterstattung liefern die Medien Nahrung genau für die Politthesen, die sie so vehement als 'Verschwörungstheorie' bekämpfen: daß Opfer zu Tätern gemacht werden sollen, daß 'Rassismus' im Spiel und ein 'Nationaler Konsens' vorhanden sei, der es lieber sähe, daß ausländische Flüchtlinge und nicht deutsche Rechtsradikale gezündelt hätten".

Auch wenn das Gericht Safwan Eid freisprechen werde, werde die Medienberichterstattung nicht ohne Folgen bleiben, fürchten die beiden taz-Autoren: „Der von der Presse genährte Zweifel an Eids Unschuld, an der Glaubwürdigkeit der Flüchtlingsheim-Bewohner und der Redlichkeit der Anwältinnen wird Früchte tragen. Er dürfte es der Staatsanwaltschaft erleichtern, die Ermittlungen danach nicht wiederaufzunehmen, die Widersprüche in den Aussagen der Grevesmühlener Jugendlichen nicht aufzuklären und nicht nach anderen möglichen Verdächtigen zu suchen." Diesen Effekt hat Gaby Hommel schon in der Augustausgabe von „konkret" (nach Safwan Eids Freilassung aus der Untersuchungshaft) befürchtet: „Safwan Eid ist frei, die Täter sind es ebenfalls. Die Lübecker Justiz wird für ihre Unabhängigkeit gelobt. Die politische Konsequenz des Geschehens verschwindet hinter der Fassade des Rechtstaats."

Prozeßinfo

Das „Lübecker Bündnis gegen Rassismus" informiert kontinuierlich über das Verfahren gegen Safwan Eid in außerordentlich informativen Prozeßinfos.

Diese können auch in größerer Stückzahl zum Weiterverteilen bestellt werden. Da diese Öffentlichkeitsarbeit Geld kostet, sind Spenden nicht nur erwünscht sondern dringend erbeten.

Spendenkonto: 566-406-201 - Postbank Hamburg - BLZ 200 100 20 - Kto-Inhaber: C.Kleine. Weitere Informationen und Bestellungen bei:

Lübecker Bündnis gegen Rassismus, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Telefon: 0451 - 70 20 748

Olaf Goebel

Drogen, Kontraguerilla und Nazis

GLADIO wütet weiter in der Türkei

1990 wurde bekannt, daß die westlichen Geheimdienste und die NATO eine außerhalb jeglicher parlamentarischer Kontrolle stehende Geheimarmee aufgebaut hatten, deren Aufgabe die Bekämpfung des Kommunismus war, und zwar sowohl außen-, wie auch innenpolitisch. In Deutschland hatten die einzelnen staatlichen Institutionen kaum Interesse an einer Aufklärung.

Nach und nach wurde zumindest deutlich, daß sowohl alte Nazigeneräle der nationalsozialistischen Abwehr (Baun, Gehlen etc.), Rechtsextreme (Lüth, Wolsink etc.), die CIA und der BND diese Struktur maßgeblich mitaufgebaut hatten. Auch die Waffenlager des Forstmeisters Heinz Lembke können als Teil des Netzes betrachtet werden. In sämtlichen Ländern des Westens existiert GLADIO angeblich seit 1991 nicht mehr. (siehe zu GLADIO: Der Rechte Rand Nr. 10, Jan./Feb. 1991) In der Türkei konnten jetzt wegen eines Verkehrsunfalles aktuelle Aktivitäten von GLADIO bewiesen werden.

Ein verhängnisvoller Unfall ...

Er ereignete sich am 3. 11. 1996. Der einzige Überlebende ist **Sedat Bucak**, Chef eines mächtigen Kurdenclans und Herr über eine Privatarmee von angeblich über 30.000 Mann, die als sogenannte Dorfschützer in Kurdistan gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK kämpft. Bucak sitzt als Abgeordneter der „Partei des Rechten Wegs" (DYP) im türkischen Parlament.

Verstorben ist **Hüseyin Kocadag**, bis vor kurzem als Vizechef der Istanbuler Polizei, zuletzt Leiter einer Polizeiakademie. Bucak und Kocadag sind seit Jahren eng befreundet und kennen sich noch aus der Amtszeit des Polizisten als Kommissar in Bucaks Heimatort Siverek.

Kocadags Freundin **Gonca Us** überlebte den Crash ebenfalls nicht. Die Sportstudentin war 1991 zur „Miß Cinema" gekürt worden und war zeitweilig mit einem Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT liiert, der seit März vergangenen Jahres verschwunden ist. Sie war mit falschen Personalpapieren ausgestattet.

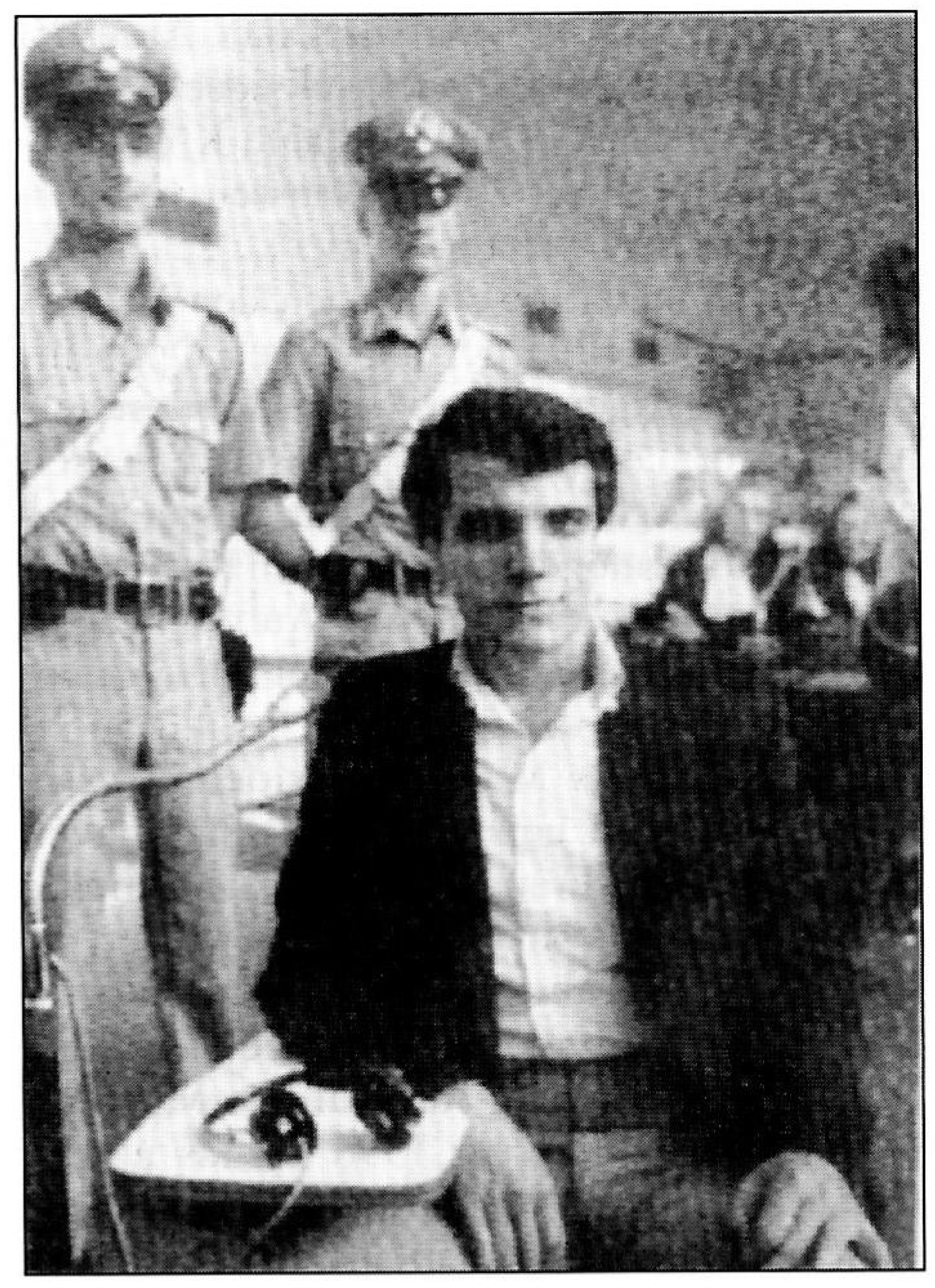
Der dritte Tote trug neben einer Tüte Kokain echte Identitätspapiere bei sich, die ihn als **Mehmez Özbay** auswiesen, Ermittler des Finanzministeriums. Özbay durfte Waffen tragen und autofahren, entsprechende Papiere hatte er dafür. Ebenso besaß er einen grünen Diplomatenpaß, ausgestellt vom türkischen Innenministerium, der ihm die ungehinderte und unkontrollierte Einreise in andere Länder erlaubte. Doch trotz echter Papiere ist der Mann nicht der, der er vorgibt zu sein. Der Tote ist in Wirklichkeit **Abdullah Catli** und wird seit 18 Jahren von Interpol gesucht. In den siebziger Jahren befehligte er als Vizechef die rechtsradikalen „Grauen Wölfe", eine nach SA-Vorbild aufgezogene paramilitärische Terrortruppe des Neofaschisten **Alparslan Türkes**. 1982 wurde Catli in Zürich gefaßt und nach Italien ausgeliefert, dort aber wegen mangelnder Beweise freigesprochen. Mehrmals kam er danach in Frankreich und zuletzt in der Schweiz wegen Heroinhandels ins Gefängnis. 1990 taucht er nach einer spektakulären Flucht aus dem eidgenössischen Zentralgefängnis Bostadel unter. Im Kofferraum des gepanzerten Mercedes fanden sich weitere falsche Papiere, außerdem Maschinenpistolen, Berettas, Schalldämpfer, Abhörgeräte, falsche Nummernschilder und Munition.

... und erste Folgen

Der türkische Innenminister **Mehmet Agar** ergriff in der prekären Situation die Flucht nach vorn. Sein Freund Bucak sei der beste Kämpfer gegen die PKK, sagte Agar, im übrigen seien die Männer in dem Mercedes gewesen, „weil sie Catli in ein Istanbuler Gefängnis bringen wollten". Dieser sei vorher von Kocadag festgenommen worden.

Eine Lüge, wie Journalisten schnell herausfanden. War doch die Mercedes-Besatzung vor dem Unfall ein Wochenende lang mit Casino-Besuchen und der Begutachtung von lukrativen Grundstücken beschäftigt. Zufälligerweise stieg die Gruppe dazu im selben Luxushotel wie der türkische Innenminister ab ...

Nach einem Gespräch mit der Parteichefin **Tansu Ciller** (DYP) konnte der Innenminister seinen Hut nehmen. Doch die Rechtfertigungsprobleme der türkischen Regierung sind damit nicht vom Tisch. Wenige Tage vor dem Unfall hatte der Vorsitzende der türkischen Arbeiterpartei Dogu Perincek der Öffentlichkeit einen geheimen Bericht des türkischen Nachrichtendienstes MIT zugänglich gemacht, in dem es heißt, Agar spiele bei der Gründung einer Geheimorganisation gegen die PKK und die linksradikale Organisation „Dev Sol" eine Schlüsselrolle. Die Geheimorganisation arbeite mit Mafiamethoden, lasse durch ehemalige „Graue Wölfe", denen man neue Identitäten und Pässe besorge, Attentate verüben, würde erpressen und rauben und sei direkt Agar unterstellt. Diese Truppe verübe nicht nur politisch motivierte Morde, sondern mische auch im internationalen Waffenhandel und Drogenschmuggel mit. Die Angaben decken sich exakt mit dem, was man bisher über die türkische Kontraguerilla weiß. Auch Catli war Mitglied einer Gruppe der Kontraguerilla, die ebenfalls tief in Drogengeschäfte und Mafiamorde verstrickt ist, und Bucak finanziert seine Dorfschützerarmee, die eng in die Kontraguerillastruktur eingebunden ist, durch Drogenhandel.



Abdullah Catli - mehrfacher Mörder, Faschist und ex-Vizechef der Grauen Wölfe

Berichte wie der von Perincek sind in der Türkei nicht neu. Vor drei Jahren wandte sich ein ehemaliger Bataillonskommandeur der paramilitärischen „Jandarma" (JITEM) an die Öffentlichkeit. Dessen „Geständnisse" sind in einem frei im Handel erhältlichen, unzensierten Buch nachzulesen. Major **Cem Ersever** legte ganz freimütig die Strategien der Kontraguerilla im türkischen Südosten dar: Die Spezialeinheiten - oftmals „Jandarma" oder Militärs mit „Graue-Wölfe"-Hintergrund - überfallen als PKK-Militante getarnt Dörfer, um eine Anti-Guerilla-Stimmung zu erzeugen oder um die Loyalität der kurdischen Dorfbewohner zu testen. Willkürliche Exekutionen werden von der Kontra mit Billigung der Sicherheitskräfte und des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebietes durchgeführt, oft bedient man sich dabei auch islamistischer Gruppierungen oder PKK-Überläufern als Killerkommandos. Zur Methodik der Antiterrorstrategie des Militärs gehört nach Ersevers Angaben auch die Rekrutierung von gefangenen PKK-Militanten, die, falls sie nach Folterungen geständig und willens sind, mit einer neuen Identität ausgestattet werden. Sie werden dann entweder auf Militärgelände verborgen oder verbleiben in sogenannten Überläuferzellen der Gefängnisse, von wo aus sie ihre Aufträge während großzügig bewilligter Hafturlaube erledigen können. Der Major gab auch zu, daß viele der Anti-Terror-Spezialisten mit Drogen und Waffenschmuggel zu erheblichem Reichtum gelangten und rege bei der Umgehung des Handelsembargos gegen den Irak mitmischten. Cem Ersever wurde nach der Veröffentlichung im November 1993 ermordet.

„Staatsgeheimnisse, die einen Krieg verhüten sollen"

Oppositionsführer Mesut Yilmaz ist zwar noch am Leben, aber eine Warnung hat er schon erhalten: Am 25. November 1996 wurde er von einem Unbekannten in Budapest attackiert und verletzt. Yilmaz hatte kurz vor-

her erklärt, daß er während seiner Amtszeit drauf und dran gewesen sei, aufzudecken, wie Schwarzgeld-Mafia und militante Kreise gemeinsam den Staat zu beeinflussen versuchten. Yilmaz hatte während seiner kurzen Amtszeit als Ministerpräsident nach den Wahlen im Dezember 1995 der damaligen Oppositions- und heutigen islamistischen Regierungspartei Informationen über Einmischungen seiner in den vergangenen Jahren zu einem phantastischen Vermögen gekommenen Koalitionspartnerin Ciller in staatliche Auftragsvergaben und andere Korruptionsvorwürfe zugespielt sowie aufgedeckt, daß sich Ciller in ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin zehn Millionen Dollar einsackte. Viele sind davon überzeugt, daß Frau Ciller selbst in dunkle Machenschaften verwickelt ist. So weigert sie sich bis heute über den Verbleib besagter Millionen Auskunft zu geben, die sie in den letzten Stunden ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin im Februar 1996 abends um 23 Uhr aus der Zentralbank und zwei weiteren Banken in ihr Palais schaffen ließ. Cillers Stellungnahme dazu: „Das ist ein Staatsgeheimnis. Wenn ich es preisgebe, brechen Kriege aus." Dabei ist der Krieg auf dem Gebiet der Türkei schon lange ausgebrochen und wahrscheinlich flossen die Millionen genau in diesen Krieg: In den Ausbau der Kontraguerilla und deren Kampf gegen die kurdische Bevölkerung.

Tatsächlich gehört die türkische Kontraguerilla zur geheimen NATO-Struktur GLADIO, mit deren Aufbau 1952 begonnen worden war. Der türkische Teil wurde 1953, ein Jahr nach dem Beitritt des Landes zur NATO, unter der Bezeichnung „Anti-Terror-Organisation" gegründet und im selben Gebäude wie die US-Militärmission untergebracht. 1964 wurde sie in „Abteilung für besondere Kriegsführung" (OHD) umbenannt. Sie untersteht dem Generalstab und ist auch unter anderen Namen wie „Sonderstreitkräftekommando" (OKK) und „Abteilung für Kriegsführung" (HD) bekannt. Das OHD arbeitet eng mit dem militärischen Geheimdienst MIT zusammen. Die Finanzierung des türkischen GLADIO übernahm bis 1974 die USA. GLADIO basierte auf den Dokumenten NSC 10-2 bzw. 68-48 des „Nationalen Sicherheitsrates der USA" von 1948. Damals wurde der Kreuzzug gegen den Kommunismus, der Weg in den „Kalten Krieg" von Präsident H. Truman beschlossen. Der CIA wurde erlaubt, illegale, geheime Aktionen und Operationen, „covert operations" genannt, aller Art durchzuführen - sie waren politisch und gesetzlich in den USA abgesegnet. Schon 1952 waren von den rund 3.000 CIA-Angestellten zwei Drittel für „covert operations" zuständig und verschlangen drei Viertel des Budgets von 200 Millionen Dollar.

In den streng geheimen Dokumenten sind erstmals die Aufgaben nordamerikanischer Geheimagenten definiert, die weltweit in sogenannten „special projects" arbeiten: „Propaganda, Wirtschaftskrieg, vorbeugende Direktmaßnahmen, einschließlich Sabotage, Anti-Sabotage, Zerstörung, Evakuierungsmaßnahmen." Desweiteren geht es um „Subversion in feindlichen Staaten, einschließlich Unterstützung für im Untergrund operierende Widerstandsbewegungen. Guerillakräfte und Gefangenenbefreiungskommandos, sowie Unterstützung einheimischer antikommunistischer Kräfte in bedrohten Ländern der westlichen Welt". 1954 wurde die Direktive modifiziert. Die Anordnung NSC 5411-2 sieht für Gebiete, die vom „internationalen Kommunismus dominiert und bedroht sind", vor, „Widerstand im Untergrund zu entwickeln und verdeckte sowie Guerilla-Operationen zu erleichtern; die Verfügbarkeit dieser Kräfte im Kriegsfalle sicherzustellen; wo immer möglich unter Einschluß von Vorkehrungen aller Art, die dem Militär die Ausbreitung dieser Kräfte in Kriegszeiten innerhalb aktueller Operationsgebiete gestattet." Die Idee für GLADIO hatte die CIA mitten im Koreakrieg. Damals ging in fast allen europäischen Hauptstädten die Furcht vor einer tödlichen Bedrohung aus dem Osten um. In Italien und Frankreich gab es starke kommunistische Parteien, der blutige Bürgerkrieg in Griechenland lag wenige Jahre zurück, durch Deutschland verlief die Grenze, die damals die Welt teilte. Das Netzwerk dehnte sich bald auf ganz Westeuropa aus. Die Geheimdienste der einzelnen Länder leiteten die subversive Ausgeburt des „Kalten Krieges". Die Zusammenarbeit mit SHAPE, oberstes militärisches Hauptquartier der NATO-Streitkräfte in Europa, band die nationalen GLADIO-Gruppen in Übungen ein und betreute sie fachlich. Die dreckige Arbeit der Geheimdienste wurde ständig weiterentwickelt. Das Dokument, das mehr als jedes andere die Mechanismen der geheimen Eingriffe und verdeckten Operationen deutlich werden läßt, ist unter dem Namen „Field Manual" (FM) 30 - 31 bekannt geworden. Es entstand 1970 im US-amerikanischen Generalstab unter General Westmoreland. Die „Field Manuals" sind Broschüren, die für die Offiziere und die Büros der „Intelligence" des Heeres bestimmt sind. Die Nummern weisen auf das Interessengebiet der Dokumente hin. Die Nummer 30 ist für die militärischen Geheimdienste bestimmt, die Nummer 31 behandelt „Sonderoperationen". Das Handbuch enthält Direktiven für den Fall, daß in einem befreundeten Land die Möglichkeit einer politischen Umwälzung zugunsten kommunistischer Kräfte besteht, wobei es keine Rolle spielt, ob legal durch Wahlen oder etwa durch Bürgerkrieg. Im FM werden Direktiven für verschiedenartigste Operationen gegeben. Im 4. Kapitel z.B. heißt es: „Es kann geschehen, daß die Regierungen des befreundeten Landes angesichts der kommunistischen oder von den Kommunisten inspirierten Subversion Passivität oder Unentschlossenheit zeigen, daß sie nicht mit angemessener Kraft auf die Berechnungen der Geheimdienste reagieren, die durch Organisationen der USA weitergegeben werden (...). In diesen Fällen müssen die Geheimdienste der US-Armee die Mittel vorbereiten, um Sonderoperationen durchzuführen, die die Regierung und die Öffentlichkeit des befreundeten Landes überzeugen können, daß die Gefahr real und daß es notwendig ist, Antwortaktionen durchzuführen." Erlaubt ist dann alles, was zum Erfolg führt. Die „Field Manuals" wurden für die Militärs am Bosporus ins Türkische übersetzt und als ST 31 in Umlauf zum Dienstgebrauch gebracht. Bekannt wurde dies durch den kritischen Oberstleutnant Talat Turhan. Der Oberstleutnant bewies so, daß die staatlichen Untergrundorganisationen ungestört Morde begehen dürfen. Er betonte: „Das ist der Geheimbund in den NATO-Ländern" - 20 Jahre bevor GLADIO aufflog. Turhan wurde nach der Militärinvasion von 1971 von Angehörigen der Konterguerilla gefoltert.

Nach den Enthüllungen über GLADIO wuchs auch in der Türkei der Verdacht, daß die Geheimkrieger sowohl an der Terrorwelle der siebziger Jahre wie auch am Militärputsch 1980 direkt beteiligt waren. Denn zum Zeitpunkt des Coups stand die Geheimtruppe, der vor allem „Graue Wölfe" angehörten, unter dem Befehl jenes Generals **Kenan Evren**, der den Staatsstreich kommandierte und sich später zum Präsidenten machte. Um das Gelingen des Putsches sicherzustellen befand sich zur Zeit des Putsches die schnelle Eingreiftruppe der NATO in der Türkei zum NATO-Manöver. Der Sozialdemokrat und türkische Ex-Premier Bülent Ecevit behauptete, er habe von den GLADIO-Kriegern zum erstenmal 1974 erfahren. Er sei damals vom Generalstab gedrängt worden einen Geheimfonds für die „Abteilung für besondere Kriegsführung" einzurichten, damit diese ihre Sonderaufgaben bei der Zyperninvasion erfüllen könne. Die Geheimtruppe würde normalerweise von der CIA finanziert, für die Sonderaufgaben reiche jedoch das Geld nicht. Außerdem hatten die USA auf Grund der Zyperninvasion die CIA-Gelder vorläufig sperren lassen. Vielleicht mußten die fehlenden 10 Millionen der Vizepräsidentin Ciller ein ebensolches Finanzloch stopfen. Immerhin kostet der Krieg in Kurdistan die Türkei jährlich mehrere Milliarden DM.

Auch die BRD leistet ihren Beitrag an der Ausbildung der Kontraguerilla. Neben ständigen Waffenlieferungen an die türkische Armee wurde 1985 der Aufbau von Kontraguerillakommandos von der deutschen GSG 9 und dem BKA unterstützt. Stolz berichtete einer der neuen Soldaten: „Wir lernten alles, was zur Kunst des gnadenlosen Tötens gehört."

Ecevit lastete auch das Massaker auf dem Istanbuler Taksim-Platz am 1. Mai 1977 der Kontraguerilla an. Damals erschossen Unbekannte 38 demonstrierende Arbeiter und verletzten 300. Wenige Tage später wurde auf den Sozialdemokraten selbst ein Anschlag verübt. Augenzeugen sahen einen Mann in Polizeiuniform, der auf Ecevit schoß, aber dessen Mitarbeiter tötete. Der Schütze ist bis heute nicht identifiziert. Die Liste des Terrors „Unbekannter" gegen die türkische Opposition ist lang. Abdullah Catli ist nach Ansicht türkischer Terrorismusfahnder mindestens an zwei Massakern mit zwölf Todesopfern beteiligt gewesen. Ein weiterer Täter in der Terrorwelle ist **Mehmet Ali Agca**. Er ermordete im Februar 1979 den linksliberalen Chefredakteur der Tageszeitung „Milliyet", Abdi Ipekci, und wurde verhaftet. Kurze Zeit später befreite ihn ein Kommandotrupp unter Führung des beim Autounfall getöteten Abdullah Catli aus dem Gefängnis. 1981 verübte Agca in Rom das Attentat auf den Papst, dessen Hintergründe bis heute im Dunkeln liegen.

Bernhard Schmid

Der „Front National" und die „Soziale Frage"

„Linksruck" der LePen-Wählerschaft?



Jean Marie LePen: Die Soziale Frage in Frankreich als Rekrutierungsthema

Die Resultate der Präsidentschaftswahl in Frankreich vom 23. April 1995 - beim ersten Wahlgang erhielt Jean-Marie LePen 15,0 % der Stimmen - zeigten eine bemerkenswerte Entwicklung, die innerhalb der rechtsextremen Wählerschaft im Gange ist. So war gegenüber der letzten Präsidentschaftswahl im April 1988 - der Stimmenanteil des Front National-Chefs betrug damals 14,4 % - ein umfassender Austausch von Wählerschichten festzustellen: 30 Prozent der Arbeiterschaft (1988 waren es 19 Prozent), natürlich nur bezogen auf die Inhaber der französischen Nationalität und damit des Stimmrechts, wählten den rechtsextremen Kandidaten.

Diesem Zugewinn stehen Abwanderungen bei den Geschäftsleuten, Kleinhändlern und Handwerkern (27 Prozent von ihnen wählten 1988 **Jean-Marie LePen**, 1995 waren es nur noch 15 Prozent) sowie höheren Angestellten und Freiberuflern (1988:19 Prozent, 1995: 7 Prozent) gegenüber. Dieser sozialen Verschiebung der LePen-Wählerschaft entspricht im übrigen auch eine politische: 6 Prozent der sich als „linksaußen" einordnenden Wähler (1988: 2 Prozent) und 9 Prozent der sich als „links" bezeichnenden Wähler (1988: 5 Prozent) wählten im letzten Jahr den neofaschistischen Parteichef. Hingegen sank der Anteil seiner Stimmen bei den sich als „rechtsaußen" Verstehenden (1988: 53 Prozent, 1995: 36 Prozent) - zum besseren Verständnis muß man hinzusetzen, daß mit dem stockreaktionären Grafen **de Villiers**, der auf 4,74 Prozent der Stimmen kam, im Jahr 1995 ein weiterer rechtsnationaler Kandidat im Rennen war. (Ergebnisse aus: „Société Francaise" Nr. 53, Oktober/Dezember 1995).

Pascal Perrineau vom CEVIPOF (Zentrum für Studien über das französische politische Leben) hat auf dieser Grundlage nach der Präsidentenwahl 1995 das Schlagwort vom „gauche-lepenisme" (Links-Lepenismus) geprägt. Eine CEVIPOF-Untersuchung, welche in der „Libération" vom 22. Juli 96 vorgestellt wurde, kam zu folgenden näheren Ergebnissen: 17 Prozent der LePen-Wähler stufen sich aktuell als „linksaußen" oder „links" ein, 28 Prozent „in der Mitte", 39 Prozent „rechts" und 15 Prozent als „rechtsaußen". „Jene, die sich als links einstufen, (...) verteidigen linke Positionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet oder auf jenem der Moral und Religion ..." (Libération, 22. Juli 96). „Die Lepenisten sind genauso zahlreich wie die Wähler der Linken, um zu urteilen, daß der Staat nicht ausreichend in das wirtschaftliche und soziale Leben interveniert und um zu sagen, daß die Verteidigung der Kaufkraft und der Löhne für ihre Wahlentscheidung von Bedeutung war. Und sie sind weitaus zahlreicher als die Wähler der (bürgerlichen) Rechten, um ein negatives Urteil über die Begriffe 'Profit' und 'Privatisierung' zu fällen, um der Verbesserung der Lebenssituation der Lohnabhängigen den Vorrang vor der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu geben. Die Unterschiede sind noch frappierender, wenn man innerhalb der LePen-Wählerschaft jene, die früher für die Linke stimmten, von den früheren Wählern (der bürgerlichen Parteien) RPR und UDF unterscheidet. Die Hälfte der Lepenisten von links (gegenüber einem Drittel derer von rechts) fällt ein negatives Urteil über die Privatisierungen, und zwei Drittel über den Profit (gegenüber einem Drittel); vier von fünf (gegenüber knapp über der Hälfte) denken, daß man vorrangig die Kaufkraft der Beschäftigten verteidigen müsse." (Le Monde, 29. November 96)

Jedoch Vorsicht: die Wahlentscheidung für LePen und den Front National ist keineswegs zufällig oder oberflächlich, wie es nach diesen Befunden vielleicht auf den ersten Blick erscheinen könnte. Denn die Stimmabgabe für die Rechtsextremen ist an feste ideologische Werturteile auf bestimmten Gebieten gebunden. „Die Logik ihres Wahlverhaltens ist die einer 'Stimme als Einsatz'. Alles, was mit der Immigration oder der Inneren Sicherheit zusammenhängt, erscheint ihnen wichtig genug, um zu rechtfertigen, für den Kandidaten zu stimmen, der ihre Meinung über diese Themen widerspiegelt." Diese Logik ist durchgängig: „Ob es um die Zahl der Ausländer oder die Auflösung der französischen Identität geht, um die Wiedereinführung der Todesstrafe (...): die Lepenisten geben systematisch die rassistische und autoritäre Antwort und unterscheiden sich dabei deutlich von allen anderen Wählerschaften." (Libération, 22. Juli 96)

Von der Mobilisierung der Mittelschichten ...

Die ersten sozialen Schichten, die zum Front National überliefen und 1983/84 seine ersten Wahlerfolge stützten, waren Teile der traditionellen Mittelschichten: Handwerker, Kleinhändler Bauern und Freiberufler (Rechtsanwälte, Notare und andere Honoratioren). Die voranschreitende gegenseitige „Öffnung" der westeuropäischen Ökonomien (am 1. Juli 1968 waren die Binnenzölle innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der EG, gefallen) ließen im Verlauf der 70er Jahre Risse in dem bürgerlichen Block auftreten, der bis dahin das große Industrie- und Finanzkapital mit Mittelschichten und Kleinbürgertum zu einem anti-sozialistischen und anti-revolutionären Bündnis vereinigte - wie es zuletzt de Gaulle infolge des Pariser Mai 1968 gelang. Der Grund für diese „Risse" ist, daß die schwächeren und rückwärtsgewandteren Teile der bürgerlichen Schichten durch die zunehmende Transnationalisierung und Europäisierung des Kapitals ökonomisch auf der Strecke bleiben. Von den ersten Spannungen innerhalb dieser Allianz zur Erhaltung des bürgerlichen „status quo" zeugt im Frühjahr 1977 der gemeinsame Versuch des Unternehmerverbands der kleinen und mittleren Betriebe (CGPME), der Ständigen Versammlung der Handwerkskammern, des Bauernverbands FNSEA sowie der Ärztegewerkschaft CSMF, sich zu einer „Aktions- und Reflexionsstruktur" zusammenzuschließen; der Versuch bleibt jedoch folgenlos. Der liberal-konservative Präsident Valéry Giscard d'Estaing verliert aufgrund der zunehmenden Brüche im bürgerlichen Klassenbündnis 1981 die Präsidentenwahl gegen Francois Mitterrand - die sozialistisch-kommunistische Linke übernimmt in einer Koalition die Regierung. Die „Roten" als traditionelles Schreckgespenst „an der Macht" zu sehen, liefert für die (aufgrund der objektiven ökonomischen Prozesse gebeutelten) Mittelstands- und Kleinbürgerschichten den ideologisch-kulturellen Bezugsrahmen, um alle Zukunftsängste politisch gemäß dem hergebrachten Links-Rechts-Schema zu interpretieren - nach dem Motto: „Die Roten wollen uns unsere Habe wegnehmen!"

Die klassischen Formationen der vorerst auf die Oppositionsbänke verbannten, bürgerlichen Rechten können ihrer Panik nicht mehr Genüge tun und werden daher hinter sich gelassen. Schon bald nach dem Regierungswechsel strömen diese Schichten in eigenständigen Aktionen auf die Straße. So ziehen im Herbst 1982 nacheinander 15.000 Kleinunternehmer (13. September), 50.000 Freiberufler und Ärzte (30. September) und schließlich 30.000 Handwerker und Kleinhändler (12. Oktober) durch Paris. Im Frühjahr 1983 geht die Mobilisierung erneut los, beginnend mit den - von rechtsextremen Studentenvereinigungen angeführten - Jura- und Medizinstu-

denten. Zu allem hinzu gesellt sich jedoch bald ein Kampf, welcher dem „Aufstand des (Klein)Bürgertums“ eine ideologische Sinngebung und Strukturierung verleihen wird: die einsetzende Massenmobilisierung für die Erhaltung der staatlichen Finanzierung der katholischen Privatschulen, die ein Teil der regierenden Linken zugunsten des, allen zugänglichen, öffentlichen und laizistischen Schulwesens zurückziehen möchte. Eine Million Menschen gehen im Frühjahr 1984 für die Privilegien der „freien Schule“ auf die Straße, die zum Sinnbild für den Erhalt einer überkommenen traditionellen Wert- und Gesellschaftsordnung werden. Jean-Marie LePen und die Kader des Front National nehmen an den Demonstrationen zum „Schulkampf“ teil. Im Juni 1984 erzielt der FN seinen ersten wahlpolitischen Durchbruch auf nationaler Ebene (11 Prozent bei den Europaparlamentswahlen).

Zur „Proletarisierung“ der rechtsextremen Wählerschaft

Ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre nimmt die Wähler- und Anhängerschaft des Front National aus den sozialen „Unter“schichten stetig weiter zu. Hierzu tragen zwei Hauptfaktoren bei: auf der einen Seite der objektive sozial-ökonomische Prozeß, der dazu führt, daß die Kapitalseite immer stärker Abschied vom „fordistischen Kompromiß“ der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg nimmt. Zu dessen Grundbestandteilen gehören die Existenz eines Massenkonsums unter der Arbeiterschaft sowie einer gewissen sozialen Grundabsicherung, wodurch die soziale und politische „Stabilität“ der hochentwickelten Industrieländer sowie die weitgehende Integration der Arbeiterbewegung gewährleistet wurde (und zugleich, über den Binnenkonsum, eine Basis für fortwährendes Wirtschaftswachstum gelegt wurde). Im Rahmen des zunehmenden „Wettlaufs“ zwischen Ländern und Regionen, die einen Teil der Kapitalströme auf ihr Territorium zu lenken suchen, trennt sich die Kapitalseite jedoch in immer größerem Ausmaß von Elementen des sozialen „Klassenkompromisses“ mit dem europäischen Proletariat; die Folge ist u.a. eine zunehmende Deregulierung des Arbeitslebens im Zeichen der „Flexibilisierung“ der Arbeitskräfte, verbunden mit einer größeren sozialen Ausdifferenzierung (in eine qualifizierte und in ihrem Arbeitsplatz garantierte Kernarbeiterschaft und in eine wachsende Zahl von prekär Beschäftigten und ganz aus dem Erwerbsleben Ausgeschlossene). Hinzu kommt eine wachsende Zersplitterung der Arbeitswelt durch Auslagerung einzelner Produktionsprozesse im nationalen oder internationalen Rahmen, eine wachsende Zahl kleiner zuarbeitender Betriebe, von Scheinselbständigkeiten usw.

Die organisierte Arbeiterbewegung wird davon in zweierlei Weise getroffen: die zunehmende Zersplitterung der „Klasse“ und die wachsende Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten erschweren ihr die Organisierung der abhängig Beschäftigten.

Zweitens aber resultiert für die Organisationen der Arbeiterbewegung aus der Abwesenheit nationaler „Verteilungsspielräume“, die den Reformismus in den 60er und 70er Jahren praktische Früchte ernten ließ, der Verlust an „Glaubwürdigkeit“ und materieller Angebotsfähigkeit dort, wo ihre Basis sich reale Hoffnungen auf eine spürbare Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen machte. Dieser Krisenprozeß muß in Frankreich tiefgreifender wirken als anderswo: gegenläufig zur Entwicklung in den anderen westlichen Industrieländern, die in den 60er und 70er Jahren reformistische Regierungen kannten und wo mit der Wahl von Thatcher (1979), Reagan (1980) und Kohl (1982) die neokonservative „Tendenzwende“ eintrat, kam die sozialistisch-kommunistische Linke hier gewissermaßen mit zehn Jahren Verspätung, 1981, ans Ruder. In einer Periode verschärft markt-radikaler Politik auf der Ebene aller bedeutenden Industrieländer läuft die Linkskoalition - deren Parteien eng mit der Gewerkschaftsbewegung verknüpft sind - mit ihrem Projekt einer keynesianischen Politik wirtschaftlicher „Ankurbelung“ über die Löhne und den Binnenkonsum rasch auf Grund; nationalstaatlicher Regulierungsmöglichkeiten ist sie aufgrund der zunehmenden Transnationalisierung der Ökonomie bereits weitgehend beraubt. Umso härter wird das Ruder herum geworfen: im Juni 1982 werden die Löhne im öffentlichen Dienst „eingefroren“ (bei 15 Prozent Inflationsrate), im Frühjahr 1983 verkündet Wirtschaftsminister Delors die „Wende zur Austeritäts-(Spar)-politik“. Die mittelfristige Enttäuschung kann nur verheerend wirken auf die Basis der Linken und der Arbeiterbewegung - umso mehr als die Linksparteien ihre ab 1983 neoliberale Politik permanent unter dem Schlagwort des „äußeren Zwangs“, des Drucks der internationalen Verhältnisse, durchsetzen, wodurch ein nationalistischer Reflex geradezu provoziert wird. Im Jahr 1996 rangieren die Gewerkschaften als Hoffnungsträger (Fragestellung: ‘Wer kann die Situation ändern?’) mit mageren 5 Prozent noch hinter Regierung (15 %) und Unternehmern (17%). In Teilen der „Klasse“ und der sozialen Basis der Linken aber breitet sich eine Wertorientierung aus, die alle Hoffnungen auf „den starken Mann“ setzt - eben auf Jean-Marie LePen.

Strategische Probleme mit der sozialen Basis

Ab Anfang der 90er Jahre kann der FN tatsächlich zwei ganz unterschiedliche Wählerschichten, eine kleinbürgerlich-reaktionäre einerseits und eine sozial unzufriedene und auf rassistische und autoritäre Weise „revoltierende“ andererseits, an sich binden. Dies muß jedoch langfristig zu Problemen für die rechtsextreme Partei führen: Im Augenblick einer größeren sozialen Auseinandersetzung, welche die gesamte Gesellschaft durchzieht, sieht der Front National sich dem notwendigen Spagat zwischen antagonistischen Interessen innerhalb seines heterogenen Publikums ausgesetzt.

Dieser Zeitpunkt ist mit der massiven Streikwelle im November und Dezember 95 erreicht, gegenüber der die FN-Wählerschaft fast genau fein säuberlich in zwei Hälften mit gegensätzlichen Positionen geteilt ist. 54% der FN-Sympathisanten unterstützen auf ihrem Höhepunkt die soziale Bewegung des Herbst 1995, während Jean-Marie LePen diese zugleich als „archaisch“ beschimpft und das Verbot des Streiks in den öffentlichen Diensten (der „die Nation zur Geisel nimmt“) fordert. Die Partei-Wochenzeitung „National Hebdo“ (14.12.1995) ergeht sich angesichts der strategischen Aussichtslosigkeit in völkischen Verschwörungstheorien: „Man verlagert so die politische Debatte vom nationalen Terrain, wo der Front National unschlagbar war, auf ein sogenanntes soziales Terrain“, was das gemeinsame Interesse der Linken und der regierenden Rechten sei. „Wir Bürger sind gefangen zwischen den einander entgegengesetzten, aber zusammen gehörenden Zangen ein und desselben Systems.“

Einen strategischen Ausweg verheißt unterdessen eine Idee, die bereits kurz zuvor - anläßlich der Berufsvertretungswahlen bei der Polizei im Dezember 95 erstmals in die Praxis umgesetzt worden war: die Gründung eigener FN-Gewerkschaften. Im Falle der Ordnungshüterzunft hatte der „Front National Police“ dabei aus dem Stand über 7 Prozent der Stimmen erhalten; zusammen mit der ebenfalls rechtsextremen Polizeigewerkschaft FPIP erhielten die Extremisten 13,2 Prozent. Jean-Marie LePen hatte bereits Anfang November 95 verkündet, im Falle eines Erfolges könne es bald „einen Front National der Metallarbeiter, der Bauern, der Fischer, der Bankangestellten“ geben. Der Vorteil dieser Konzeption rein berufsspezifisch begrenzter, parteiabhängiger „Gewerkschaften“ für die extreme Rechte liegt auf der Hand: das sozial heterogene Publikum wird in verschiedene eng begrenzte (Berufs-) Kategorien aufgespalten. Innerhalb dieser Sparten sollen, so das Ideal, abhängig Beschäftigte und Unternehmer an einem Tisch sitzen, die dabei nur das Interesse ihres Berufszweigs im Blick haben sollen - gesamtgesellschaftliche soziale Konflikte (zwischen oben und unten) sollen so durch eine ständische Gliederung der Gesellschaft, nach dem Vorbild der „ordres professionels“ Vichy-Frankreichs, außer Kraft gesetzt werden. Zugleich arbeiten die Chefideologen des FN wie **Bruno Mégret** („Nummer zwei“ der Partei) fieberhaft daran, mit einem Diskurs gegen den „Mondialismus“ (von ‘monde’ = die Welt) einen einheitlichen und kohärenten Wirtschafts- und Sozialdiskurs zu entwickeln, der - im Zeichen des Schutzes der nationalen Arbeit gegen das global wandernde Kapital - die verschiedenen anzusprechenden sozialen Gruppen unter einem einheitlichen Ideengebäude zusammenschließen soll.

Konkret sind bisher im Laufe des Jahres 1996 gegründet worden: die Front National-Gewerkschaft bei den Metro-Gesellschaften von Paris (RATP) und Lyon (TCL), wobei ersterer aufgrund einer Klage der Direktion und anderer Gewerkschaften der Name FN-RATP gerichtlich untersagt worden ist; sie nennt sich nunmehr „FN-TC“ (Force Nationale - Transports en commun / Nationale Kraft - Öffentliche Transportmittel). Insbesondere der Lyoner Ableger FN-TCL kann als erfolgreich gelten, da er bereits rund 400 von 3.500 Beschäftigten organisieren soll - so jedenfalls die Angaben der konservativen Tageszeitung „Le

Figaro" mit ihrer sehr FN-freundlichen Berichterstattung. (Dem Arbeitsgericht konnte der FN-TCL 156 Namen vorlegen, doch vermutlich sind nicht alle Mitglieder bereit, auf diese Weise öffentlich hervorzutreten.) Schlimmer: acht von neun Busdepots haben Vorsteher, die FN-Mitglieder sind - andere Gewerkschaften wie die CGT trauen sich teilweise gar nicht mehr, aufzutreten. In Paris ist interessant, daß das vierköpfige Komitee der FN-Metrogewerkschaft sowohl bekennende Teilnehmer am Streik des November/Dezember 95 als auch damalige Streikgegner umfaßt. - Es folgten die Gründung der Vereinigung „FN Mieter", welche im Juni 96 zur Wahl von 40 der 600 Bewohnervertretungen des HLM-Sozialwohnungswesens antrat, sowie nach der Sommerpause des „FN Gefängniswärter". Zugleich organisiert der „Nationale Zirkel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter" (CNTS) die Aktivitäten jener FN-Anhänger, die innerhalb der „etablierten" Gewerkschaften tätig sind, insbesondere in den Organisationen Force Ouvrière („unpolitisch", sozialdemokratisch-reformistisch), CFTC (christlich) und CFE-CGC (höhere Angestellte). Anläßlich der Präsidentenwahl 1995 hatte auch ein Prozentsatz von Gewerkschaftsmitgliedern Jean-Marie LePen gewählt, der zwischen 6 Prozent (bei der KP-nahen CGT) und 19 Prozent (bei Force Ouvrière) oszilliert.

Und nicht zu vergessen: zugleich existieren auch FN-nahe Unternehmervereinigungen, insbesondere für die Inhaber kleiner und mittelständischer Betriebe. Da gibt es den 1984 gegründeten „Nationalen Zirkel modernes Unternehmen und Freiheiten" (CNEML), dessen Chef **Jean-Michel Dubois** Vizepräsident der Pariser Industrie- und Handelskammer ist. Und die kleinbürgerliche „Nationale Koordination der Geschäftsleute, Handwerker, Bauern und Freiberufler" (CDCA), die regelmäßig durch gewalttätige Demonstrationen und Anschläge auf Gerichte und Sozialkassen (welche die „Steuer- und Abgabenmafia" repräsentieren) von sich reden macht, ist als Einflußsphäre zwischen dem FN und anderen Strömungen der Rechten umstritten. Das Programm der CDCA ist teilweise wörtlich von dem der NSDAP abgeschrieben, insbesondere wo „die Abschaffung von Einkommen, die durch keinerlei Arbeit gerechtfertigt sind", die „Nationalisierung der Trusts" und „die Erhaltung eines gesunden Mittelstands" gefordert werden.

Christian Christians

Haiders heimlicher Sender

Seit Januar 1994 strahlt der deutschsprachige Radiosender „Radio Freies Europa" von Norditalien nach Österreich ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um den ehemaligen us-amerikanischen Propagandasender „Free Europe", der früher von München aus betrieben wurde. „Freies Europa" ging aus dem in den Konkurs gegangenen Sender „Radio MegaHerz" hervor. Inhaberin des Senders ist eine Firma namens „Hairuko due s.r.l.", diese hieß einst „Selco" und betrieb „MegaHerz". An der „Hairuko due" sind drei Personen beteiligt: Armin Kordesch mit 25%, Gernot Rumpold mit 24% und mehrheitlich Erdmute Wandrey.

Armin Kordesch und **Gernot Rumpold** sind wichtige Personen in der FPÖ und gelten als Weggefährten von **Jörg Haider**. Armin Kordesch ist Geschäftsführer der FPÖ in Kärnten und zugleich Geschäftsführer der FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten", bei der auch die Radiomoderatoren zuvor arbeiteten. Die Zeitung übernahm von einem ehemaligen



Vor 10 Jahren noch mit Megafon: Jörg Haider

„MegaHerz"-Gesellschafter den Vertrieb der Werbezeiten, läßt dies jedoch von der Firma „Astra Kommunikations- und Medien G.m.b.H." abwickeln. Diese Firma gehört Kordesch und sitzt in den selben Räumlichkeiten wie die „Kärntner Nachrichten". Auch darüber hinaus unterstützt die FPÖ den Radiosender vielfach. Der Übertragungswagen gehört der Partei. Mit Weltnachrichten wird der Sender durch die Wiener Pressestelle der FPÖ und dem Anschluß des Nachrichtendienstes APA des Kärtner Büros beliefert.

Zwar gab Armin Kordesch gegenüber dem Nachrichtendienst Austria Presse Agentur schon einmal zu, daß es sich um einen Parteisender handelt, doch zwischenzeitlich wird dies bestritten. Der Hintergrund hierzu ist einfach: In Italien ist der Betrieb von Radiosendern durch Parteien untersagt. Staatliche Stellen ermittelten bereits und vernahmen die Mitarbeiter. Der Sender änderte daraufhin das Programm so ab, daß die Zugehörigkeit zur FPÖ nicht ganz so offensichtlich ist: Aus Ansprachen von FPÖ-Politikern wurden „lockere" Talkrunden.

Eine direkte Beteiligung von Haider an „Radio Freies Europa" wird gänzlich bestritten. Laut dem österreichischen Nachrichtenmagazin „Profil" nahm der zwar an der Übernahmeverhandlung des Senders teil, doch als Gesellschafter taucht er nicht auf. Kolportiert wird jedoch, daß es sich bei **Erdmute Wandrey** um eine Strohperson handelt. Darauf weist auch das Kürzel „Hairuko" hin. Hierbei handelt es sich angeblich um ein zusammengesetztes Kürzel der Namen der Gesellschafter. Der Name Wandrey läst sich jedoch nur schlecht auf „Hai" abkürzen.

Erdmute Wandrey arbeitet hauptberuflich als Sekretärin in der Münchner Anwaltskanzlei von **Manfred Brunner**. In dessen Partei „Bund freier Bürger" ist sie ebenfalls aktiv . Die engen Verbindungen zwischen dem „Bund freier Bürger" und den „Freiheitlichen" in Österreich sind bekannt.

Quellen: News Nr. 45 und Profil Nr. 45

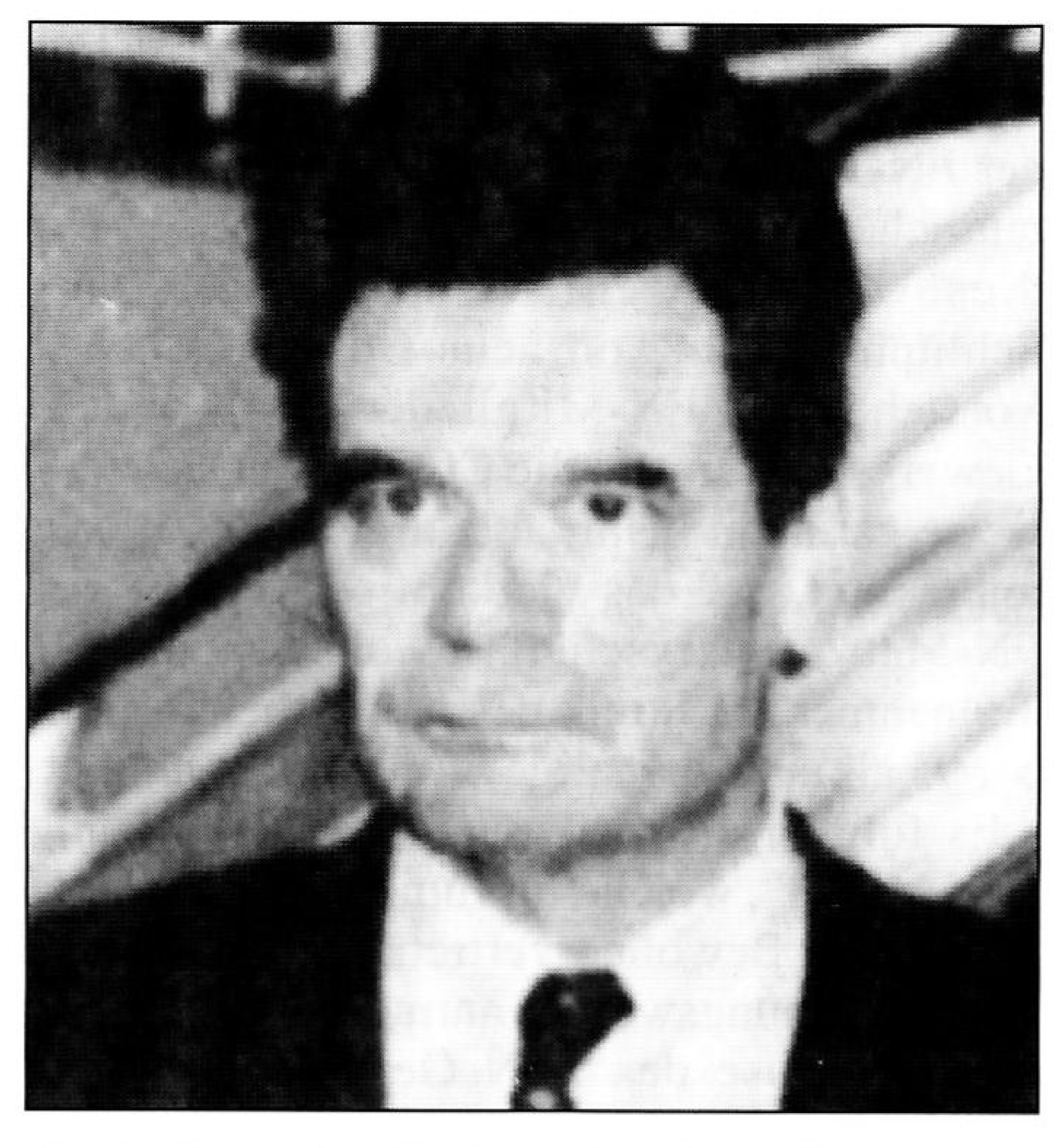
Deutschnationale Burschenschaften in Wien

Am 30.November 1996 demonstrierten ca. 3000 Menschen vor der Wiener Hofburg gegen den „Festkommers" der „Deutschen Burschenschaft" in Österreich. Bereits im September mußten die Veranstalter des „Kommers" einen ersten Rückschlag erleben. In der ersten Ankündigung in der Zeitschrift „Aula" wurde die Teilnahme einer Abordnung des österreichischen Bundesheeres erwähnt. Kurz darauf wies das Verteidigungsministerium heftig von sich, daß es je eine Beteiligung geplant hätte. Der Wiener Universitätsrektor Ebenbauer folgte mit dem Entzug der Genehmigung zur Benutzung des Festsaals für eine Podiumsdiskussion - nicht ohne vorher von antifaschistischer Seite dazu gedrängt worden zu sein.

Das Wiener Nobelhotel SAS fand ebenfalls eine Möglichkeit, den Burschenschaftern den angemieteten Saal zu kündigen. Mit dem dritten Nationalratspräsidenten **Brauneder** und **Jörg Haider**, der als Festredner auftreten sollte, sagten die Spitzenvertreter der „Freiheitlichen" (ehemals FPÖ), eigentlich Mitveranstalter des „Kommerses" (neben den deutschnationalen Burschenschaften und dem „Ring volkstreuer Verbände"), ihr Erscheinen ab. Trotz dieser Schwierigkeiten blieben den deutschtümelnden österreichischen Burschenschaftern zwei wesentliche Programmpunkte: Der eigentliche Festkommers und ein Festumzug vor der Wiener Hofburg. Auf letzteren wurde dann wegen der antifaschistischen Demonstration verzichtet. Unter dem Motto „1000 Jahre Ostarrichi" und hektoliterweise ausgeschenktem Bier ging es dann auf dem Kommers hoch her, wo **Rainer Pawcowicz** (FPÖ) die Zuhörerschaft ermunterte für „Ehre, Freiheit und Vaterland" zu fechten. Welches Vaterland gemeint war, war nicht zu verkennen: „Wir sind all denen ein Dorn im Auge, die sich nicht zum Deutschtum bekennen wollen."

Christian Christians

„Geschichtsaufarbeitung" durch Kalte Krieger



Stasi-Jäger der Nation: Joachim Gauck

Zu den Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gehörten „Grausame Folterzellen und Verhörpraktiken, Kontakte zu Rechtsextremisten, Sabotageversuche an Kernkraftwerken, Verschleppungen und inszenierte Unfälle mißliebiger Personen, Unterstützung terroristischer Vereinigungen und einer kommunistischen Untergrundarmee" - so Bernhard Marquardt im Vorwort zu dem Buch „DDR Staatssicherheit", welches er zusammen mit dem „Stasi-Experten" Karl Wilhelm Fricke schrieb. Beim Ministerium für Staatssicherheit handelte es sich gewiß um eine „Terrororganisation", die bestimmte Teile der DDR-Bevölkerung unterdrückte und auch international einiges tat, was über die „Verteidigung" der DDR hinausging.

Doch nicht erst seit dem Untergang der DDR versuchen bestimmte Publizisten das MfS zu instrumentalisieren und ein Bild zu erzeugen, in dem hinter allem Schlechten und Bösen das MfS stand.

Die Aufarbeitung der MfS-Geschichte wird heute hauptsächlich vom „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik", so der offizielle Titel der sogenannten Gauck-Behörde, betrieben. Die Einrichtung, die nach ihrem Leiter **Joachim Gauck** benannt ist, verwaltet die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Gegründet wurde diese Behörde noch von der letzten Volkskammer.

Das Gesetz, auf dessen Grundlage sie tätig ist, wurde jedoch durch eine gemeinsame Gesetzesinitiative von CDU/CSU, SPD und FDP 1991 abgeändert. Die ursprüngliche Form sah vor, daß Geheimdienste kein Zugriffsrecht auf die Akten haben. Diese erhielten ein selektives Zugriffsrecht. Dem Bundesbeauftragten wurde ein Beirat an die Seite gegeben, welcher aber nur beratene Funktion hat. Die Mitglieder des Beirates werden vom Bundestag und den ostdeutschen Bundesländern gestellt. So hat Sachsen z.B. seinen Justizminister **Steffen Heitmann** entsandt.

Bei der Gauck-Behörde wurde 1992 die Abteilung Bildung und Forschung (BF) eingerichtet. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter kommen überwiegend aus der Alt-BRD. Verschiedentlich haben sie eine wissenschaftliche Vorbildung im Bereich „DDR-Forschung", welche nicht in dem Ruf steht sonderlich linkslastig zu sein. Die Abteilung BF führt nicht nur Tagungen durch, sondern erarbeitet auch eine umfangreiche Anzahl von Veröffentlichungen. Die wichtigsten Bücher, die die Abteilung veröffentlicht, erscheinen in der beim Ch. Links Verlag herausgegebenen Reihe „Analysen und Dokumente". Band 1 beschäftigte sich noch mit der Bedeutung der Stasi-Akten. Mit dem Band 2 wurde das Vorgehen des MfS anhand eines „Opfers" betrachtet.

„Stasi-Opfer" Fricke

Autor des zweiten Bandes unter dem Titel „Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung" ist der oben erwähnte **Karl Wilhelm Fricke**. Fricke stellt in diesem Buch seine eigene Biographie anhand von Stasi-Akten vor. Eigens dafür wurde er auch zeitweilig von der „Gauck-Behörde" beschäftigt (Der Bundesbeauftragte, Zweiter Tätigkeitsbericht 1995). Seine Lebensgeschichte ist wahrlich interessant: 1955 wurde der westdeutsche Journalist vom MfS aus West-Berlin entführt und saß nach einem Gerichtsverfahren, welches mit Rechtstaatlichkeit wohl keine Ähnlichkeit hatte, vier Jahre lang in Haft. Nach seiner Entlassung konnte er nach West-Berlin zurückkehren. Damit hatte er im Vergleich zu anderen, die nach einer Entführung in der DDR ermordet wurden, noch Glück gehabt.

Das Ministerium für Staatssicherheit entführte verschiedene Personen, doch handelte es sich stets um Angehörige von Geheimdiensten, bzw. von geheimdienstnahen Organisationen, oder auch um Personen, die als Verräter betrachtet wurden. Nach der Darstellung von Fricke wurde er jedoch wegen seiner „kritischen Berichterstattung" entführt. Er schrieb in Berlin als freier Mitarbeiter u.a. für den „Rheinischen Merkur" und den „Tagesspiegel". In fester Anstellung stand er nur eine Zeitlang bei dem „Aktuellen Reportage-Pressedienst" aus München. Dessen Inhaber verfügte, wie auch Fricke schreibt, über „nachrichtendienstliche Kontakte" und soll auch versucht haben ihn für die Spionage zu gewinnen - was er jedoch abgelehnt haben will.

Regelmäßig schrieb Fricke auch für die „Deutsche Rundschau" des Herausgebers **Rudolf Pechel**, der eine führende Person beim „Kongreß für die kulturelle Freiheit" war. Dies geht bei Fricke nur aus einem wiedergegebenen Verhörprotokoll hervor. Um was für eine Organisation es sich dabei handelt, schreibt er nicht.

Bei dem „Kongreß für die kulturelle Freiheit" handelt es sich um eine Organisation, welche Kongresse durchführte und Zeitschriften in verschiedenen Sprachen verlegte. Laut dem ex CIA-Agenten Philip Agee ist diese Organisationen eine Einrichtung aus dem Einflußbereich des US-amerikanischen Geheimdienstes, mit deren Hilfe rechte Sozialdemokraten und Sozialisten sowie Schriftsteller und Intellektuelle in dessen Strategie eingebunden wurden. Bestätigt wird der geheimdienstliche Hintergrund auch von **Kai-Uwe Merz** in seinem Buch „Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand".

Das Buch von Merz erschien in der Reihe „Studien zur Zeitgeschichte" des renommierten Münchner „Instituts für Zeitgeschichte". Inhaltlich beruht es auf der Betrachtung des „Kalten Krieges" von **Ernst Nolte**, bei dem sich der Autor im Vorwort bedankt. Bei diesem Buch handelt es sich um eine positive Betrachtung der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU). Der Autor zeigt auch die Verbindungen zwischen der KgU, dem „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen", dem „Kongreß für die kulturelle Freiheit" und dem CIA bzw. dessen Vorläufer auf.

Mit der „Kampfgruppe" und dem „Untersuchungsausschuß" arbeitete auch Fricke zusammen. In dem Buch „Akten-Einsicht" schrieb er zu diesen Organisationen: „Im Stasi-Visier waren nicht westliche Geheimdienstagenturen, sondern die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen ...". Da Fricke auf das Buch von Merz selber in einer Fußnote verweist, muß ihm die „CIA-Connection" bekannt sein. In einem Artikel von Fricke über den entführten und ermordeten **Walter Linse** vom „Untersuchungsausschuß" schreibt er ausdrücklich noch einmal, daß dies den „Realitäten des Kalten Krieges im besetzten Deutschland" entsprach und deshalb Kritik an der Finanzierung durch einen Geheimdienst nicht passend sei (Deutschland-Archiv 5/96).

Bei der „Kampfgruppe" handelt es sich um eine Organisationen, deren Kartei und deren Verbindungen in der SBZ/DDR vom sogenannten „Büro Hoffmann" aufgebaut wurden. Daß es sich hierbei um eine Einrichtung des US-amerikanischen Geheimdienstes handelt bestätigt auch Merz. Geleitet wurde dieses Büro von **Heinrich von zur Mühlen** unter dem Decknamen **„Dr. Hoffmann"**. Von zur Mühlen und **Rainer Hildebrandt** gehörten im „Dritten Reich" zu einer Gruppe um **Albrecht Haushofer**. Diese Gruppe soll zum Umfeld der „Hitlerattentäter" vom 20.Juli gehört haben. Rainer Hildebrandt war einer der führenden Köpfe bei der „Kampfgruppe" und vertrat diese bei öffentlichen Veranstaltungen und in Beiträgen des Radiosenders RIAS nach außen. Nach der Auflösung der KgU gründe-

te er die „Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V.“. Diese setzte zum Teil die Arbeit der „Kampfgruppe“ fort, half bei der Flucht aus der DDR und betreibt heute das Museum am „Checkpoint Charlie“.

In dem Museum befindet sich eine Dauerausstellung mit dem Titel „Von Gandhi bis Walesa - Gewaltfreier Kampf für Menschenrechte“. Unter dem selben Titel hat Hildebrandt im museumseigenen Verlag ein Buch herausgebracht, in dem er die Friedens- und Menschenrechtsgruppen in diesen gewaltfreien Kampf einreiht. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ berief sich zwar auch gerne auf Gandhi, war aber weniger gewaltlos. Über Terroranschläge dieser Gruppe berichten heute auch ehemalige Aktivisten, die an diesen beteiligt gewesen sind (vergl. „Geschichten aus dem Kalten Krieg“ Teil 2, WDR 1996).

Fricke und der Bund Deutscher Jugend

Während Fricke zwar seine Verbindung zur „Kampfgruppe“ benennt, jedoch nicht aufzeigt um welcher Art Gruppe es sich dabei handelt, verschweigt er seine Verbindung zum „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ) gänzlich. Daß auch hinter dieser Organisation der CIA steckte, schreibt selbst der ehemalige BDJ-Aktivist **Dieter von Glahn** in seinen Lebenserinnerungen „Patriot und Partisan“. Der sogenannte „Technische Dienst des BDJ“ war nach Leo A. Müller eine Organisation aus dem Bereich „Gladio“. Bei „Gladio“ handelt es sich um eine „Geheimarmee“ der NATO, welche nach einer Besetzung von NATO-Territorium im Rücken des Gegners kämpfen sollte. In verschiedenen Ländern (z.B. in der Türkei und in Italien) waren die „Geheimkrieger“ in Terroranschläge und ähnliche Machenschaften verwickelt.

Der BDJ führte eine Kartei von politischen Gegnern, vorwiegend aus KPD und SPD. Die Kartei wurde im Nordwesten der BRD von Dieter von Glahn geführt und soll nach seinen Angaben als Grundstock dem niedersächsischen Verfassungsschutz gedient haben (von Glahn, S 56). In seiner Wilhelmshavener Zeit war Fricke der BDJ-Führer von Dieter von Glahn (S. 100). Der BDJ arbeitete nicht nur mit der „Kampfgruppe“ zusammen sondern ergänzte die in der DDR aktive Gruppe dadurch, daß sie „DDR-Sympathisanten“, zumeist von der KPD, terrorisierte.

Es hat sicherlich einen bestimmten Sinn, wenn Karl Wilhelm Fricke über die Übergriffe des MfS berichtet. Aber er verschweigt, in welche Machenschaften er, bzw. die Organisationen mit denen er zusammenarbeitete, verstrickt war. Auch **Siegfried Mampel**, der stellvertretende Leiter des „Untersuchungsausschusses“ war und später an der Freien Universität Berlin lehrte, schreibt um eine klare Aussage herum. (Siehe Kasten)

Derselbe Text findet sich auch in einer Broschüre von Mampel, die als erster Band in der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit erschienen ist. Im Geleitwort zu dieser Broschüre schreibt **Martin Gutzeit**: „Denn wer könnte authentischer die Dokumente und Maßnahmepläne des MfS, die Erfolge und Mißerfolge der Stasi in diesem Kampf deuten als jene, denen dieser Kampf galt?“. Gutzeit ist Landesbeauftragter für die Unterlagen und sitzt im Beirat der „Gauck-Behörde“.

Autoren wie Fricke oder auch Mampel verwischen die Hintergründe im Zusammenhang mit dem CIA. Eine Strategie wird nicht deutlich, als wäre der US-Geheimdienst als großzügiger Mäzen aufgetreten. Die Strategie des CIA wurde später auch in Ländern wie Indonesien, Iran oder Chile angewendet und hat mit einem „Kampf für die Freiheit“ und gegen „Unmenschlichkeit“ nichts gemein.

Der UFJ und die CIA

Siegfried Mampel über den „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ (UFJ) und dessen Verbindung zum CIA:

„Nach heutigem Sprachgebrauch war der UFJ eine Menschenrechtsorganisation, wie - wesentlich später gegründet - 'Amnesty International' oder die 'Internationale Gesellschaft für Menschenrechte'. Was jetzt eine Selbstverständlichkeit ist, war damals etwas grundlegend Neues.

Die Verwendung von Decknamen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter, besondere Sicherheitsvorkehrungen für die Besucher des UFJ aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, die dort Rat und Hilfe suchten, und die Abschottung der einzelnen Arbeitsbereiche unter einer zentralen Leitung gaben dem UFJ Ähnlichkeiten mit einem Geheimdienst. (...)

Vereinbart wurden auch Bemühungen, die Finanzierung des UFJ auf eine andere Basis zu stellen. Diese war zunächst durch die USA gewährleistet worden. Welche Dienststellen der USA sie gewährte, ist dem Verf. niemals bekannt geworden. Ihm wurde aber bei Diensteintritt vom Leiter des UFJ versichert, daß dies nicht der CIA sei. Daran zu zweifeln, besteht kein Anlaß. Die Finanzierung durch die USA und auch die Verbindung zu deren zuständiger Dienststelle war sowohl unter Friedenau wie anschließend unter Rosenthal Chefsache. Auch als Stellvertreter Rosenthals hatte der Verf. niemals die Amerikaner kennengelernt, die für die Finanzierung des UFJ zuständig waren. Es bestand auch kein Anlaß, sich darüber Kenntnis zu verschaffen. Denn der UFJ hat nach dem Wissen des Verf. keine Anweisungen von außen entgegennehmen müssen, sondern der UFJ und seine Mitarbeiter arbeiteten, jeweils auf ihrem Fachgebiet, eigenverantwortlich. Der Verf. und wohl auch andere Mitarbeiter sind dabei gut gefahren. Anders wäre seine wissenschaftliche Laufbahn nicht möglich gewesen.

Die Finanzierung von Einrichtungen oder Veranstaltungen, die den Behauptungswillen der Deutschen gegenüber der kommunistischen Bedrohung stärken sollten und die freie Welt über die Lage im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands aufklären sollte, durch die westlichen Besatzungsmächte war in der ersten Nachkriegszeit nichts Ungewöhnliches und hat viel dazu beigetragen, daß aus Besatzungsmächten Schutzmächte wurden. Zu erinnern ist an den Sender RIAS Berlin und den 'Kongreß für die Freiheit der Kultur' sowie an die Zeitschrift 'Der Monat'. Auch der Aufbau der Freien Universität Berlin wurde von den USA finanziell unterstützt. So erschien die Finanzierung des UFJ durch die USA fast selbstverständlich. Jedoch konnte das nur für die begrenzte Zeit gelten, in der deutsche Behörden wegen der Beschränkung der Souveränität dafür nicht zuständig gehalten und finanziell dazu noch nicht in der Lage waren.“

Aus: Deutschland-Archiv 9/94, S. 909 und 912

Neue Organisationen

Neben der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ ist es die IGfM, die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V.“ (früher: Gesellschaft für Menschenrechte e.V.), die das Erbe älterer Organisationen der „Kalten Krieger“ übernahmen. Die IGfM wurde Anfang der siebziger Jahre von nur wenigen Personen gegründet; Dieter von Glahn berichtet in seinen Erinnerungen ebenfalls bei der Gründung der IGfM dabei gewesen zusein.

Zu den Gründern gehörten auch Vertreter der russischen Exilanten-Organisation NTS. Unter dem Namen von NTS soll, so **Wolfgang Wehner**, eins von zwei Ausbildungslagern für „Spione und Saboteure“ des CIA nahe bei Frankfurt/M. betrieben worden sein. Quasi eine gemeinsame Gründung der IGfM und der „Paneuropa-Union“ des IGfM-Funktionärs **Otto von Habsburg** war das „Brüsewitz-Zentrum“. **Oskar Brüsewitz**, der mehrere Male seinen Wohnsitz zwischen der BRD und DDR wechselte, war erst Schuster und später Pfarrer. In seiner kurzen Pfarrzeit versuchte er massiv, den Staat zu provozieren. Seine Kirche, das MfS und die SED setzten ihn darauf hin offen und verdeckt unter Druck. Am 18. August 1976 beging er durch Selbstverbrennung Selbstmord. In seinem Abschiedsbrief entschuldigte er sich für seine Tat, führte aber nicht aus, daß es sich um ein Zeichen handeln sollte. Zum Märtyrertod wurde sein Selbstmord erst nachträglich, von zumeist westdeutschen Kreisen, gemacht.

Das Ende der DDR machte den Weg frei für eine Reihe von Büchern über Oskar Brüsewitz, nach dem dieses Zentrum benannt wurde. Eines der ersten Bücher war das Buch „Das Fanal“ von **Helmut Müller-Enbergs**, **Heike Schmoll** und **Wolfgang Stock**. Das Buch erschien als „Ullstein Report“ bei der einschlägig bekannten Verlagsgruppe Ullstein/ Langen-Müller, bei der, wie bei keinem zweiten Verlag, Bücher über das MfS veröffentlicht wurden. Schmoll und Stock sind Redakteurin bzw. Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Wolfgang Stock saß im Vorstand des „Brüsewitz-Zentrums“ und ist

Funktionär der „Paneuropa-Union".

Helmut Müller-Enbergs ist Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der „Gauck-Behörde" und arbeitet hier in dem Fachbereich BF 3 als stellvertretender Leiter (Deutschland-Archiv 5/93). Dieser Fachbereich ist zuständig für Politische Bildung, Information der Öffentlichkeit und die Bearbeitung von Anträgen der Medien.

In der Reihe B (Analysen und Berichte) der Abteilung Bildung und Forschung, der zu diesem Zeitpunkt noch völlig neuen Einrichtung, erschien als eine der ersten Veröffentlichungen als Nr. 2/93 „Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976". Diese Veröffentlichung wurde fast vollständig in dem Buch „Das Fanal" nachgedruckt.

In einem von Wolfgang Stock verantworteten Kapitel wird Brüsewitz' Entwicklung zu einer antikommunistischen Haltung wie folgt analysiert: „Seine Frustration und Enttäuschung darüber, der NS-Ideologie ausgeliefert gewesen zu sein, führte ihn dazu, diese mit dem Kommunismus gleichzusetzen. Der war mit der Roten Armee, gegen die Oskar Brüsewitz eingesetzt wurde, auf dem Vormarsch.".

Das erstaunlichste an dem Buch von Müller-Enbergs, Schmoll und Stock ist wohl, daß es offensichtlich auf Zeitzeugen verzichtet. Der Zeitzeuge **Karl-Adolf Zech**, der selbst Unterlagen von Frau und Tochter Brüsewitz für seine verschiedenen Veröffentlichungen erhielt (Deutschland-Archiv 4/96), merkt dieses „verwundert" an.

Heike Schmoll versucht in dem von ihr geschriebenen Kapitel „Die Reaktionen der evangelischen Kirche" ein weiteres Mal den brandenburger Ministerpräsidenten Manfred Stolpe in ein schiefes Licht zu rücken. Beim Sekretariat des evangelischen Kirchenbundes gingen mehrere Briefe von Pfarrern ein, die die Informierung durch die Kirche und die Veröffentlichungen im Neuen Deutschland kritisieren. Manfred Stolpe beantwortet diese Briefe anscheinend mit dem stets gleichen Rückschreiben. Heike Schmoll zitiert einige beschwichtigende Sätze. Dies kritisiert Karl-Adolf Zech der ebenfalls ein solches Schreiben erhielt. Unterschlagen wurde bei Schmoll die Aufforderung durch Stolpe „auch selbst die Initiative" zu ergreifen (Deutschland-Archiv 4/96).

Die IGfM und das MfS

Die IGfM nutzt die Gunst der Stunde um die vielfältigen Veröffentlichungen über ihre Machenschaften und Verbindungen als „Stasi-Manipulationen" zu bezeichnen. Zur Unterstützung von Unterlassungserklärungen werden auch Auszüge aus MfS-Akten versandt. In DER RECHTE RAND Nr.43 wurde von einem solchem Fall berichtet. Drei Frauen aus Emden, die in diesem Fall betroffen waren, antworteten dem Anwalt der IGfM mit einem Schreiben, in dem mehrere Personen benannt wurden, welche vor Gericht im Falle eine Klage als Experten von ihnen geladen werden würden. Zugesagt hat der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eemboom, der vor Gericht den Nachweis führen will, daß



Kronzeuge und Freund der rechtsradikalen Wochenzeitung „Junge Freiheit": Siegmar Faust (Faksimile aus der „Jungen Freiheit")

IGfM-Mitarbeiter sogenannte „nachrichtendienstliche Verbindungen" des BND, also Agenten, waren.

Der Anwalt der IGfM reagierte in dem er seine ansonsten sehr sachliche Sprache in einem Antwortschreiben beiseite lies. Mit Datum vom 1.Oktober 1996 kündigte er an, daß nun der „Gerichtsweg" beschritten wird. Obwohl mehrere Monate vergangen sind, teilte kein Gericht den Eingang eine Klage mit. Offensichtlich wurde der Gerichtsweg nicht beschritten. Die „Emder Zeitung", die vorschnell die Lesart der IGfM übernahm, korrigierte ihren Fehler, indem sie den drei Frauen die Möglichkeit einräumte, in Form eines längeren Leserbrief noch einmal die Fakten zu benennen.

Die IGfM beschäftigt sich auch über die eigenen Angelegenheiten hinaus mit dem MfS. So schrieb z.B. **Siegmar Faust** in der IGfM Zeitschrift „Menschenrechte" (Nr. 4/96) über den Umgang mit den „entmachteten Feinden". Faust war als „Vorzeigedissident" lange Zeit Funktionär der IGfM und des „Brüsewitz-Zentrums". Inzwischen ist er Beauftragter für Stasiunterlagen des Freistaates Sachsen. Hier unterliegt er, dies ist eine juristisch Besonderheit in Sachsen, der Dienst- und Rechtsaufsicht des Justizministers Heitmann (Sächs. LBStUG § 2, Abs. 5). Da sein Vorgänger im Beirat der „Gauck-Behörde" saß, dürfte inzwischen auch Faust dort Platz genommen haben.

Literatur:

Fricke, Karl Wilhelm/Marquardt, Bernhard: „DDR Staatssicherheit"; Bochum, 1995

Glahn, Dieter von: „Patriot und Partisan für Freiheit und Einheit"; Tübingen, 1994

Hildebrandt, Rainer: „Von Gandhi bis Walesa - Gewaltfreier Kampf für Menschenrechte", Berlin

Merz, Kai-Uwe: „Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand"; Studien zur Zeitgeschichte, Band 34; München, 1987

Müller, Leo A.: „Gladio - das Erbe des Kalten Krieges"; Reinbek, 1991

Müller-Enbergs, Helmut/Schmoll, Heike/Stock, Wolfgang: „Das Fanal"; Frankfurt, Main/Bonn, 1993

Neuberger, Günter/Opperskalski, Michael: „CIA in Westeuropa"; Göttingen, 1982

Wehner, Wolfgang: „Geheim"; München, 1960

Zech, Karl-Adolf: „Er traf den Nerv"; Deutschland-Archiv 4/96, Seite 587-607

Krefelder Forum Freies Deutschland

Für Aufmerksamkeit sorgte das „Krefelder Forum Freies Deutschland" anläßlich einer Flugblattaktion im Oktober vergangenen Jahres. Der für das „Krefelder Forum" Verantwortliche, **Hans-Ulrich Höfs**, verteilte das volksverhetzende Pamphlet bei einer Veranstaltung der „Gesellschaft Bürger und Polizei" in Krefeld. Mit Schreiben vom 11. Januar 1996 erließ daraufhin das Amtsgericht Krefeld einen Strafbefehl in Höhe von 9.000 Mark (150 Tagessätze à 60 Mark) gegen den Initiator und Bundesvorsitzenden des rechtsextreme Forums Höfs. Im Mai verfügte das Krefelder Amtsgericht die Beschlagnahme des Flugblattes. Der erneute, auszugsweise Nachdruck des inkriminierten Flugblatts in einer neuen Flugschrift „Mit Strafjustiz gegen die Meinungsfreiheit", das im übrigen auch im Periodikum der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), den „HNG-Nachrichten", nachgedruckt wurde, brachte Höfs wiederum Ärger mit der Staatsanwaltschaft Krefeld ein. Schriftlich wurde Höfs von den Strafverfolgern darauf hingewiesen, daß er nach dem neuen nordrhein-westfälischen Landespressegesetz sich auch damit strafbar mache. Im August 1996 fand der Prozeß gegen Höfs statt. Das lokale Amtsgericht verurteilte Höfs zu einer Geldstrafe in Höhe von 7.200 Mark. Höfs hat in der Zwischenzeit Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Die politische Karriere von Höfs begann beim 1950 als „Vereinigung Heimatvertriebener Deutscher Studenten" gegründeten „Ostpolitischen Deutschen Studentenverband" (ODS). Im Wintersemester 1980/81 war Höfs stellvertretender Vorsitzender der ODS-"Hochschulgruppe Pommern zu Göttingen". Später stieg Höfs in den Bundesvorstand der 1984 umbenannten Studentenorganisation des „Bundes der Vertriebenen" auf. Von 1986 bis 1987 amtierte Höfs als Bundesvorsitzender des rechtsextremen „Gesamtdeutschen Studentenverbandes" (GDS). 1989 verließ Höfs nach langjähriger Mitgliedschaft die CDU und schloß sich der Partei „Die Republikaner" an. Seine kurzzeitige Karriere bei den „Republikanern" erbrachte ihm das Amt des Krefelder REP-Kreisvorsitzenden. Anfang der 90er Jahre fungierte der promovierte Diplom-Chemiker Höfs als „Vertrauensratsvorsitzender des GDS". Parallel existierte als lokaler JF-Lesekreis ein „Gesprächskreis Deutsche Politik" unter der alten Kontaktadresse der Krefelder GDS-Hochschulgruppe. In jüngster Zeit beteiligte sich der „Gesamtdeutsche Studentenverband" beim 1995 initiierten „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD).

Samuel Salzborn

„Der Schlesier“ - Back to the roots

Das Revanchistenorgan „Der Schlesier“ ist am Ende einer langen Reise angelangt und damit wieder zum Ausgangspunkt der Politik der „Vertriebenen“ zurückgekehrt: Die nationalsozialistische Agitation ist zum politischen Kulminationspunkt der Zeitung geworden und die Einschätzung der Bundesregierung bezüglich der „rechtsextremen Durchsetzung“ des „Schlesiers“ dadurch endgültig zur Farce verkommen.

Die Wochenzeitung „Der Schlesier - Breslauer Nachrichten“ ist bekannt geworden als eine der radikalsten und aggressivsten Zeitungen des organisierten Revanchismus. Daß Personen wie **David Irving** und **Udo Walendy** als lautere Quellen betrachtet bzw. zitiert werden, und daß z.B. **Alfred Mechtersheimer**, **Ursula Haverbeck-Wetzel** oder Pater **Lothar Groppe SJ** zu den Leserbriefschreibern und Autoren der Zeitung zählen, gehörte zwar nicht unbedingt zum guten Ton des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) und seiner Unterorganisationen, stand aber auch nicht zwangsläufig deren durchgeführter politischer und kultureller Arbeit konträr gegenüber. Doch durch die Veröffentlichung einer fast halbseitigen, nicht als solche gekennzeichneten Werbeanzeige in der Ausgabe 48/96 vom 29. November 1996 kann „Der Schlesier“ sich nicht mehr, wie gerne praktiziert, als „Opfer der Patriotenverfolgung“ darstellen, denn diese Anzeige markiert den Übergangspunkt zu den Positionen der Nationalsozialisten in Originalton und -bild.

Geworben wird für das Buch „Dokumente polnischer Grausamkeiten. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes aufgrund urkundlichen Beweismaterials herausgegeben“, welches über den Verlag „Der Schlesier“ mit Sitz in Recklinghausen zu beziehen sei und vom Arndt-Verlag **Dietmar Munier**s vertrieben wird. In einem als Faksimile abgedruckten Schreiben teilt das Auswärtige Amt mit, daß es sich um einen Nachdruck in gekürzter Form eines bereits 1940 erschienen Buches handele und daß fälschlicherweise der Eindruck erweckt werde, daß es sich um eine Auftragsarbeit des heutigen Auswärtigen Amtes handele. Im Werbetext wird dies zynisch durch den Einschub „Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes: 'Nachdruck aus dem Jahr 1940'“ kommentiert. Der Eindruck der Aktualität werde, so das Auswärtige Amt, noch durch die Bezugnahme auf eine Rede des derzeitigen Bundeskanzlers vom 1. Juni 1991 verstärkt. Das für 58,- DM erwerbbare Buch wird weiter angepriesen als „Dokumentation aus amtlichen Quellen“, die die „grenzenlosen Quälereien, denen Deutsche zwischen 1919 und 1939 unter polnischer Gewalt ausgesetzt“ gewesen seien, belege. Die „entsetzlichsten Exzesse“ hätten sich „jedoch im August/September 1939“ abgespielt und wer das Buch nicht komplett betrachten könne, der „sollte jedoch den Mut aufbringen, diese unwiderlegbaren Beweise in die Hände der jungen Generation weiterzugeben; denn die Wahrheit darf nicht untergehen!“

Das Auswärtige Amt mitsamt dessen Diplomatie, von dem diese „Wahrheit“ und diese „Beweise“ hergestellt wurden, ist das des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1940. Außenminister und Amtsleiter war **Joachim von Ribbentrop**, der als Kriegsverbrecher aufgrund von Verbrechen gegen die Menschheit (engl. 'humanity'; zumeist verkürzt übersetzt mit 'Menschlichkeit') am 16.Oktober 1946 nach seiner Verurteilung durch den Nürnberger Militärgerichtshof hingerichtet worden war.

Ob **Hans-Joachim Ilgner**, Verleger und Herausgeber des „Schlesiers“, der sich nicht zu dem Buch äußern wollte, den Juden Auschwitz bereits verziehen hat, ist nicht bekannt.

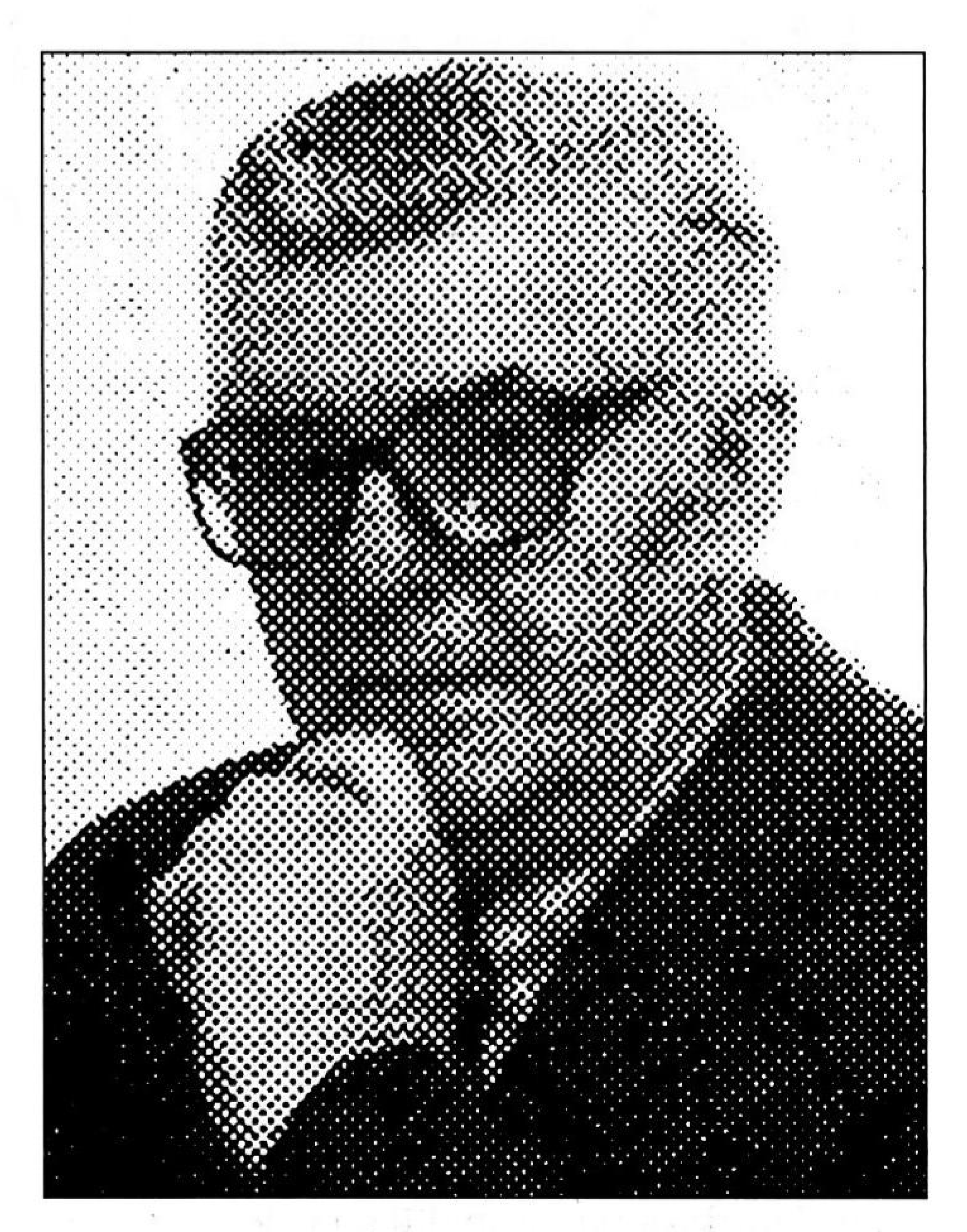
Samuel Salzborn

Revanchisten Deutschlands, vereinigt euch ... im „Zentralrat“?

Der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“, Rechtsabspaltung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), dem er „Verrat“ vorwirft und bekrittelt, daß er „in fast fünf Jahrzehnten kein Eigentum“ gebildet habe, will Einzelmitglieder und „vor allem Verbände, die sich im BdV nicht mehr vertreten fühlen“, für sich werben. Dazu bedient er sich des Geschichtsrevisionismus der übelsten Sorte vermittels Relativierung und Leugnung der Verbrechen des deutschen Faschismus und nutzt den „Schlesier“ als sein Sprachrohr.

„Ehre wem Ehre gebührt. Das sollte eigentlich der Leitgedanke aller sich dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet fühlender Menschen sein. In Dresden scheint das anders zu sein. Ritterkreuzträgern aus dem Zweiten Weltkrieg wurde am 19. Oktober 1996 in der vom britischen Bomber-Harris (gemeint ist Sir Arthur T.Harris; Anm. d.V.) vorsätzlich völlig zerstörten Stadt Dresden, dem hunderttausende unbewaffneter Menschen, meist Frauen, Kinder und Greise - darunter viele Flüchtlinge - zum Opfer fielen, die Totenehrung ihrer Kameraden verweigert“, schreibt **Herbert Jeschioro**, der Vorsitzende des „Zentralrats der vertriebenen Deutschen“ in der Ausgabe 46/96 des „Schlesiers“. Er will sich dabei „ohne Wenn und Aber zu Recht und Wahrheit“ bekennen.

Daß er sich bei der Angabe der angeblich getöteten Bevölkerung auf die in dem 1963 erstaufgelegten Buch „The destruction of Dresden“ des Auschwitz-Leugners **David Irving** bezieht, ist keineswegs Zufall, sondern entspricht der Variante der „Wahrheit“, die beim „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“ üblich ist. Keine. Nur am Rande sei erwähnt, daß sich nach Angaben des Stadtarchives Dresden eine „Gesamtzahl von rund 25.000 Opfern der Luftangriffe auf Dresden zwischen dem 13. Februar und dem 17. April“ ergibt und daß Dresden im Operationsbericht des Informationsbüros der UdSSR als „wichtiger Stützpunkt faschistischer Verteidigung in Sachsen“ angesehen wurde. Darauf, daß jede Form der Relation ignoriert wird, verweist Jürgen Elsässer, wenn er sagt, daß „in Dresden 25.000 Tote auf 630.000 Einwohner kamen, in Leningrad 700.000 auf 2 Millionen“.



„Zentralratsvorsitzender“ Herbert Jeschioro

Der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“ wurde am 26. Februar 1995 in Stuttgart gegründet und firmiert dort unter der Privatanschrift seines Vorsitzenden. Weiteres Mitglied des Vorstandes ist **Gerd Haida** aus Schwäbisch Hall. Die perverse Anlehnung bei der Namenswahl an den Zentralrat der Juden fügt sich nahtlos in die Gesamtideologie der sich zu Opfern stilisierenden Täter ein, wenn Jeschioro fragt, „ob es doch stimmt, wie der Volksmund sagt, daß man so wenig wie durch ehrliche Arbeit reich werden, eben auch nicht

mit Anstand und Moral zur Macht gelangen kann?" und damit ein bereits bekanntes antisemitisches Latenzideologem bedient. Seit dem 10. März 1995 nutzt Jeschioro die wöchentlich erscheinende Zeitung „Der Schlesier - Breslauer Nachrichten" zur Publikation von Verlautbarungen des „Zentralrats" und hat sie am 17. Oktober 1996 zum Quasi-Zentralorgan seiner Organisation gemacht, nachdem die „Landsmannschaft Schlesien" (LMS) im Jahre 1988 der Zeitung diese offizielle Funktion entzogen hatte. Seitdem wird „Der Schlesier" als Mitteilungsblatt des „Förderungskreises deutsche Einheit" von **Hans-Joachim Ilgner** herausgegeben und verlegt.

Die Aussagen des „Zentralrats" sind eindeutig, seine Bekenntnisse unmißverständlich. In der eigens für den „Zentralrat der vertriebenen Deutschen" eingerichteten Rubrik im „Schlesier" fehlt nichts von dem, was zum klassischen Repertoire der selbsternannten „Heimatvertriebenen" gezählt werden kann - allerdings gestaltet es sich beim „Zentralrat" in den jeweiligen Extrema: Wo andere revanchistische und revisionistische Funktionäre und Organisationen versuchen, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren, bekennt sich der „Zentralrat" zu der „alten deutschen Art" und spricht von der Fortexistenz des „Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937". Demfolgend habe „eine Wiedervereinigung [...] noch nicht stattgefunden". Daß die „Deutschen [...] Opfer von Rassismus und Nationalismus geworden" seien gehört ebenso zu den Überzeugungen Jeschioros, wie es für ihn gewiß ist, daß „Mitglieder oder gar der Vorsitzende des Zentralrats der vertriebenen Deutschen [...] niemals einem Unrechtssystem gedient haben". Daß er mit dem Begriff „Unrechtssystem" die DDR meint und daß die Aussage im Kontext einen Angriff auf die Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag darstellt, bedarf bei dem Axiom des Antikommunismus der „Vertriebenen" wohl keiner ausführlicheren Erörterung.

„Deshalb lieber rechts wählen, als links verblöden", schreibt Jeschioro, der 1994 auf Platz 3 bei der Kommunalwahl in Stuttgart für die REP kandidierte, in einem Brief an die Redaktion des Fernsehsenders „Sat 1" und nahm damit die Aussage des Vizepräsidenten des BdV und Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen, Dr. **Paul Latussek**, Autor u.a. im „Witiko-Brief", in „Nation und Europa" und im „Ostpreußenblatt", vorweg. Dieser meinte im Oktober 1996, daß es von vielen Faktoren abhängig sei, „ob sich eine neue demokratische Partei durchsetzen kann, die von einer nationalen Sachpolitik getragen, genügend Stimmen bekommt, um die Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen", um somit als weitere Interessenvertretung zur Forcierung der aggressiven Forderungen der „Vertriebenen" im Bundestag fungieren zu können. So weit, wie Jeschioro immer beteuert, sind er und der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen" dann doch nicht von den Positionen einiger führender BdV-Vertreter entfernt.

Der Kreis schloß sich, als der „Zentralrat" einen Aufruf für eine „Großdemonstration" am 3. Oktober 1995 in Berlin nicht nur im Parteiblatt der REP, „Der Republikaner", veröffentlichen ließ, sondern auch in der neofaschistischen Zeitung „Nation & Europa - Deutsche Rundschau" über dieses Ereignis informiert wurde. Bei der angestrebten Demonstration sollte der „Weg in die Massenmedien erkämpft" werden, denn dem „Zentralrat" geht es „um die Wahrnehmung der Kultur, Geschichte und des Liedguts in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten". Die „rechten Medienkämpfer" (A.Maegerle) von der „Aktion Funk und Fernsehen e.V." (AFF) und von der DVU-Vorfeldorganisation „Aktion deutsches Radio und Fernsehen" (ARF) lassen grüßen. Die Demonstration fiel, wie erneut dem „Republikaner" zu entnehmen war, aus. Das Treiben des „Zentralrats der vertriebenen Deutschen" unter Nutzung des „Schlesiers" geht weiter. So wird in nahezu halbseitigen Anzeigen (mitsamt Beitrittserklärung) für die Mitgliedschaft im „Zentralrat" geworben. „Mitglieder im Zentralrat sind Leser der Wochenzeitung Der Schlesier", heißt es in der Anzeige.

Sie haben nichts anderes verdient.

Bettina Feldbach

Vorhang auf: Der Preis geht an den Revanchismus

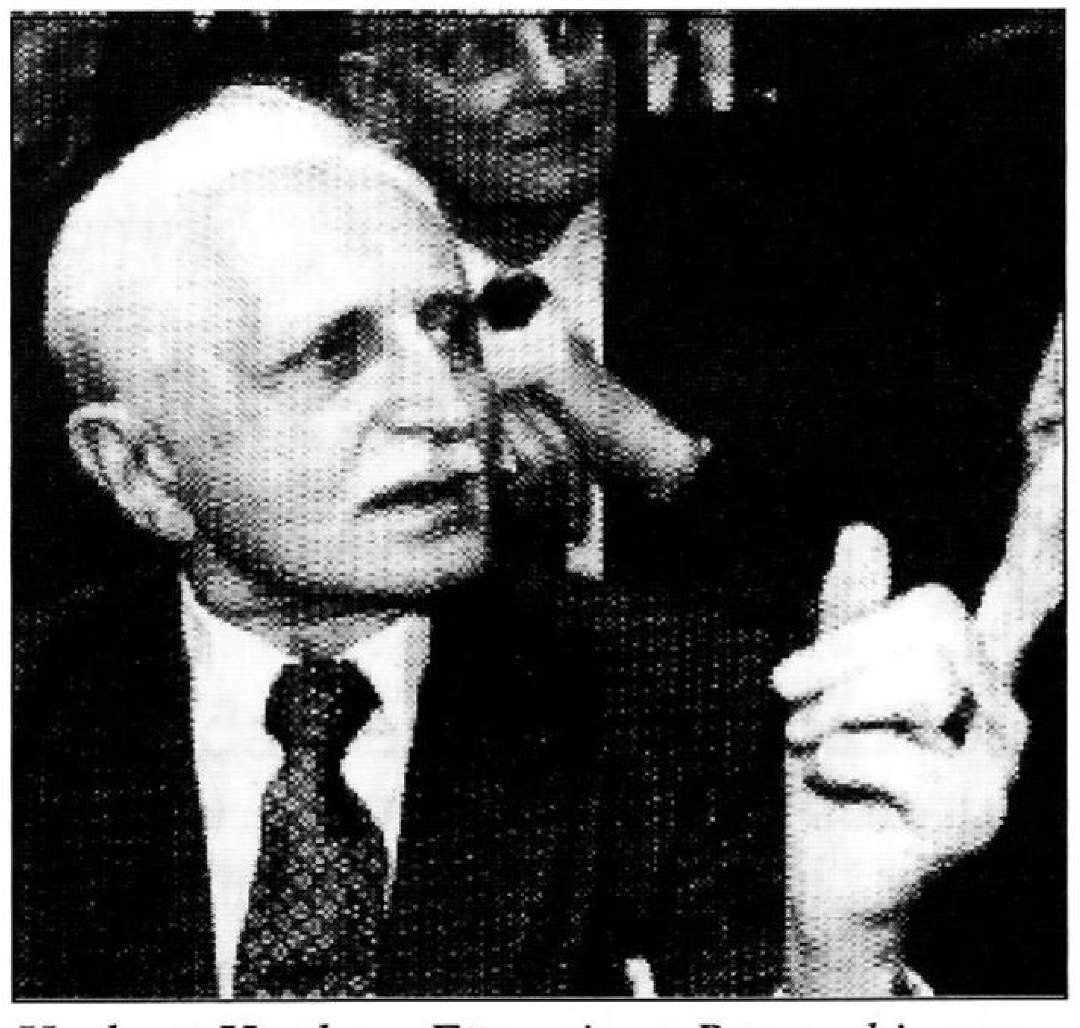
„Bundesinnenminister Manfred Kanther händigt heute Herrn Dr. **Herbert Hupka** das von Herrn Bundespräsident verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdientsordens der Bundesrepublik Deutschland aus" heißt es in einer Informationsschrift des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 06. November 1996. Er werde für die „großen Verdienste" um den „deutschen Auslandsrundfunk" geehrt, womit im wesentlichen seine Zugehörigkeit zum „Rundfunkrat der Deutschen Welle" und seine Tätigkeiten als Vorsitzender (1985 bis 1990) und als stellvertretender Vorsitzender (1978 bis 1985 und 1990 bis 1995) selbigen Gremiums gewürdigt würden.

Das „besondere Interesse" Herbert Hupkas „galt dem Programm und damit der Vermittlung des Deutschlandbildes in der Welt" (Bundesinnenminister Manfred Kanther, CDU). Wie sich dieses Bild eines sich als „Vertriebenen" fühlenden Revanchisten gestaltet, ist wahrlich nicht schwierig zu erahnen ... Hupka selbst umreißt es so: „Es gibt eben keinen rechtlichen, moralischen oder historischen Titel polnischerseits, russischerseits, tschechischerseits auf die Heimat der aus ihr vertriebenen Deutschen."

Der im August 1915 geborene Hupka gehörte 1948 zu den Mitbegründern der „Landsmannschaft Schlesien" (LMS), nachdem er, wie alle pflicht- und traditionsbewußten Deutschen, seinen Dienst in der und für die Wehrmacht getan hatte. Bundesvorsitzender der LMS und Vizepräsident bzw. Präsidiumsmitglied des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) ist er seit 1968.

Seine parteipolitische Betätigung mag widersinnig erscheinen, ist aber nichts als ambivalent: Ab 1969 ist er für die SPD als Mitglied des Bundestages tätig, wechselt dann aber 1972 zur CDU/CSU. Grund war die Verabschiedung der Ostverträge. Schon ein Jahr später wird er Landesvorsitzender NRW der „Ost- und Mitteldeutschenvereinigung" der CDU, deren Bundesvorsitz er 1984 übernimmt. Dazu weiß das BMI freundlich zu berichten, daß „Dr.Hupka bereits in den Jahren 1980 und 1986 für seine Verdienste als Mitglied des Deutschen Bundestages sowie für seine herausragende Tätigkeit in Vertriebenenorganisationen durch Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse sowie des Großen Verdienstkreuzes ausgezeichnet wurde."

Verdient machte sich Hupka auch als Referent bei der Landesgruppe NRW des ebenfalls revanchistischen „Witikobund" im Jahre 1990, als Autor in der „Jungen Freiheit", im „Schlesier", in den „Schlesischen Nachrichten", im „Ostpreußenblatt", in der von der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" (SOK) herausgegebenen „Kulturpolitischen Korrespondenz", zu deren Vorstandsmitgliedern er auch



Herbert Hupka - Für seinen Revanchismus wurde er von Innenminister Kanther mit dem „Großen Verdienstkreuz" ausgezeichnet

gehört, und in „Europa Vorn" des erst kürzlich nach Eschweiler verzogenen **Manfred Rouhs**. Die Aussage: „Das Deutsche Reich existiert fort. Zu diesem Deutschen Reich gehört nach wie vor nicht nur Nord-, West- und Süddeutschland, sondern auch Mittel- und Ostdeutschland [...] Ostdeutschland umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden Teil des Deutschen Reiches, sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer", sei exemplarisch als ein Exponat seines Schaffens genannt.

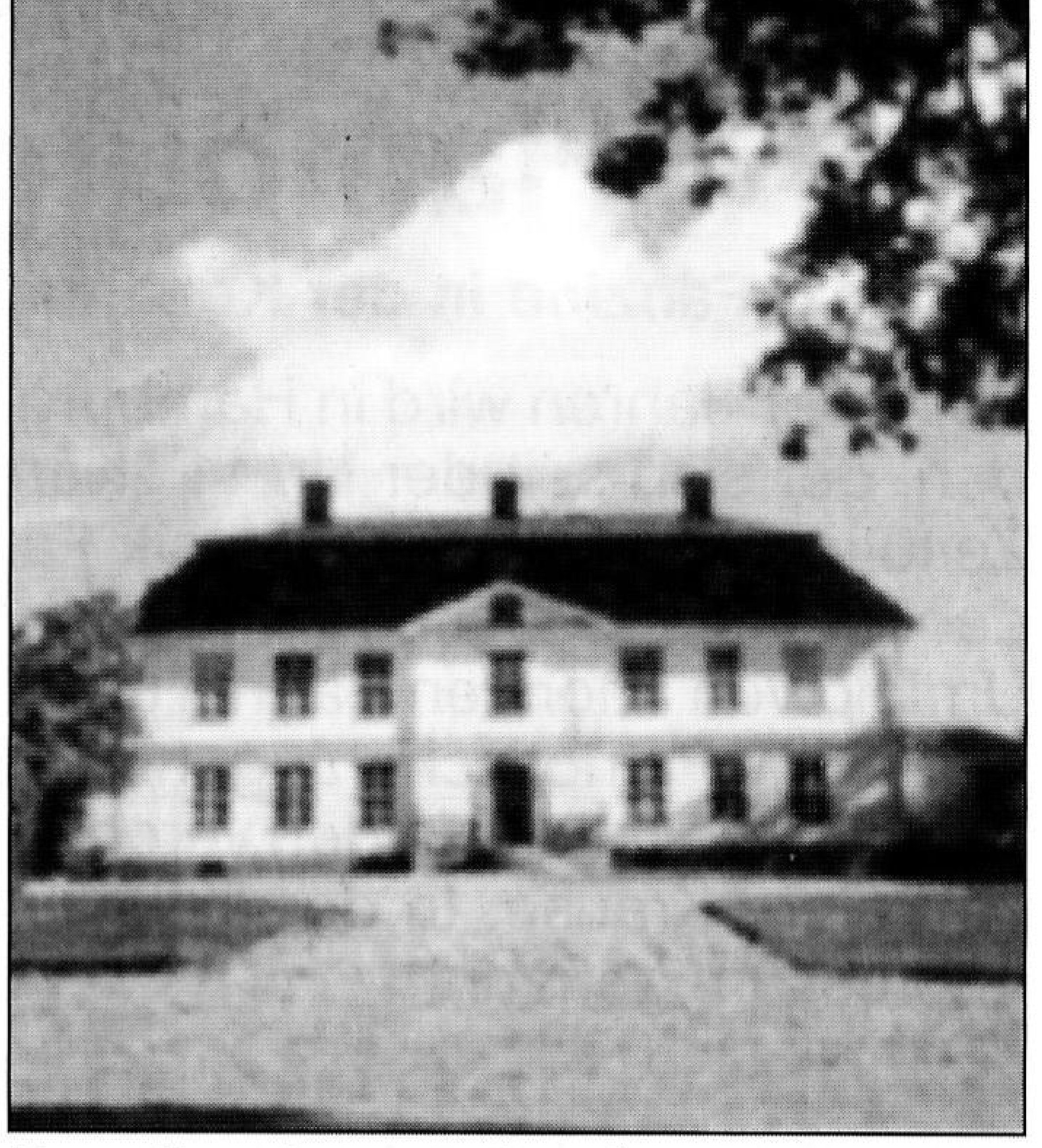
So sieht sie also aus, die klassische Laufbahn, die einen Menschen zum Träger des „Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland" macht.

Andreas Speit

Der zweite Versuch

Keine Naturheilkunde und Yoga bei Nazi-Anwalt Jürgen Rieger auf Sveneby

Über Neujahr 1996/97 erwartete der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger auf seinem schwedischen Gutshof Sveneby ganz besondere Gäste. Zusammen mit der Yogalehrerin und Ex-Lebensgefährtin des Hamburgers, Theda Ites, hatte der Heilpraktiker Jan Dierk Fahning zu einem 12tägigen Seminar zur ganzheitlichen Medizin nach Sveneby eingeladen. Doch nachdem die taz Hamburg in Zusammarbeit mit DER RECHTE RAND dies publizierte, zog sich Fahning zurück - der zuerst betont hatte, „keine Probleme mit Rieger zu haben".



Esoterikseminar mit Gewebeentsäuerung, Darmreinigung und Yoga: Jürgen Rieger würde gern die Räumlichkeiten stellen.

Mit dem Seminar auf dem 650 Hektar großen Gut sollte der Startschuß für diverse Kurse zum Thema „Gewebeentsäuerung und Yoga" gegeben werden. Die Kosten pro TeilnehmerIn lagen mit Unterkunft und Verpflegung zwischen 1.150 und 1.610 DM. Laut Ausschreibung wollten die Beiden Gesundheitspflege und Fortbildung mit dem Ziel der „Hilfe zur Selbsthilfe" verbinden und speziell Familien ansprechen. Neben Vorträgen u.a. über „Ordnungsgesetze des Lebens", standen Darmreinigung, Tanz, sowie eine Erstuntersuchung und ggfs. individuelle therapeutische Maßnahmen auf dem Programm.

Bereits vor einem Jahr plante **Theda Ites** mit der Reiki-Lehrerin **Barbara Simonsohn** und der Heilpraktikerin **Ulrike Spielvogel** ähnliche Seminare bei **Jürgen Rieger**, die ebenso ausfielen, nachdem der Name des Gutsherren publik wurde. (siehe: DRR, Nr. 38, Januar Februar 96).

Jan Dierk Fahning, dem die „alte Geschichte" bekannt war, erklärte, anfänglich, daß Riegers Aktivitäten ihn genauso wenig störten, wie das Kettenfahrzeug auf dem Gelände, oder daß Teile der Seminargebühren in Riegers Taschen fließen.

Nach eigenem Bekunden ist der Nazi-Anwalt zur Zeit knapp bei Kasse. Dank des „Rinderwahnsinns" trage sich seine Rinderzucht auf Sveneby nicht und die EU-Gelder für den biologisch-dynamischen Anbau reichten ebenfalls nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken, was für ihn der Grund war, gegen ein Urteil des Hamburger Amtsgerichts in Berufung zu gehen, um das Strafmaß zu mindern. 1994 hatte ihn das Amtsgericht wegen der Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen zu einer Geldstrafe von 7.200 DM verurteilt. Dem 50jährigen wurde zur Last gelegt, am 12. April 1993 einen Wehrmachtskübelwagen mit Abzeichen der 12. SS-Panzerdividion „Hitlerjugend" und einem Nummerschild mit SS-Runen durch Reinbeck bei Hamburg gefahren zu haben. Riegers Ausführungen über seine finanzielle Situation folgte das Hamburger Landgericht jedoch nicht. Stattdessen kam Richter Dr. Trapper der Forderung der Staatsanwaltschaft nach, die ihrerseits Berufung eingelegt hatte und verurteilte Rieger am 7. November zu einer höheren Geldstrafe von 14.400 DM.

Die finanzielle Frage, könnte die Antwort darauf geben, weshalb sein Projekt, dort „18 junge deutsche Familien" anzusiedeln, um „nach eigener Art unbeeinflußt von Umerziehung und Überfremdung" zu leben, wie er in der rechtsextremen Periodika „Nation und Europa" formulierte, nicht weit gediehen ist.

„Wenn Rieger so leben möchte, bitte", meint Fahning, der, wie Ites, die ganze Aufregung nicht so recht versteht. Mitlerweile ist sich der Heilpraktiker, der in einer Einrichtung zur Betreuung behinderter Menschen tätig ist, nicht mehr so sicher. Neben der Bereicherstattung über seine weiteres Engagement, wird die Nachfrage seines Arbeitsgebers sein „positives Interesse" und seine grundsätzliche „neutrale Einstellung" aus der Harmonie gebracht haben.

Dietmar Quante

Neonazi-Anwalt Rieger verurteilt

Jürgen Rieger: „Helmut Schmidt sagte, die SS-Soldaten waren 'normale' Soldaten, ich sage, sie waren die 'besseren' Soldaten!"

Im November 1996 wurde Jürgen Rieger vom Hamburger Landgericht wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zu einer Geldstrafe von 14.400 DM verurteilt. Gegen das erstinstanzliche Urteil von 7.200 DM legten sowohl Rieger als auch die Staatsanwalt Berufung ein.

Der 50jährige war im Frühjahr 1993 einer Polizeistreife aufgefallen, weil mit einer Wehrmachtsuniform bekleidet in einem Wehrmachtskübelwagen durch Reinbeck bei Hamburg fuhr. Bei der anschließenden Polizeikontrolle fielen den Beamten SS-Runen auf dem Nummernschild und das Abzeichen der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend" auf dem Kübelwagen auf. Rieger war nach eigenen Angaben auf dem Weg zum Truppenübungsplatz Hamburg-Höltigbaum, um dort mit Erlaubnis der Bundeswehr den Kübelwagen „probezufahren".

In der jetzt verhandelten Berufung - Rieger schien das erste Urteil unverhältnismäßig hoch - offenbarte Rieger dem Landgericht seine Einkommensverhältnisse: Durch die defizitiäre Rinderzucht auf seinem Gut Sveneby in Schweden sei er hoch verschuldet, so daß auch sein Anwaltshonorar dieses Defizit nicht ausgleichen kann. Angeblich habe er über 1,5 Millionen DM Schulden.

Zur Sache äußerte sich Rieger wie schon 1994 vor dem Blankeneser Amtsgericht ausführlich. Er nutzte den Gerichtssaal als Bühne für einen langatmigen geschichtsrevisionistischen Vortrag über die Bedeutung der Waffen-SS innerhalb der Wehrmacht, über die Unkenntnis deutscher Richter und Staatsanwälte in Bezug auf die Symbole der SS und Hitlerjugend und betonte, mit seinem hervorragend restaurierten Kübelwagen auch schon von der Bundeswehr zu Ausstellungen eingeladen zu sein. In seinen Augen sei das Verfahren und das erstinstanzliche Urteil ein politischer Akt gegen ihn.

Staatsanwalt Lund nahm diesen Faden auf und erklärte in seinem Plädoyer, Rieger sei als Anwalt in der rechtsradikalen Szene bekannt und habe mit seinem juristischen Wissen Vorbildfunktionen. Deshalb hätte er wissen müssen, daß das Zeigen verbotener nationalsozialistischer Symbole in dokumentarischem Zusammenhang wie Ausstellungen u.ä. erlaubt sei, nicht jedoch auf einem Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr.

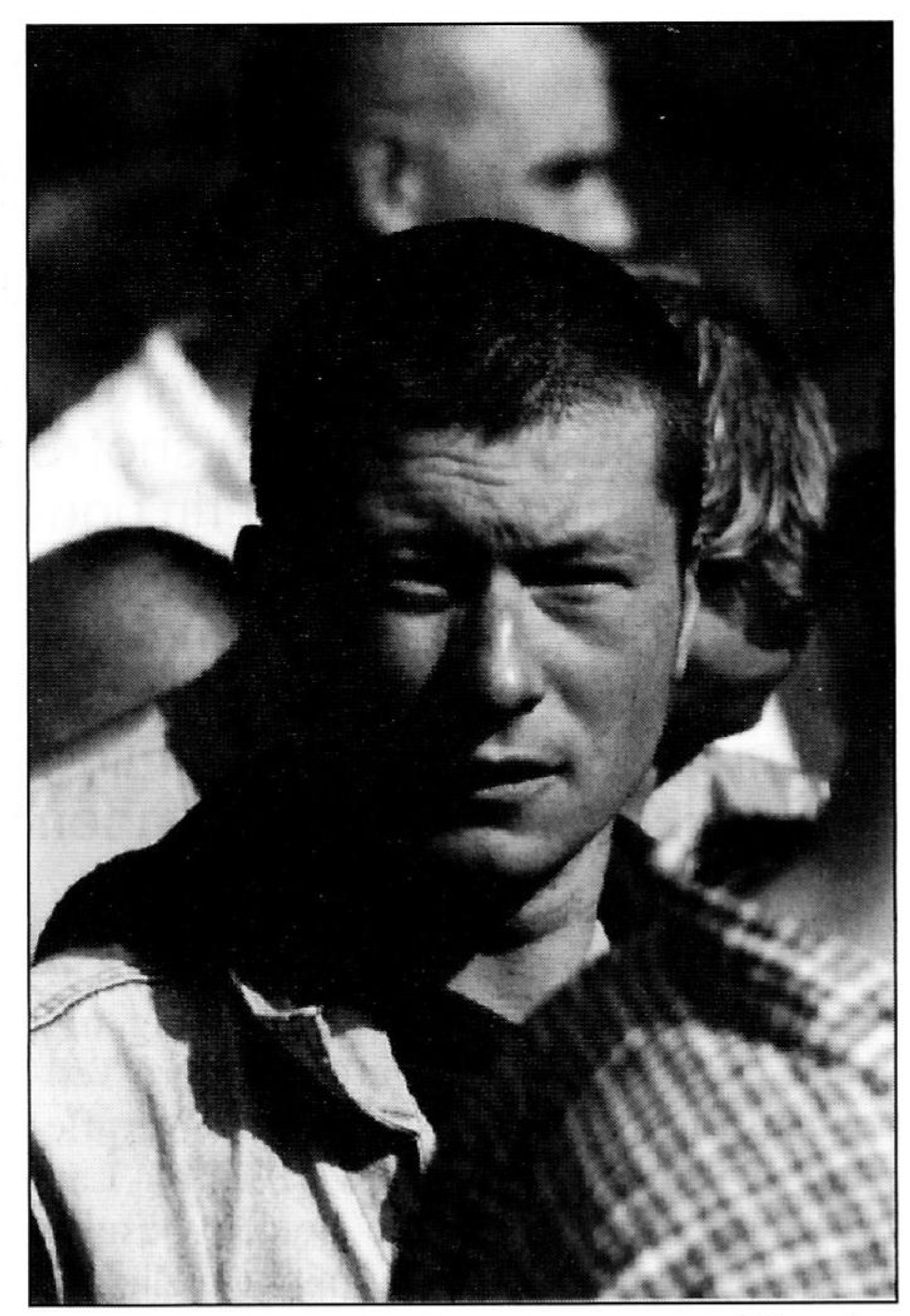
Der zuständige Richter Dr. Trappe folgte der Forderung der Staatsanwaltschaft in seinem Urteil und strafte Rieger mit 120 Tagessätzen à 120 DM. Er führte bei der Urteilbegründung aus, daß die Verluste der „schwedischen Rinderzucht" für die Höhe der Strafmaßes irrelevant seien. Sichtlich verärgert nahm Rieger das Urteil entgegen, bisher ist noch nicht bekannt, ob er weitere juristische Schritte anstrengt.

Dietmar Quante

„Hamburger Sturm"

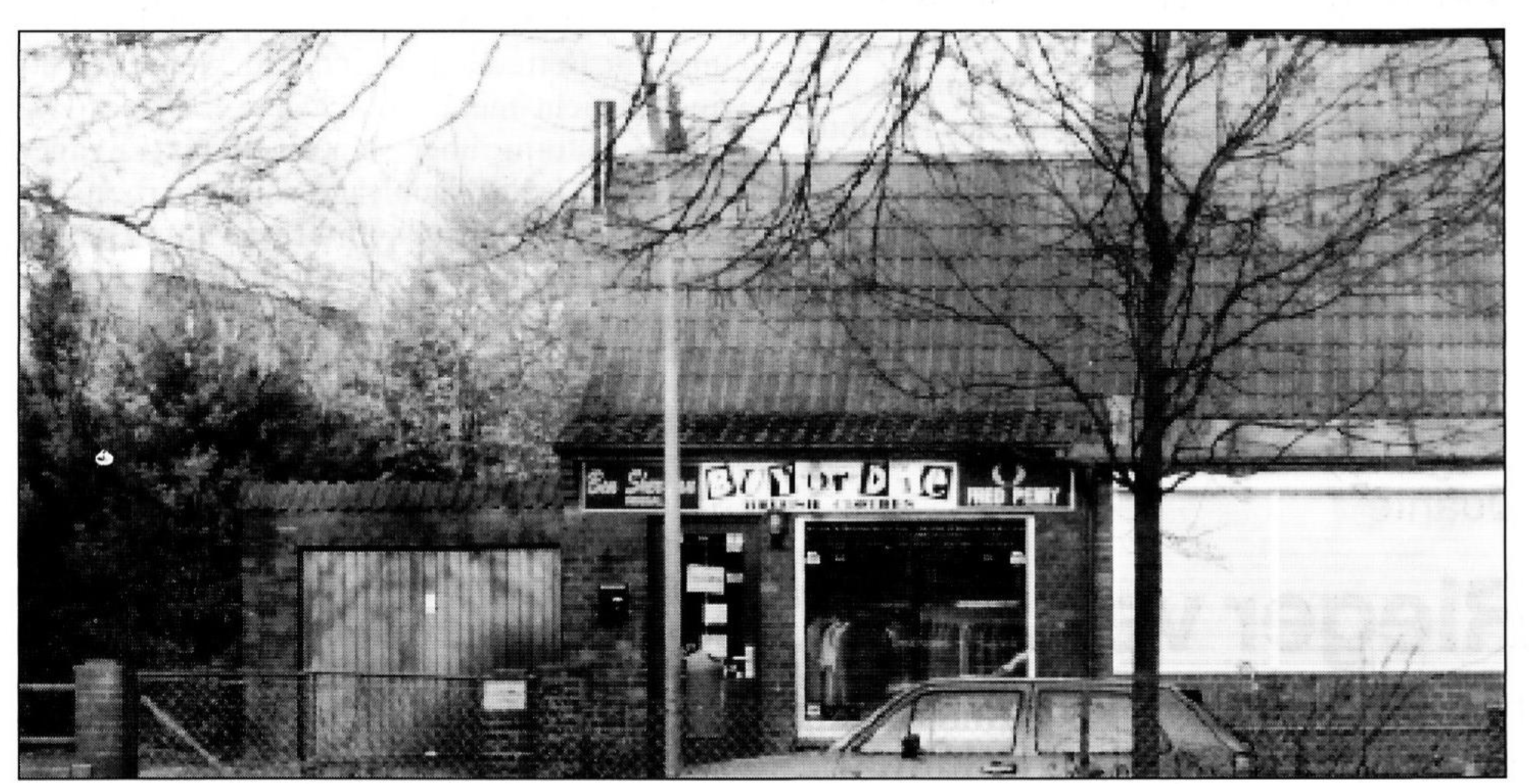
Neonazi-Fanzine in der Kontinuität des „Index" der Nationalen Liste

Seit zwei Jahren wird in Hamburg der „Bramfelder Sturm" herausgegeben, der sich seit der Nr. 11 „Hamburger Sturm" nennt: eine Neonazi-Zeitung zwischen Skin-Musik Fanzine und faschistischem Propagandablatt. Herausgegeben wird es von ehemaligen NL-Mitgliedern aus dem Umfeld von Thorsten Bärthel und Hartmut Winnig. Als Herausgeber tituliert eine „Patriotische Jugend" mit Postfach in Henstedt-Ulzburg; das V.i.S.d.P. wechselte in den vergangenen Ausgaben von Thorsten Bärthel zu Rainer Krause. In der aktuellen Nr. 11 wird ein Tobias Thiessen im Impressum genannt.



Er möchte in die Fußstapfen von Wulff und Worch treten: Thorsten Bärthel

Der „Bramfelder/Hamburger Sturm" steht in Hamburg exemplarisch für die enge Verquickung von militanten Naziskins und Parteikadern der früheren Nationalen Liste (NL). Nach eigenen Angaben gegründet aus Neonazi-Zusammenhängen aus Hamburg-Bramfeld bzw. -Farmsen, Bergedorf und Tostedt, ist jedoch das ex NL-Mitglied **Thorsten Bärthel** der führende Kopf hinter der Zeitung. Bärthel, der in der letzten Ausgabe für sein Buch über 15 Jahre „Skinheadszene in Hamburg im Spiegel der Presse" warb, ist ein enger Vertrauter **Thomas Wulffs** und das Bindeglied der Neonazi-Kader in die Skinhead-Musikszene. In den letzten fünf Jahren waren er, **Hartmut Winnig**, **Andre Schwelling** und **Stefan Kalweit** bei fast allen Nazi-Aufmärschen innerhalb der Ordner-Clique um Thomas Wulff dabei.



„Buy or Die": Laden mit Zubehör für die rechte Hamburger Skinhead- und Hooliganszene in Lohbrügge. Die angeblich unpolitischen Besitzer sorgen für die „Rechte Freizeitgestaltung"

Der „Bramfelder/Hamburger Sturm" setzt sich sowohl für den Zusammenhalt der Hamburger Naziskins, als auch für die Verbreitung faschistischer Inhalte ein; Rudolf Hess wird jedes Jahr mit mehreren Artikeln gedacht, anhand der Geschichte Theo Schlageters, einem Freikorps-Soldaten und von den Franzosen hingerichteten Kollaborateurs während der Ruhr-Besetzung 1923, werden alte revanchistische Ideale gefeiert, in Interviews, unter anderem mit den ehemaligen NL-Kadern Thomas Wulff und **Christian Worch** nimmt faschistische Propaganda einen großen Platz ein.

Inzwischen schreibt Christian Worch nicht mehr nur Leserbriefe, sondern auch redaktionelle Artikel. Darüber hinaus gibt es in jeder Ausgabe theoretische Texte zu germanischer Mythologie. Selbst Auszüge aus **Klaus Reiner Röhls** „Phrasologie", der rechtsextremen Eintrittserklärung eines ehemaligen Linken in den Kreis der „Zitelmänner", wurden abgedruckt. Bis hierhin sind die Inhalte des Bramfelder/Hamburger Sturms" fast identisch mit denen des „Index", der ehemaligen Zeitung der Nationalen Liste. Nach dem Verbot der NL gab es Versuche der Kader, sich in verschiedenen Organisationen wieder zu sammeln, jedoch wird nicht offen für eine bestimmte Organisation geworben, obgleich Christian Worch, der zur Zeit im Knast sitzt, interessierte Briefschreiber an **Thorsten de Vries** weiterleitet, den er als Kontakt zu den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) nennt.

Den Großteil des „Bramfelder/Hamburger Sturms" nehmen jedoch Berichte und Interviews zum Thema Nazi-Skinmusik ein. Konzertberichte aus der gesamten BRD, Interviews mit regionalen und überregionalen Bands werden geführt, neue Platten vorgestellt. Dabei wird sich hauptsächlich auf das „Blood & Honour / Combat 18" Netzwerk bezogen. Innerhalb dieses Nazi-Musiknetzwerkes sind Hamburger Projekte inzwischen fest verwoben und werden im „Bramfelder/ Hamburger Sturm" genannt: Der neue Plattenvertrieb von Thorsten de Vries, „Streetrebel", den er aus seiner Wohnung - der ehemaligen Parteizentrale der NL in der Korachstraße - organisiert, und der Klamottenladen „BUY OR DIE" in Hamburg-Lohbrügge. Nach außen geben sich die beiden Inhaber **Michael** und **Hans „Hansi" Grewe** bewußt unpolitisch - beide sind jedoch schon seit Anfang der 80er Jahre aus der Lüneburger Neonazi-Skinheadszene bekannt. Hans Grewe war Herausgeber des Lüneburger Fanzines „Hetzer" und Mitglied der sogenannten „Sachsenfront Nord", sein Bruder Michael spielte in der Lüneburger Nazi-Band „Kahlschlag".

Zur Rekrutierung und Vernetzung der Nazi-Skinszene in Hamburg und Umland organisierten die Grewe-Brüder unter dem Label ihres Ladens in den letzten zwei Jahren Fußballturniere. Die Namen der Mannschaften wie „Aria Bramfeld" und „Kameradschaft Handorf" zeigen die Ausrichtung der Teams. Im „Bramfelder/Hamburger Sturm" nimmt die Berichterstattung über die Fußballturniere breiten Platz ein, ebenso wie über Hooligan-Aktivitäten von neonazistischen HSV-Fans.

Bundesweit ist der „Bramfelder/Hamburger Sturm" eingebunden in das Netzwerk der ehemaligen Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Mit der Zeitung „Freie Stimme" aus Bad Berleburg gibt es partnerschaftliche Verbindungen; Mitarbeiter beider Zeitungen besuchten z.B. den Prozeß gegen US-Nazi **Gary Lauck**. Darüber hinaus gibt es im Heft Werbung für die den „Donner Versand" und den „Jens Pühse Tonträgervertrieb".

Innerhalb der Hamburger Nazi-Szene hat sich mit dem „Bramfelder/Hamburger Sturm" ein Zusammenhang entwickelt, der organnisatorisch weite Teile von rechten HSV-Hooligans bis hin zu aktiven Neonazi-Kadern zusammenführt und das Vakuum, das das Verbot der Nationalen Liste hinterlassen hat, inzwischen wieder aufgefüllt hat. So ist der Schritt, sich in „Hamburger Sturm" umzubenennen, nur logisch.

Thomas Böhling

NPD/JN Schulungszentrum in Eningen

Anfang 1994 vermachten die Schwestern Krieg der NPD eine Villa und ein Baugrundstück in Eningen (Baden-Württemberg). Testamentarische Bedingung war und ist, daß in der Villa eine nationale Begegnungsstätte eingerichtet wird. Schon zu Lebzeiten waren die Geschwister Krieg keine unbeschriebenen Blätter. Die bereits früh in die NSDAP eingetretenen Schwestern blieben Zeit ihres Lebens aktive Nationalsozialistinnen.

Zu ihren regelmäßigen BesucherInnen gehörten neben **Axel Heinzmann**, **Günter Deckert**, **Martin Mußgnug**, **Rolf Kosiek** und **Adolf v. Thadden** auch **Manfred Roeder**. Roeder wurde 1982 als führender Kopf der terroristischen „Deutschen Aktionsgruppen" zu 13 Jahren Haft verurteilt. Nach der Haftentlassung holte sich Roeder angeblich persönlich eine Spende von 5000 DM in Eningen ab. Axel Heinzmann aus Wannweil, früherer Leiter des inzwischen aufgelösten rechtsextremistischen Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS), betätigt sich seit seinem Freikauf aus der DDR durch die BRD in verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen. Zuletzt war er Versammlungsleiter bei der Gründungsveranstaltung einer Kameradschaft Süd in Stuttgart Weillimdorf, an der ca. 200 Neonazis teilnahmen.



Dank einer Erbschaft verfügt die NPD über diese als Zentrum ausgebaute Villa im baden-württembergischen Eningen

Während sich kein Mensch im Dorf an diesen Besuchern störte, regte sich nach Eröffnung des Testaments doch einiger Protest. Auf Initiative verschiedener antifaschistischer Gruppen, kirchlicher und grün/alternativer Organisationen wurde eine erste Informationsveranstaltung zur NPD und ihrem damaligen Bundesvorsitzenden Deckert organisiert. Trotz der fast 400 anwesenden BesucherInnen gelang es nicht, einen breiten und entschlossenen Widerstand zu mobilisieren. Dies lag nicht zuletzt an der Strategie der Gemeinde Eningen, allen voran des Bürgermeisters **Jürgen Steinhilber**, der in Geheimverhandlungen mit der NPD versuchte die Villa zu kaufen. Massiv versuchte er eine inhaltliche Auseinandersetzung über Faschismus und Neonazis zu behindern und das Thema „Nazivilla" aus der öffentlichen Diskussion herauszunehmen. Dies führte dazu, daß jede Aktivität sofort als verhandlungsstörend kritisiert und der Widerstand aus dem bürgerlichen Spektrum gelähmt wurde. Dennoch gelang es so viel öffentlichen Druck zu erzeugen , daß sich alle lokalen Handwerksbetriebe weigerten, Arbeiten an der Villa durchzuführen. Die notwendigen Renovierungen wurden daher von Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) aus dem Hagener Raum und dem Weihnheimer NPD-Funktionär **Eric Marvin Rössler** getätigt. Mittlerweile ist die Villa festungsartig ausgebaut und wird durch Videokameras überwacht. Ein nahezu 2 Meter hohes Stahltor sichert den Eingang; errichtet von **Arnold Gestrich**, auf dessen Grundstück in Hohenstein-Eglingen bis zu ihrem Verbot die „Wiking Jugend" Zeltlager veranstaltete.

In der Villa finden mittlerweile sowohl Feste als auch Schulungen und Vorstandssitzungen der NPD statt. Auf einer dieser Schulungen, Mitte 1996, hielt **Michael Wendland** einen Rhetorikkurs, **Dave Schiek** referierte über Atompolitik, **Stefan Marx** führte eine Ordnerschulung durch und NPD-Chef **Udo Voigt** sprach über politische Psychologie. Kurz nachdem offiziell das Scheitern der Verhandlungen bekannt gegeben wurde, verlegte der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** seinen Hauptwohnsitz nach Eningen. Neben der Hausmeistertätigkeit im Nazizentrum verdient Apfel sein Geld durch seine Beschäftigung bei der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" in der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Stuttgart.

Das trotz ca. 1,2 Millionen DM Schulden der NPD an das Land BaWü und die BRD keine Pfändung möglich ist liegt an einem äußerst dubiosen Rückzahlungsvertrag der NPD mit Bund und Land. Darin wurde, laut Testamentsvollstrecker, vereinbart, daß die Partei ihre Schulden in monatlichen Raten von 1500 DM bei einer Verzinsung von 4% zurückzahlt. Ähnlich dubios ist, daß die NPD über rathausinterne Aktenvermerke verfügt, in denen bestätigt wird, das die Villa sowohl als Wohnraum wie auch als Begegnungsstätte genutzt werden kann, was den Umzug Apfels ermöglichte. Was Land, Bund und Gemeinde dazu bewegt hat, der NPD Steine aus dem Weg zu räumen bleibt fraglich.

Das Bürgermeister Steinhilber keinerlei Berührungsängste mit Neonazis hat zeigt nicht nur, daß er G. Deckert einen seriösen Verhandlungspartner nennt, sondern auch, daß er eine Ausstellung **Frieda Krieg**s eröffnete. Als Nachweis für die Qualität der Bilder legte ihre Schwester dem Eninger Rathaus unter anderem ein Schreiben der Münchner Künstlergenossenschaft an die Kreis und Gauamtsleitung der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt von 17.6.36 vor, indem von ihrer „Begabung für monumentale Bildgestaltung" und von einem „auf das Große gerichteten hohen Wollen" die Rede ist. Zur Eröffnung dieser zweifelhaften Ausstellung lud Steinhilber, auf Wunsch von **Charlotte Krieg**, Rolf Kosiek ein. Als kleines Dankeschön erhielt die Gemeinde zwei Bilder, von denen der Bürgermeister gesagt haben soll, er würde sie dankbar in Ehren halten.

Um den bisherigen nur regionalen Bezug etwas zu durchbrechen und die bundesweite Bedeutung des Zentrums zu verdeutlichen, findet im Rahmen der Kampagne „Tuu Matsch Nazis" des Bundesweiten Antifatreffens (BAT) eine Demonstration in Eningen bei Reutlingen statt. (siehe auch Seite 2)

Demonstration gegen „Münstermann-Gedenkmarsch"

Nachdem sich die Demonstration für den 1993 bei einem Überfall auf albanische Asylbewerber tödlich verletzten Hans Münstermann in Aschaffenburg mit den Jahren zu einem Großereignis für die neonazistische Szene entwickelt hatte, plant für dieses Jahr ein breites Bündnis eine Gegendemonstration. War es im ersten Jahr ein bürgerliches Bündnis, das gegen „Gewalt gegen Deutsche" demonstrieren wollte und dabei den politischen Hintergrund sowie den an dem Überfall beteiligten Personenkreis - allesamt einschlägig bekannt - ausblendete, bot die Demonstration nach den Parteiverboten dem neonazistischen Spektrum einen Sammlungspunkt. Nachdem in den Jahren zuvor von den Neonazis regional mobilisiert worden war, nahmen 1995 ca. 350 Personen an dem Gedenkmarsch teil. Obwohl die Fahnen der „Jungen Nationaldemokraten", deren Mitglied Münstermann laut Ansage eines NPD-Infotelefones gewesen sein soll, dominierten, reihten sich Personen aus allen Spektren ein. Anwesend waren u.a. **Otto Riehs**, **Kai Dalek**, **Christian Hehl**. In Neonazikreisen wurde die Demonstration als größter Erfolg seit „Fulda" bezeichnet.

Die Demonstration findet am 22. Februar 1997 in Aschaffenburg statt. Der Treffpunkt und die Uhrzeit stand bei Fertigstellung der Zeitung noch nicht fest.

Wurzen: Das Nachspiel

Gedanken zur antifaschistischen Demonstration in Wurzen

Nach einer beispielhaften Mobilisierungskampagne kamen am 16. November letzten Jahres mehr als 5000 Menschen in die sächsische Kleinstadt Wurzen, um dort gegen eine vermeintlich neue Qualität neofaschistischer Zentren zu demonstrieren. Es galt den rechten Konsens zu durchbrechen, der nach Ansicht des federführenden Leipziger „Bündnis gegen Rechts" im Muldentalkreis vorherrschend ist. Im folgenden zuerst ein kurzer Ausriß aus der Broschüre „Wurzen: Das Ende faschistischer Zentren wie wir sie kennen" und dann im Anschluß ein, von Thomas Böhling überarbeiteter und stark gekürzter Beitrag aus dem Conne Island Newsflyer 28 aus Leipzig.

„Die Stadt Wurzen, eingebettet in den Muldentalkreis, etwa dreißig Kilometer von Leipzig entfernt, wird von einer größtenteils jugendlichen Naziszene dominiert, deren Dimension in der BRD vor 1989 nicht vorstellbar war. Ein gesamter Landkreis steht faktisch unter ihrer militanten Kontrolle.



„Wurzen: Das Ende faschistischer Zentren wie wir sie kennen" oder vielleicht der Beginn faschistischer Zentren wie wir sie so noch nicht kannten? Die Demonstration in Wurzen war nur ein Schritt, um den Faschisten ihre „befreite Zone" zu nehmen.

Integriert in den Alltag der dortigen Bevölkerung und administrativen Strukturen, dient ihnen die eroberte Hoheit über einen gesamten Landstrich als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet zugleich.

Die Melange aus Provinzialismus, Ost-Identität als 'Verlierer der Einheit', Rassismus, Kapitulation vor Sozialabbau, Unfähigkeit, Angst und Naivität der Muldentaler Bevölkerung bereiteten den Boden für einen strategischen Eroberungsfeldzug der Muldentaler Fascho-Szene, der aus der Mitte der dortigen 'Normal'-Bevölkerung gestartet wurde, und von dem führende Nazi-Kader schon lange träumen: eine Art 'befreite Zone', die durch die Etablierung einer Zellenstruktur die (jugend-)kulturelle Vormacht errungen hat.

Das Nachspiel

„Die Demonstration in Wurzen war ein Erfolg. Dies ist zumindest der Tenor nach dem Stand der bisher veröffentlichten Nachbetrachtungen (mal abgesehen von der Nörgelei Jürgen Elsässers in der 'jungen weit', auf die nicht weiter eingegangen werden soll) und den subjektiven Eindrücken von vielen TeilnehmerInnen. Natürlich, der Fakt von ungefähr 6000 Beteiligten spricht für sich, zumindestens für diejenigen, die in der Vergangenheit an antifaschistischen Demonstrationen beteiligt waren und deshalb nicht mehr an eine Mobilisierungsfähigkeit der autonomen antifaschistischen Bewegung, wie sie in Wurzen sichtbar wurde, glaubten. Folgerichtig setzen jetzt vor allem in diesen Kreisen umfangreiche Nachbetrachtungen ein - und dies ist nicht nur als ein linkes Ritual zur Selbstbeweihräucherung an der noch vorhandenen Interventionsfähigkeit zu verstehen. Nein, schon die bisher veröffentlichten Meinungen zeigen, daß ausgehend von dieser Demonstration Rückschlüsse für die Perspektiven antifaschistischer Politik im Allgemeinen und mit Abstrichen für den Muldentalkreis gesucht werden. Im Kontext von Dokumentation und perspektivischen Überlegungen ist auch dieser Beitrag einzuordnen.

Wenn 5000 Autonome Traditionsbewußtsein zeigen ...

... dann machen sie dies, indem sie z.B. fast ausnahmslos vermummt durch eine sächsische Kleinstadt laufen, 'Hinter dem Faschismus, steht das Kapital' rufen und theorie- und praxisbewußt eine Filiale der Dresdner Bank entglasen. Logisch, daß sich die Muldentaler Presse auf diese Umsetzung, der in autonomen Kreisen schon immer vereinfachten Faschismusanalyse stürzte. Ebenfalls irgendwie logisch, daß sich einige Autonome Antifas danach selbstbewußter auf die Schulter klopfen und mit dieser Aktion die nächsten Wochen hausieren gehen werden. Das Gleiche gilt wohl auch für die Folgen der Berichte von drei angeblich durch Steinwürfe verletzten Polizeibeamten und zwei beschädigten Einsatzfahrzeugen. Doch die hier implizierte Kritik ist nicht total. Natürlich ist es lächerlich, wenn in Zeiten, in denen die theoretische und praktische Kapitalismuskritik tief in der Krise steckt, Autonome nicht ohne Zucken im Arm an einem Sparkassenautomaten vorbeigehen können. Doch was in dieser Hinsicht ein Manko offenbart und auch mit Blick auf die Perspektiven antifaschistischer Politik im Muldentalkreis nicht gerade günstig ist, denn solcher Aktionismus erleichtert es, folgende Anstrengungen zu diskreditieren, kann für die Autonome Antifa trotzdem ein Erfolg sein. Denn alles in allem war die Demonstration eine lange nicht mehr erlebte Verwirklichung eines linksradikalen Paradigmas, der symbolische und teilweise verwirklichte Ausdruck eines militanten Grundverständnisses. Und hat man auch oft den Eindruck, daß die autonome Szene jenes zum Teil nicht mehr nachvollziehbare Plagiat aufbauscht, erinnert sei nur an die Bilder von Demonstrationen der Autonomen Antifa (M) in Göttingen, in Wurzen ließ sich in dem entschlossenen Auftreten einiger Antifa-Gruppen doch noch einiger Sinn erkennen.

Als ein SEK-Kommando im Vorfeld der Demonstration einen Kleinbus Konvoi von mehr oder weniger autonomen Antifas aus Bremen stoppte und schikanösen Vorkontrollen aussetzte - und dies obwohl klar war, daß sich dadurch der ohnehin schon verzögerte Beginn der Demonstration noch weiter hinausschieben würde - passierte folgendes: Die Bremer telefonierten mit den ihnen folgenden Hamburger und Berliner Antifas und berichteten von den Behinderungen durch die Polizei. Daraufhin stoppten diese in Sichtweite der Polizeisperre ihren Buskonvoi, formierten sich zu einer Spontandemonstration und liefen auf die SEK-Beamten zu. Diese bekamen es mit der Angst, sprangen in ihre Fahrzeuge und verschwanden.

Es gibt also über die Einschätzung nach der Art 'Geil, daß wir noch so viele sind, noch was kaputt machen können (neben den Scheiben der Bankfiliale auch die des Wurzner Landratsamtes) und so martialisch daherkommen, wie es sich Medien und Verfassungsschutz wünschen' einige Gründe, das Auftreten der Demo nicht per se als überholt zu betrachten. Sollte die Autonome Antifa wirklich einen Mobilisierungsschub erfahren, dann bedeutet dies auch die Beibehaltung ihrer traditionellen Ästhetik. Ein selbstkritischer Umgang mit dem eigenen Erscheinungsbild und einigen Aktionsformen scheint genausowenig absehbar wie eine Revidierung der teilweise recht platten Politikromantik ('Kampf dem Faschismus, heißt Kampf dem System').

Wenn 5000 Autonome Traditionsbewußtsein zeigen ...

... dann versteckt sich die Bevölkerung der idyllischen Kleinstadt Wurzen lieber hinter geschlossenen Türen und Fenstern, dann haben fast alle Geschäfte geschlossen, dann haben SchülerInnen in benachbarten Dörfern schulfrei, dann verzichten die örtlichen Sportvereine auf ihren Punktspielbetrieb, dann wird durch Medien und Politiker erfolgreich Angst geschürt. Nur ganz wenige zeigten positive Reaktionen, als der Demonstrationszug durch die Straßen zog und kaum jemand schloß sich ihm an. Und trotzdem sind die Beispiele positiver Resonanz von WurznerInnen auf die

Demonstration extrem wichtig. Bilden sie doch die einzige potentielle Lobby für eine strukturelle Alternative (z.B. ein neues alternatives Jugendprojekt) zur Hegemonie der rechten Gesinnung in Wurzen. Wichtig wäre es, wenn dieses Potential aktiv würde und über das symbolische Einverständnis hinaus eigene Akzente in der Kleinstadt setzen könnte. Doch der Traum einer Wurzner Bürgerinitiative gegen Rechts bleibt wahrscheinlich ein solcher.

Realität dagegen waren eine Unmenge von Anrufern, die sich bei einem Anmelder der Demonstration meldeten, um sich über antifaschistische Sprühereien an ihren Häuserwänden zu beschweren und Schadenersatz zu fordern.

Wenn 5000 Autonome Traditionsbewußtsein zeigen ...

... und der größte Bündnispartner, die PDS, die Demonstration danach dann ebenfalls als Erfolg bezeichnet, dann hat das Bündnis gehalten. All den Querelen im Vorfeld zum Trotz könnte dies ein Anfang gemeinsamer Antifa-Aktivitäten sein. Einige VertreterInnen der PDS konnten ihre Ängste bezüglich der Autonomen Antifa abbauen. Offensichtlich war die Freude bei einigen Funktionsträgern der Partei, daß Wurzen nach der Demo nicht großartig verändert schien und auch die Polizei von einem 'weitgehend friedlichen Verlauf' sprach. Und genauso überrascht waren nicht wenige autonome Antifas, die davon hörten wie der PDS-Block gemeinsam mit Autonomen während der Demo die kurdischen TeilnehmerInnen schützend in die Mitte nahm, als diese von einem aufziehenden Polizeispalier bedroht wurden. Noch hat sich die Partei in Sachsen nicht öffentlich zum Verlauf und den Folgen der Demonstration positioniert, aber schon jetzt ist absehbar, daß viele Parteimitglieder an einer perspektivischen Antifa-Arbeit gemeinsam mit autonomen Gruppen im Muldentalkreis und darüber hinaus interessiert sind.

Unabhängig von dieser gemeinsamen Perspektive bleibt aber die politische Auseinandersetzung mit der PDS weiterhin wichtig. Die PDS ist eben auch die Partei einer Christine Ostrowski, die in der Vergangenheit Nazi-Kadern weit näher stand als der Autonomen Antifa. Diesen Pluralismus innerhalb der Partei in Bezug auf gemeinsame Antifa-Aktivitäten zu akzeptieren, ja produktiv zu nutzen, dürfte nicht leicht fallen.

Wenn 5000 Autonome Traditionsbewußtsein zeigen ...

... so ist klar, daß dies in Wurzen nicht jeden Tag geschehen kann und selbst wenn es mal geschieht, noch lange nicht bedeutet, daß sich die faschistische Szene in Wurzen in Luft auflöst. Die Diskussion, welche Schritte jetzt folgen müssen, um in der Muldentalstadt kontinuierlich antifaschistische Ansätze zu etablieren, ist noch völlig unbefriedigend. Sie dreht sich um die Thematisierung von eventuellen jugendsozialarbeiterischen und kulturellen Aspekten. Doch wie zum Beispiel auch ein öffentlicher Druck, der die politisch Verantwortlichen und die Verfolgungsbehörden auch weiterhin stärker zum Eingreifen gegen die Nazis zwingt, aufrecht erhalten werden kann, ist völlig unklar. Im Prinzip müßten regelmäßig in Wurzen öffentlichkeitswirksame Aktionen stattfinden, die so lange auf das faschistische Zentrum hinweisen, wie dieses existiert. Und hier wäre gegebenenfalls auch wieder die Unterstützung von autonomen Antifa-Gruppen gefragt. Auf keinen Fall reicht es, sich in dem Erfolg der Demonstration zu sonnen deren Wirksamkeit ist bereits zu diesem Zeitpunkt so gut wie verpufft. In Wurzen ist wieder die Normalität eingekehrt. Und gerade mit Verweis auf linke Zusammenhänge in Leipzig sei gesagt: Es reicht nicht, den Organisatoren der Demonstration und der generellen politischen Arbeit des Leipziger Bündnisses Gegen Rechts Respekt zu zollen, es reicht nicht, weiterreichende Schritte einzufordern bzw. kritisch auf sie zu warten, sondern es gilt, sich an den Diskussionen um sie und an einer eventuellen Verwirklichung zu beteiligen."

Söldnertod

Der ehemalige Neonazi-Söldner **Uwe Herker** ist tot. Der vorbestrafte gelernte Metzger verstarb im Oktober 1996 im Alter von 24 Jahren an den Folgen des Konsums von Heroin. Herker stieß Anfang der 90er Jahre zur „Aktionsfront Nationaler Kameraden" um **Manfred Huck** , einem regionalen Ableger der noch von dem 1991 verstorbenen Michael Kühnen gegründeten neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). Von Januar 1993 bis Ende 1994 nahm Herker knapp zwei Jahre als Söldner auf Seiten der Kroaten bei einer Ausländereinheit am Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien teil. Huck hatte den damals per Haftbefehl gesuchten Herker zwischendurch illegal aus Österreich über die Grenze in die Bundesrepublik gebracht. Ziel war die Teilnahme Herkers an einem Treffen bei **Curt** und **Ursula Müller** in Mainz-Gonsenheim am 17. April 1993. Der gebürtige Dresdner Herker reiste in den 1989 legal aus der DDR aus, was ihm schnell den Spitznamen „Honecker" in seiner neuen Heimat einbrachte.

Thule-Netz

Hinter dem Pseudonym „Pflug-Hartung" im Neonazi-Mailboxnetz „Thule" soll sich, so szeneinterne Informationen, der baden-württembergische Rechtsextremist **Rudolf Sauer** (Ettlingen) von der Burschenschaft Holmium verbergen. Sauer trat unlängst bei einem „überregionalen Freundeskreistreffen", bei dem u.a. der NPD Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, **Wilhelm Herbi** und der nationale Barde **Frank Rennicke** zugegen waren, in Erscheinung. Wie das NPD-Organ „Deutsche Stimme" zu berichten weiß, „gab es auch eine technische Einführung in die Computerwelt."

Neonazi Christian Hehl erneut verurteilt

Das Amtsgericht Ludwigshafen verurteilte am 17. Dezember 1996 den neonazistischen Skinhead **Christian Hehl** (27) wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung. Zusätzlich muß der mehrfach vorbestrafte Hehl die Gerichtskosten tragen. Die Staatsanwältin hatte 15 Monate Freiheitsentzug ohne Bewährung gefordert. Der ehemalige Funktionär der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" Hehl hatte zusammen mit weiteren Neonazis Ende 1995 Mitglieder der lokalen autonomen Szene in einer Gaststätte im vorderpfälzischen Speyer tätlich angegriffen. Am 8. Oktober 1996 hatte das AG Ludwigshafen bereits drei der rechtsextremistischen Szene zugehörige Personen zu sechsmonatigen Haft- bzw. Jugendstrafen ohne Bewährung verurteilt. Der Fußball-Hooligan Hehl verbüßte bis vor kurzem eine Haftstrafe wegen Landfriedensbruch - im Zuge der verhinderten Gründung der „Stuttgarter Kameradschaft" im November 1994 war er zu fünfzehn Monaten Haft verurteilt worden - in Koblenz. Gegen Hehl hat in der Zwischenzeit seine Krankenkasse Anzeige erstattet. Hehl entzog sich anläßlich des „Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" in Worms vom 17. August 96 dem Zugriff der Polizei. Statt dessen simulierte der arbeitslose Hehl einen Kreislaufkollaps, um so, unter Angabe falscher Personalien, vom Roten Kreuz ins Krankenhaus transportiert zu werden. Drei weiteren, bislang noch nicht identifizierten Teilnehmern des braunen Aufmarsches in Worms gelang es ebenfalls, als Simulanten aus dem Polizeikessel zu entkommen.

Günter Deckert weiter in Haft

Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende **Günter Deckert** wurde vom Mannheimer Amtsgericht am 3. Dezember 1997 zu einer weiteren Haftstrafe in Höhe von zwei Monaten verurteilt. Deckert hatte bei seiner Verhaftung im November 1995 gegenüber einem Beamten geäußert: „Wenn ich wieder rauskomme, bist Du der erste, den ich eigenhändig erschlage, dann weiß ich wenigstens, warum ich gesessen habe." Auch hatte er im Rahmen einer Verhandlung am Mannheimer Landgericht vom 17. April 1996 wiederholt Polizeibeamte beleidigt. Verteidigt wurde der einstige Gymnasiallehrer Deckert von **Ludwig Bock** (54). Deckert, inzwischen NPD-Vize, legte sofort Rechtsmittel gegen das AG-Urteil ein. Nach Abschluß aller offenen bzw. noch nicht rechtskräftigen Verfahren soll eine Gesamtstrafe gebildet werden. Derzeit verbüßt Deckert eine 25monatige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal.

Ulrich Sander

Die Akten der Polizeipräsidien bergen grausame Geheimnisse über den Holocaust

Mit den Veröffentlichungen über „Hitlers willige Vollstrecker“ (Goldhagen), die „Ganz normale Männer“ waren (Browning), rückten endlich auch die Polizeibataillone der Ordnungspolizei und ihre Rolle im Krieg bei den Massenmorden an Juden und Slawen ins öffentliche Bewußtsein. Die offizielle bundesdeutsche Forschung hat sich dieses Themas kaum angenommen. Weder juristisch noch historisch wurde diese Tätergruppe von dort näher beleuchtet. Allerdings gibt es die Veröffentlichungen von Heiner Lichtenstein über „Die grünen Helfer Himmlers“ und die der VVN-BdA Hamburg über die bisher von der Polizeibehörde nur intern gezeigten Dokumente zum dortigen Polizeibataillon.

Und schließlich gab es mit dem Polizeihistoriker Alexander Primavesi aus Dortmund eine weitere gravierende Ausnahme. Er leitete das Ein-Mann-Polizeiarchiv für den Regierungsbezirk Arnsberg, das einzige dieser Art in Deutschland, das die Polizeiangelegenheiten der Zeit von 1933 bis 1945 sowie die Zeit danach aufarbeitete. Leider verstarb der Kriminalkommissar a.D. Alexander Primavesi, vor einem halben Jahr. Noch 1995/96 hatte er Verfolgtenverbänden wie auch Medienvertretern, die davon leider kaum Gebrauch machten, Einblick in die Akten gewährt. Eine eigene größere Veröffentlichung Primavesis stand bevor, wie er uns versicherte. Diese wurde nun gestoppt.



Jüdische Opfer und ganz normale Deutsche: Aktion der Ordnungspolizei in Luków

Primavesi hatte die Geschichte der Gestapo wie der im Osten an Massenmorden beteiligten Polizeiregimenter aufgeschrieben - und diese mit Angaben über die Wiederverwendung der Täter nach 1945 ergänzt. Letzteres führte dazu, daß die Vorgesetzten darüber wachten, keine Namen früherer Kollegen an die Öffentlichkeit geraten zu lassen.

Und daran halten sie fest: Der Polizeipräsident von Dortmund verweigerte nach Primavesis Tod der VVN-Bund der Antifaschisten wie allen Nachfragenden die Einsicht in die von dem Polizeihistoriker hinterlassenen Dokumente. Der Polizeipräsident schrieb der VVN-BdA von Dortmund: „Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen jedoch mitteilen, daß ich Ihnen die o.g. Werke nicht zugänglich machen kann. Darüber, ob die fertiggestellten Werke später veröffentlicht werden, wird zu gegebener Zeit das Innenministerium entscheiden.“

Nach Eingang dieses Briefes veranlaßten neue Veröffentlichungen über neue historische Quellen zur Holocaustforschung die VVN-BdA wie die Bündnisgrünen zu einem erneuten Vorstoß, die diesmal beim Landesinnenminister. Die Dokumente (siehe auch taz und FR) verweisen darauf, daß die Wehrmacht und die Polizeibataillone noch stärker als bisher angenommen in die Morde verwikkelt waren. Daher hat die VVN-Bund der Antifaschisten den nordrhein-westfälischen Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) zum sofortigen Handeln aufgefordert:

„Bitte entscheiden Sie sofort! Es darf keinen Tag länger der Eindruck entstehen, die Deutschen verschweigen das, was US-amerikanische Historiker anpacken und verbreiten.“

Die neuesten Angaben wurden kürzlich vom US-amerikanischen Historiker Richard Breitmann in der „Herald Tribune“ verbreitet. Seine Unterlagen stammen aus sowjetischen Archiven. Weitere Unterlagen sind jedoch in jedem deutschen Polizeipräsidium zu finden, wenn sie nicht vernichtet worden sind. Die VVN-Bund der Antifaschisten verweist in diesem Zusammenhang auf den einstigen Sitz der westfälischen Ordnungspolizei in der Villa ten Hompel in Münster: „Die Absicht, die Akten der Nazi-Polizeibehörden aus dem Rheinland und Westfalen in einer neuen Gedenkstätte, der Villa ten Hompel in Münster, dem Zentrum der Organisation der Judendeportationen, aufzubewahren und öffentlich zu machen, wurde von der Landesregierung bisher leider nicht unterstützt“, kritisierte VVN-Landesvorsitzender Jupp Angenfort. Immerhin handelt es sich um die Akten von 18.000 Polizisten - über die auch schon Goldhagen und Browning in der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Verbrechen einiges herausbekamen. Eingesehen wurden sie aber nicht von weiteren deutschen Forschern - außer von Primavesi. Insgesamt unterstanden der Münsterschen Zentrale der Ordnungspolizei 200.000 Uniformierte. Die VVN-BdA an Minister Kniola: „Geben Sie bitte auch die Akten dieser Beamten frei.“

Aus einem Bericht von einer Anhörung der Bündnisgrünen „Gegen das Vergessen“, die im November im Düsseldorfer Landtag stattfand: „Doch die Landesregierung beharrt auf ihrem Standpunkt: Es sei nicht die Aufgabe des Landes, regionale Gedenkstätten zu fördern, hieß es in Düsseldorf.“

Doch weder die Akten noch das Gebäude der Ordnungspolizeileitung können aus der Diskussion weiterhin ausgeklammert werden. In Hamburg fragte die VVN-BdA in ihrer Broschüre: Gab es deshalb so viele anhaltende Polizeiskandale in der Stadt, weil so viele Naziverbrecher dort fünfzig Jahre die Polizei mit prägen konnten?

Und der Bundessprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten, Bernward Boden, schrieb an die Polizeipräsidenten von Dortmund und Köln sowie an den Innenminister von NRW: „Auch wir sind daran interessiert, daß nach 50 Jahren Grundgesetz nun endlich einmal alle Akten auf den Tisch kommen, in denen auch solche Täter genannt werden, die bisher noch nicht verurteilt wurden.“ Boden erinnerte daran, daß seine Organisation schon seit zehn Jahren die Vorlage der „Zigeunerakten“ und anderer Unterlagen über die Mittäterschaft der Polizei am nationalsozialistischen Völkermord verlangt. Er fragt auch danach, welche der belasteten Personen nach Persilschein-Aktionen wieder in den Dienst eingestellt wurden.

Zur Polizeipraxis wurde bei der Anhörung der Bündnisgrünen noch ein wichtiges makabres Detail bekannt, das aber von Bonn, nicht von Düsseldorf angeordnet worden ist. Praxis ist es auch an Rhein und Ruhr, die Menschen nach rassistischen, der Nazizeit nachempfundenen Beschreibungskategorien zu sortieren. Die Polizeidienststellen, so Ralf Erik Posseit von SOS-Rassismus, benutzen bei Fahndungen Computervordrucke, deren Text auf „die Begrifflichkeiten der nationalsozialistischen Rassenlehre zurückgreift und zur rassistischen Stereotypenbildung“ beiträgt. So wird nach „negroiden“, „slawischen oder „nordländischen“ Typen gefragt.

(siehe zu diesem Thema auch die Broschüre „Massenmörder in der Hamburger Polizei nach 1945 - Dokumentation einer Kontroverse“, herausgegeben von der VVN-BdA Hamburg, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg)

Maik Bialk

„...weil Gottes Segen eben der Ehe vorbehalten ist.“



EAM-Vorsitzender Heinz-Jürgen Fischbach

In ihrer Ablehnung von Homosexualität ist für die konservative Rechte innerhalb der evangelischen Kirche ein neuer gemeinsamer Angriffspunkt entstanden. Ort der „christlich-konservativen Rebellion“ ist vor allem der Kirchenbereich Rheinland. Seit mehr als drei Jahren läuft hier innerhalb von Kreis- und Landessynoden ein Diskussionsprozeß über Sexualität und Lebensformen. Mindestens genauso lange wehren sich auch die Bibeltreuen gegen eine Anerkennung von Homosexualität. Vorläufiger Höhepunkt des Widerstandes war am 31.10 1996 die Gründung einer neuen Kirchengemeinde. Dabei versteht sich die „Bekennende evangelische Gemeinde Neuwied“ selbst als Auftakt einer zweiten Reformation.

Spätestens mit dem Landessynodal-Beschluß von Januar 1995 waren für die Hüter des lutherischen Erbes die Grenzen überschritten. Die hier verkündete Akzeptanz von homosexuellen Menschen und deren Lebensgemeinschaften ist nach ihrer Sicht „die öffentliche Verteidigung von sexueller Perversion und offenkundiger Verstoß gegen die heilige Schrift“. Die Allianz der Konservativen reicht dabei von dem eher unbedarften CVJM-Westbund bis zur rechtsradikalen Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V. (ENiD). In der sogenannten „Bonner Erklärung“ bestimmten sie bereits Ende 1994 ihre gemeinsame Grundposition. Einig ist man sich, „eine gottesdienstliche Segnung homosexueller Lebensgemeinschaften, (...) aufgrund des biblischen Zeugnisses sowie der Bekenntnisse und Grundartikel, die in ihrer Kirche Gültigkeit haben sollten, nicht zu akzeptieren.“ Dabei erkenne man aber natürlich „die seelsorgerische Verantwortung gegenüber Betroffenen (Homosexuellen) an.“

Schon damals von zentraler Rolle - der Evangelische Aufbruch Mittelrhein (EAM). Im Folgenden blieb es aber zunächst bei Protestkundgebungen und einem Stapel von Publikationen. Erst fast zwei Jahre später trat der EAM in Neuwied am Rhein wieder massiv in die Öffentlichkeit. Auf den Tag genau 479 Jahre nach dem Anschlag der 95 Thesen wurde am 31.10.1996 mit einem Gottesdienst die Bekennende evangelische Gemeinde Neuwied (EBGN) gegründet. Sieben sog. „Presbyter“ wurden dabei von dem Berliner Pfarrer Prof. **Peter Bayerhaus** in ihre Ämter eingeführt.

Von dem Initiator und ideologischen Kopf, dem EAM, war dies als Beginn einer bundesweiten bekennenden Gemeinde und Auftakt einer zweiten Reformation geplant. Für den Raum Bonn und Köln sind im Frühjahr 1997 nach Angaben ihres Bonner Pressesprechers Dr. **Thomas S. Hoffmann** weitere Gründungen vorgesehen.

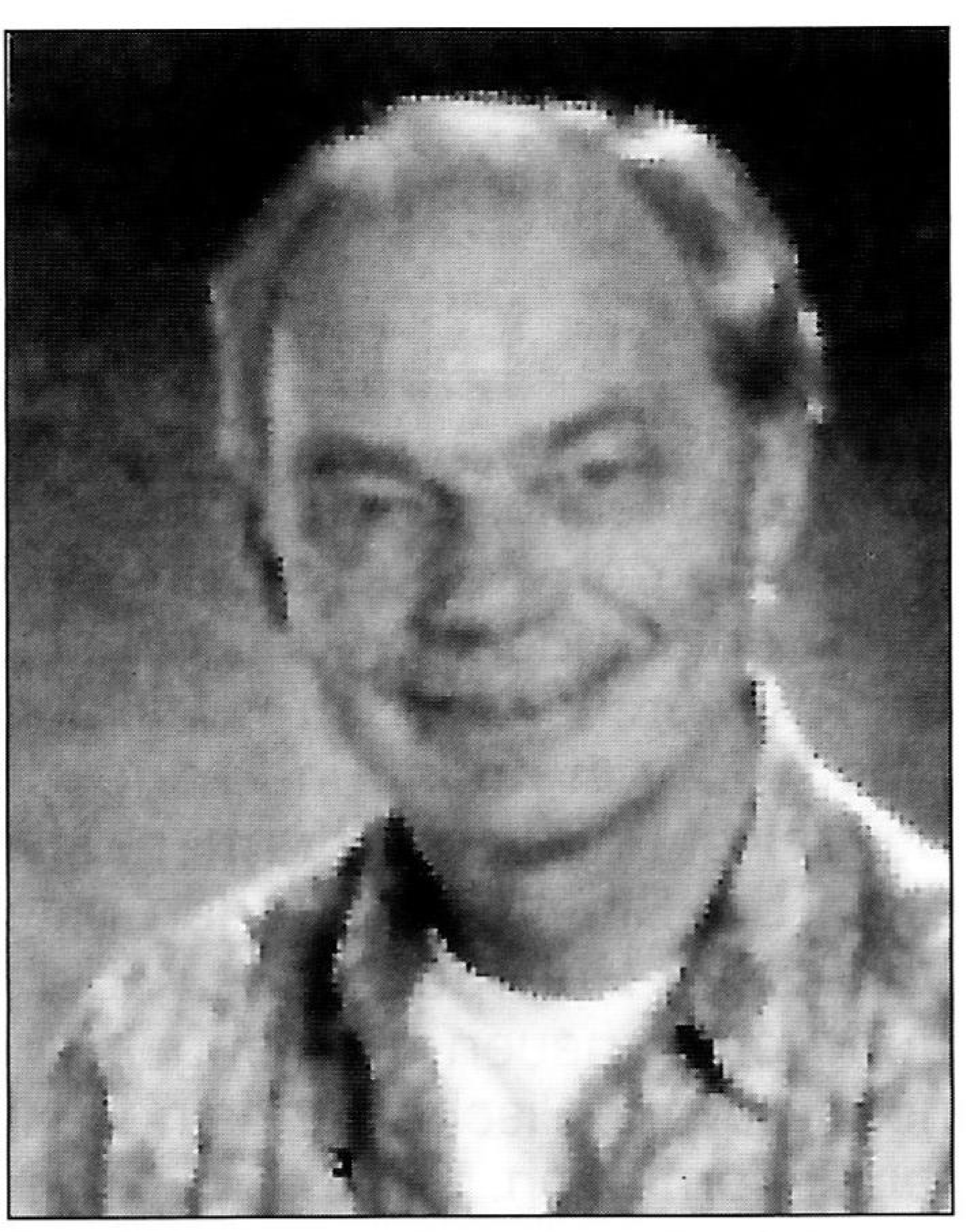
Bewußt stellt sich die neue Gruppierung in die Tradition der Bekennenden Christen der NS-Zeit und beansprucht für sich den Gebrauch des kirchlichen Notrechts. Doch nicht der gemeinsame Kampf gegen Nationalsozialismus oder rechte Tendenzen verbindet hier, Vielmehr ist es der Widerstand gegen eine Abkehr vom „wahren Weg“ und biblischen Grundsätzen. In seiner Eröffnungsrede machte der Vorsitzende des EAM, Dr. **Heinz-Jürgen Fischbach** deutlich, daß es aber nicht nur um die Frage der Homosexualität geht. Die „christlich-konservative Rebellion“ ist gerichtet gegen eine zu linke evangelische Amtskirche. Aus dem Kampf gegen Faschismus wird der Kampf gegen den Liberalismus. „Offensichtlich ist es Teilen der 68er Generation und vielen überzeugten Sozialisten und Kommunisten gelungen, die Schlüsselpositionen dieser Kirche in den Griff zu nehmen und einen großen Teil der Mandatsträger entweder einzuschüchtern oder aber deren mangelnde Bibelkenntnis und geistliches Urteilsvermögen auszunutzen und sie zu überfahren“ (Dr. Fischbach). Dabei sieht sich der EAM und seine Tochterkirche EBGN als Speerspitze der christlich-konservativen Bewegung. Zwar beteiligte sich von den etwa 200 Anwesenden nur ein kleiner Teil an der Kirchengründung, doch hinter sich glaubt der EAM ein gewaltiges Potential an Unzufriedenheit. An jedem der folgenden Gottesdienste sollen nach eigenen Angaben einige hundert Menschen teilgenommen haben. Auf die stilvolle Würde der Amtskirche muß die neue Gemeinde aber verzichten und auf angemietete städtische Räume ausweichen. Die Leitung der evangelischen Kirche Düsseldorf hat bereits angekündigt, die EBGN nicht anzuerkennen. Weder formal noch inhaltlich sei die Neugründung Teil der evangelischen Amtskirche. Den aktiven Pfarrern innerhalb des EBGN drohten somit Sanktionen der Kirchenleitung. Für die Christlich-Konservativen ein erneuter Beweis für eine akute „Christenverfolgung“ und eindeutige Legitimation für das kirchliche Notrecht. Den EAM sieht die Düsseldorfer Kirchenleitung als „innerkirchliche konservative Oppositionsbewegung“. Pfarrer der wiedischen Kirchenbasis finden da schon deutlichere Worte. Hier wird bezüglich des EAM der Vorwurf der Nähe zu rechtsradikalen Gruppen geäußert. Heftige Kritik entzündet sich insbesondere an dem Vorsitzenden Dr. Fischbach. In seiner Funktion als Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises der CDU im Westerwald sorgte er in den letzten Jahren mit seinen Veranstaltungen immer wieder für Diskussionen. Eingeladene Referenten waren u.a. Pater **Basilius Streithofen**, **Gerhard Löwenthal** und **Alfred Dregger**. Und auch aktuell hat es der Kirchenkämpfer wieder geschafft, sich in den Mittelpunkt der Kritik zu stellen. Durch seinen Beruf als Leiter des westerwäldischen Gesundheitsamtes sahen die Kreis-Grünen eine Unvereinbarkeit zwischen seinen Äußerungen zu Homosexuellen und seinen dienstlichen Aufgaben. Seit Ende Dezember läuft unter regem Interesse der Öffentlichkeit gegen Dr. Fischbach eine Aufsichtsbeschwerde.

Entlassung von REP-Landeschef aus dem öffentlichen Dienst aufgehoben

Das Darmstädter Verwaltungsgericht hat die vorläufige Entlassung des hessischen REP-Landesvorsitzenden **Haymo Hoch** aus dem öffentlichen Dienst aufgehoben. Der Verwaltungsjurist Hoch arbeitete zuletzt als Regierungsdirektor im Regierungspräsidium Darmstadt. Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt erklärte die Suspendierung Hochs vom August 1995 für nichtig. Gegen Hoch wurde im Juli 1995 ein Disziplinarverfahren eingeleitet, nachdem Hessens Innenminister Gerhard Bökel (SPD) im Januar 1995 alle Landesbehörden per Erlaß angewiesen hatte, disziplinarrechtliche Vorermittlungen gegen beamtete Mitglieder der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ einzuleiten. Das VG Darmstadt nahm in seinem Urteil auch Bezug auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Hoch war im Mai 1989 von der CDU zu den REP unter Mitnahme seines Kommunalmandates im südhessischen Zwingenberg (Kreis Bergstraße) übergetreten. Seit 1993 führt Hoch die Kreistagsfraktion der „Republikaner“ im Kreis Bergstraße an. Die „Republikaner“ gewannen im März 1993 mit 9,6 Prozent der Stimmen acht Mandate, darunter der BWL-Student und Kandidat der rechten Mannheimer „Liste Unabhängiger Studenten“ (LUST!), **Klaus Hofmann**. Im März 1995 kandidierte Hoch zum hessischen Landtag und wurde zwei Monate später zum REP-Landesvorsitzenden in Hessen gewählt. Hoch wies in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ Ende Mai darauf hin, daß lediglich die Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen (gegen **Burkhard Schmanck** und Dr. **Jürgen Heydrich**) Disziplinarverfahren gegen beamtete REP-Funktionäre eingeleitet haben.

Günter Mergel

Schöne Neue Welt?



Tom Hockemeyer alias „Trutz Hardo"

Am 27. 11. 1996 fand in Darmstadt die wahrscheinlich erste Demonstration mit Kundgebung gegen Esoterik in Deutschland statt (oder war da nicht mal was in Vlotho?). Anlaß war der geplante zweimalige Auftritt des antisemitischen Autors Tom Hockemeyer, der sich hinter dem bekannteren Pseudonym „Trutz Hardo" verbirgt.

Der auch als Reinkarnations'therapeut' bekannte Hardo führt in einem Machwerk mit dem geschmacklosen Titel „Jedem das Seine" den Leser „als fortgeschrittener Geist aus einer höheren Dimension" in die Gaskammern von Auschwitz. Er rechtfertigt die grauenvollen Morde in Anlehnung an hinduistisch/ buddhistische Karma-Vorstellungen und dichtet die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis um in Stätten der gerechten Sühne für angeblich begangene Untaten der Juden in deren angeblichen früheren Leben. Die KZ-Schergen beschreibt er als Erfüllungsgehilfen eines großen kosmischen Plans, die gnädigerweise den zu Ermordenden behilflich sind, deren karmischen Ausgleich zu schaffen. Hardo behauptet in einem Interview mit der Zeitschrift „Die Andere Realität" (3/1996), in der Hardos Buch als der mutigste Roman unseres Jahrhunderts abgefeiert wird:

„Viele Menschen hatten sich für ihr erneutes Erdenleben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Reinkarnation als Jude ausgesucht, um ihren karmischen Ausgleich vor Beginn des Wassermannzeitalters zu bewirken. Und einige Tausend sind deshalb nur Juden geworden, um ihren Leidensbrüdern und -schwestern unterstützend und mitleidend in die KZs oder gar Gaskammern zu begleiten. Ich glaube, daß alles, was einem Menschen auf Erden passiert, einen Sinn hat und daher gerechtfertigt ist."

Hardo moderiert und übersetzt auch die von ihm organisierte Deutschlandtournee des amerikanischen „Wunderpastors" **Paul Esch**. Wer nach dem vierstündigen Seminar „Was muß ich tun, um ganz glücklich zu sein" wider Erwarten keine Glücksgefühle zeigt, sollte den alchemistischen „Goldabend" der beiden besuchen. Esch behauptet, durch Singsang während des „Goldabends" das Amalgam im Munde seiner Zuhörer in Gold zu verwandeln. Wegen dieses offensichtlich kriminellen Betrugsversuchs ermittelt der Staatsanwalt und die kassenzahnärztliche Vereinigung hüllt sich angesichts der geschäftstüchtigeren „Konkurrenz" in Schweigen.

Vom Biedermann zum Okkultismus-Händler

Stattfinden sollte beides in den Seminarräumen der „Neue Welt", mit 600 qm der größte Esoterik-Buchladen in Deutschland. In einer teuren und breit angelegten Anzeigenkampagne hatte dessen Chef **Markus Schirner** aktuell versucht, sich vom Vorwurf der „Scientology"-Zugehörigkeit reinzuwaschen. Von ihm behauptete Umsatzrückgänge führte er auf eine Namensgleichheit in der bundesweit verbreiteten Broschüre „Seelenriss" der „Jungen Union" zurück, in der ein „Neue Welt e.V." als Tarnorganisation von „Scientology" geführt wird. Tatsächlich war dieses Gerücht entstanden, weil sich niemand vorstellen kann, solch einen großen Laden mit etwa 20 Angestellten, zudem in bester Lage, ohne fremde Hilfe aufzubauen. Alle existierenden Sekten, und seien sie noch so menschenverachtend, dürfen hier ihr Werbematerial verkaufen, bis auf „Scientology". Die Umfirmierung in „Buchhandlung Schirner" ab den 1.1.1997 wird begleitet von diesen doch stark an „Scientology"-Methoden erinnernden Denunziationsaufrufen in regionalen Medien.

Obwohl Markus Schirner schon seit Monaten von verschiedensten Menschen und Gruppen auf die steigende Zahl von antisemitischen und rechtsradikalen Publikationen in seinem Sortiment hingewiesen wurde, verweigerte er Gespräche hierzu und reagierte mit Hausverboten gegen Kritiker. Obwohl (weil ?) er sich und seine Frau Heidi als „weder ideologisch noch religiös gebunden" sieht, distanziert er sich nicht vom Antisemitismus, sondern bezeichnet „**Trutz Hardo**", alias **Tom Hockemeyer**, als „unbescholtene(n) Mann". Weit weist Schirner die Verantwortung für den Inhalt von 14000 geführten Titeln von sich; wie sein angeblich rein unternehmerisches Interesse zu vereinbaren ist mit der wiederholten Weigerung, esoterikkritische Literatur für Kunden zu bestellen, bleibt sein Geheimnis.

Demonstration und Kundgebung mit rund 200 TeilnehmerInnen, zu der ein breites Spektrum aufrief, wurden schon im Vorfeld durch eine durchweg positive Berichterstattung in den lokalen Medien begleitet. In Redebeiträgen der Veranstalter und von Jutta Ditfurth wurde besonders der militante Antisemitismus breitester Strömungen in der Esoterik-Szene thematisiert. Gerade die politische Linke müsse endlich begreifen, daß Esoterik und Okkultismus ihr Todfeind und Toleranz ihnen gegenüber völlig unangebracht sei. Das Beispiel Hardo sei nur die Spitze eines Eisbergs und zeige deutlich auf, daß es sich bei Esoterikern jeglicher Couleur keinesfalls um ungefährliche Spinner handele.

Gelegenheit zu wirklich sinnvoller Beschäftigung haben einige Staatsanwälte durch Strafanzeigen gegen Hardo, gegen seinen Verlag „Die Silberschnur", gegen die Zeitschrift „Die andere Realität" und nicht zuletzt gegen Schirner von seiten des „Grünen"-Kreisvorstandes und des hessischen jüdischen Landesverbands erhalten. Ermittelt wird wegen Volksverhetzung (§130). „Auch der jüdische Landesverband sollte vorher prüfen, wen er aburteilt." Ob diese von Schirner in der Lokalpresse wiedergegebene Äußerung einen versteckten Antisemitismus beinhaltet, oder einfach nur Unkenntnis in juristischen Dingen dokumentiert, oder gar beides, sei dahingestellt.

Einen Reader mit weiteren ausführlicheren Infos und allen Presseartikeln gibt es für DM 5.- in Briefmarken bei AG Neue Streitkultur, Kranichsteinerstr. 81 in 64289 Darmstadt

„Wissenschaftlicher" Rassismus

In der Septemberausgabe der Zeitschrift „Europäische Sicherheit", die von der in Bonn sitzenden Bundeswehr-nahen „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V." herausgegeben wird, ist ein Beitrag von Diplom-Volkswirt **Josef Schmid**, seit 1980 Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg, zum Themenbereich „Problemfall Zuwanderung" veröffentlicht. Apokalyptisch wird an die Wand gemalt, daß der „Zuwanderungsdruck auf Deutschland wächst" und „Einwanderung zum Risiko für inneren und äußeren Frieden" wird. Der professorale Bevölkerungswissenschaftler, der sich jüngst zum Thema „Weltbevölkerungswachstum: Die Bürde des 21.Jahrhunderts" in der Doppelausgabe 24-25/96 in der Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte", der ständigen Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", äußern durfte, ist sowohl Autor der rechtsextremen „Jungen Freiheit" als auch des „Jahrbuches für politische Erneuerung 1995" der „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ). Geworben wird in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit", die in der Oktoberausgabe des „Deutschland-Magazins" ganzseitig neue LeserInnen sucht, auch für das geschichtsrevisionistische Buch „Unternehmen Barbarossa", dessen Autor **Walter Post** gerngesehener Referent bei neonationalsozialistischen Tagungen wie den „Kärtner Kulturtagen" ist. Ebenfalls wird für das Machwerk in der Truppenzeitschrift „Heer", die vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben wird, geworben.

Klaus Harbart

Handbuch mit bedingtem Gebrauchswert

Einen hohen „Gebrauchswert" und eine Präsentation „nahezu alle(r) rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Gruppen sowie ihrer Funktionäre und ihrer Publizistik" verspricht die Verlagsankündigung den KäuferInnen des jüngst erschienenen „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus". Erste euphorische Rezensionen sehen in diesem Buch „sämtliche Rechercheergebnisse, die zum Problem vorliegen" (junge welt) versammelt oder versteigen sich gar zu der These, daß „wer nicht drin steht" auch nicht dazugehöre (Der Tagesspiegel).

Tatsächlich ist es den AutorInnen gelungen, eine bisher in diesem Umfang nicht dagewesene Zusammenstellung neofaschistischer Gruppen, Akteure und Aktivitäten vorzulegen. Besonders der Lexikonteil des Buches liefert Informationen zu den wichtigsten faschistischen Gruppen und ihren Funktionären - und weist auch auf Überschneidungen mit dem etablierten konservativen Politikspektrum hin. Annähernde Vollständigkeit zu reklamieren, erscheint allerdings angesichts der Vielzahl von rechtsradikalen/neofaschistischen Netzwerken, Projekten und Organisationen etwas vermessen. Zumal die Auswahlkriterien für die ausführlich vorgestellten Gruppen, Funktionäre und Themen nicht deutlich werden. Das Themenfeld „Ökofaschismus", das noch in der Anfang des Jahres auf den Markt geworfenen Miniatur-Ausgabe des Handbuches, dem „Antifa-Reader", bearbeitet wurde, entfällt beispielsweise ohne Begründung.

Für einen hohen Gebrauchswert des Handbuches sorgen neben dem Lexikonteil auch die themenvertiefenden Aufsätze. In Beiträgen über die „unbewältigte Vergangenheit" (Giordano), das Netzwerk der militanten Neonazis (Maler), den „Geschichtsrevisionismus" (Virchow), Esoterik und Neuheidentum (Speit), Frauen in der Neonazi-Szene (Fantifa Marburg), Skinheads (Weltzer), Studentenverbindungen (Heither/Schäfer), den Bund der Vertriebenen (Jepke/Schröder) - um nur einige zu nennen - werden Sachkenntnisse vermittelt, die Ergebnis intensiver antifaschistischer Recherche sind. Mit diesem über tausend Seiten starken Handbuch können Interessierte unter Zuhilfenahme des umfangreichen Personen- und Sachregisters schnell zu Grundlageninformationen gelangen. Allerdings: Eine Eigenrecherche besonders örtlicher rechtsradikaler und neofaschistischer Strukturen, die für eine effiziente antifaschistische Arbeit unumgänglich ist, kann und darf das Handbuch nicht ersetzen.

Kritikwürdig an diesem Buch ist allerdings die Beliebigkeit der Begriffe, die zum Teil, ohne sich aufeinander zu beziehen, nebeneinander stehen. Reinhard Kühnl erklärt, warum er an dem Begriff „Faschismus" festhält und beschreibt ihn als „Radikalisierung bürgerlich-kapitalistischer Ideologie", dessen soziales Wesen darin besteht, „mit äußerster Härte alle politischen Kräfte und Ideen" zu bekämpfen, „die in der Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution auf der Universalität der allgemeinen Menschenrechte bestehen und mehr Gleichheit realisieren wollen: politisch und sozial." Folgerichtig lehnt er die Totalitarismustheorie als das zentrale ideologische Instrument ab, „mit dem das Wesen des Faschismus verdunkelt und zugleich der Kampf geführt wird gegen alles, was sich der kapitalistischen Wirklichkeit im Namen von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit widersetzt."

Während die AutorInnen des Lexikonteils ebenfalls für die Verwendung des Begriffs „Neofaschismus" plädieren, hat der Herausgeber des Handbuches den Terminus „Rechtsextremismus" vorgegeben. Wohl wissend, daß dieser Begriff der Totalitarismusforschung entstammt und - wie er selbst schreibt

- dem Zurückdrängen der Erkenntnis einer „möglichen Affinität der Bürgerlichen Mitte mit dem Faschismus", dient. Gründe für seine Entscheidung werden nicht genannt. Inhaltlich gefüllt sieht der Herausgeber den Begriff durch die Definition zweier Dozenten der Hamburger Bundeswehrhochschule, die, das „soziale Wesen des Faschismus" weitgehend ausklammernd, den „Rechtsextremismus" als ein in der Gesamtheit seiner Einstellungen und Verhaltensweisen auf die „Beseitigung oder nachhaltige Beeinträchtigung demokratischer Rechte, Strukturen und Prozesse" gerichtetes Glaubens- und Handlungssystem beschreiben. Spätestens in dem Aufsatz zur „Neuen Rechten" schimmert der totalitarismustheoretische Ansatz der Bundeswehr-Dozenten durch: „Wir selbst sehen die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Kollektiv und Einzelnem und die Bevorzugung des Kollektivs vor dem Individuum als den Kern rechtsextremer Ideologie an". Diese bewußt offen gehaltene Definition kann zwar auf den ethnisch definierten faschistischen Staat, dem sich Einzelne bedingungslos unterzuordnen haben, angewandt werden, läßt aber auch zu, daß emanzipatorische Bewegungen, die (Eigentums-) Rechte Einzelner im Interesse des Kollektivs einschränken wollen, als „extremistisch" denunziert werden können. Bei der Rezension des Handbuches tappte selbst die sich als linksradikal positionierende junge welt in die Falle und übernahm unreflektiert die totalitarismustheoretische Begrifflichkeit.

Obwohl mehrere AutorInnen darauf hinweisen, daß „Aussagen und Ansichten, die bis vor wenigen Jahren eindeutig als rechts oder sogar rechtsextrem verstanden und gebrandmarkt wurden, immer häufiger auch in Reden von Politikern der Mitte" erscheinen (Jäger/Kretschmer), bzw. daß die „politische Debatte in Deutschland unter die Hegemonie eines vormals 'rechts' apostrophierten Denkens geraten ist" (Wiedemann), wird der Frage nach einer Funktion des (Neo-)Faschismus für die Herrschenden kaum nachgegangen. Die Rechtsentwicklung erscheint in zahlreichen Beiträgen als strategischer Erfolg faschistischer Politik. Die sog. „Neue Rechte" wurde von der „bürgerlichen Mitte" nicht so recht zur Kenntnis genommen, „die Mitte war uninteressiert" oder die Revanchisten-Verbände hätten „Schutzpatrone in der Bundesregierung", heißt es da beispielsweise. Die Frage, ob hinter dieser „Nichtbeachtung" bzw. Duldung politisches Kalkül steckt, ob damit möglicherweise eine Option der „Mitte" auf einen autoritären Staat und eine expansionistische Außenpolitik offengehalten werden soll, ob die „Mitte" den Neofaschismus nicht als Instrument zur Durchsetzung eigener Zielsetzung je nach Bedarf an der kurzen oder an der langen Leine hält, wird kaum gestellt. Dabei wären Antworten auf diese Fragen eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung einer langfristig wirksamen antifaschistischen Strategie!

Neben dieser Kritik, die weniger den einzelnen AutorInnen als vielmehr dem Konzept des Herausgebers anzulasten ist, scheinen Mängel wie die Reduzierung der internationalen Verbindungen der deutschen Faschisten auf österreichische Kontakte, zweitrangig zu sein, weisen aber auch in dieser Hinsicht auf eine gewisse Beliebigkeit hin.

Es fällt auf, daß qualifizierte ostdeutsche AutorInnen in dem Handbuch nicht zu Wort kommen, eine Erscheinung , die sich auch weitgehend im Adreßverzeichnis antifaschistischer Organisationen und Einrichtungen fortsetzt. Fraglich bleibt, warum selbst traditionelle antifaschistische Medien, wie der „blick nach rechts", oder das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das ganz offensichtlich mit seinem Handbuch das Vorbild für das deutsche Pendant lieferte, ignoriert werden.

Trotz dieser Schwächen wird das „Handbuch deutscher Rechtsextremismus" durch die Vielzahl an Informationen zu einem Standardwerk werden, das für AntifaschistInnen konkrete Hilfen bei der Recherche liefert. Es sollte aber auch Anlaß sein, intensiver über die Verbreitung totalitarismustheoretischer Ansätze in der Linken und über die Weiterentwicklung wirksamer antifaschistischer Strategien nachzudenken.

Diese Buchbesprechung erschien zuerst in konkret 1/97

Jens Mecklenburg (Hg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Elefanten-Press, Berlin 1996, 1056 Seiten, DM 68,00